



Vielfalt im Blick

Ein Handlungskonzept für Vielfalt und Demokratie in Leipzig

Teil I – Analysen

Projektgruppe »Vielfalt im Blick«

RAA Leipzig e.V. / Engagierte Wissenschaft e.V.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Impressum

Vielfalt im Blick – Ein Handlungskonzept für Vielfalt und Demokratie in Leipzig
Teil I – Analysen

Herausgeber_innen

RAA Leipzig e.V.
Sternwartenstraße 4
04103 Leipzig
Web www.raa-leipzig.de
Email raa-leipzig@gmx.de



Engagierte Wissenschaft e.V.
Kochstraße 132
04277 Leipzig
Web www.engagiertewissenschaft.de
Email enwi@engagiertewissenschaft.de



Leipzig, Februar 2010 (Stand: 03.05.2010)
Fotos Umschlagegestaltung: Danny Sotzny, flickr.com (Mitte); photofinish2009, flickr.com (unten)

Projektgruppe »Vielfalt im Blick«: Brigitte Moritz, Diana Eichhorn, Frank Schubert, Gregor Wiedemann, Katja Sternberger, Lena Nowak, Stefan Kausch, Susanne Feustel

Das Handlungskonzept „Vielfalt im Blick“ wurde im Rahmen des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Nähere Informationen dazu erhalten Sie unter www.vielfalt-tut-gut.de.

Teil I – Analysen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Grafische Übersicht zum Aufbau des Handlungskonzepts	9
Neonazismus und Ungleichwertigkeit: Begriffserläuterungen	11
Neonazis in Leipzig	15
1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands / Junge Nationaldemokraten . .	15
2 „Freie Kräfte“ und Neonazis im Sport- und Sicherheitsfirmen-Umfeld	29
3 Infrastruktur	41
4 Gefährdungspotenzial	44
5 Neonazis in Leipzig – Aktualisierung 2009	49
6 Zusammenfassung	55
7 Übergriffe vor dem Hintergrund Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit .	56
Ungleichwertigkeit in der Mehrheitsgesellschaft: Zusammenfassende Ergeb-	
nisse quantitativer Studien	61
1 Einleitung	61
2 Zusammenfassung der Ergebnisse	61
3 Tolerantes Sachsen?	67
4 Randphänomen „Rechtsextremismus“?	72
Antidiskriminierungsbüro e.V.: Rassistische Alltagsdiskriminierung und ande-	
re Formen von Diskriminierung in Leipzig	75
1 Diskriminierungsbegriff	76
2 Die Arbeitsfelder des Antidiskriminierungsbüro	84
3 Dokumentation von Diskriminierungsfällen	86
4 Exemplarische Fälle aus der Beratung des ADB	90
5 Handlungsempfehlungen gegen Diskriminierung auf kommunaler Ebene . . .	96
Institutioneller und struktureller Rassismus in Leipzig	101
1 Was ist institutionelle Diskriminierung?	102

Inhaltsverzeichnis

2 Beratungsstatistik von ADB e.V. und RAA e.V.	103
3 Gate-keeper in der Schule	105
4 Gate-keeper im Arbeitsmarkt	106
5 Institutioneller Rassismus im städtischen Kontext	108
Literaturverweise	111

Vorwort

Hinweis: Das Handlungskonzept ist in zwei Teile gefasst, um eine bessere Übersicht zu ermöglichen. Ihnen liegt „**Teil I – Analysen**“ vor. „Teil II – Handlungsempfehlungen“ finden Sie in einem zweiten Dokument.

Das vorliegende Handlungskonzept mit dem Titel „Vielfalt im Blick“ ist ein Produkt des Lokalen Aktionsplans (LAP) Leipzig und wurde von RAA Leipzig e.V. und Engagierte Wissenschaft e.V. im Zeitraum März 2009 bis Januar 2010 erstellt. Als Grundlage für die Handlungsempfehlungen wurden aktuelle Studien und Publikationen zu den Themen Diskriminierung, Ideologien der Ungleichwertigkeit und Neonazismus mit dem Blick auf Leipzig ausgewertet. Darüber hinaus wurden zahlreiche Interviews mit Vertreter_innen¹ der Zivilgesellschaft (von Bürgerinitiativen bis hin zu Beratungsstellen) sowie der städtischen Verwaltung geführt. **Die umfangreichen Ergebnisse aus dieser Arbeitsphase können in „Teil I – Analyse“ des Handlungskonzepts nachgelesen werden.** Dazu gehören:

- eine Beschreibung der Leipziger Neonazi-Szene und ihrer Entwicklung in den vergangenen Jahren
- eine Zusammenfassung von Erhebungen zur Verbreitung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der Bevölkerung
- ein Gutachten des Antidiskriminierungsbüro e.V. zu Alltagsrassismus und anderen Formen alltäglicher Diskriminierung
- eine Analyse zum Einfluss von institutioneller und struktureller Benachteiligung in den Bereichen Schule, Arbeitsmarkt und Verwaltung

Auf dieser Basis war es möglich, verschiedene Problemfelder und Handlungsoptionen zur Stärkung der demokratischen Kultur zu identifizieren. Ergänzt um die

¹ Wir verwenden im Folgenden bei Personenbezeichnungen den Unterstrich (Bsp.: Migrant_innen) als eine Weiterentwicklung des Binnen-I, um alle möglichen Lebensweisen außerhalb der hegemonialen Zweigeschlechtlichkeit mit einzubeziehen und sichtbar zu machen. Zum Hintergrund siehe: Herrmann, Steffen Kitty (2003): „Performing the Gap - Queere Gestalten und geschlechtlicher Aneignung“, in: Arranca! Nr. 28, 11/2003, S. 22-26.

Erkenntnisse aus den geführten Interviews, wissenschaftlicher Literatur sowie lokalen und überregionalen Best-Practice-Beispielen ergibt sich daraus der zweite Teil des Handlungskonzeptes. In „Teil II – Handlungsempfehlungen“ werden Felder beschrieben, in denen unserer Ansicht nach unbedingter Handlungsbedarf besteht und in denen kommunale Akteure die Möglichkeit haben Einfluss zu nehmen. In diesem Teil markieren zwei Symbole konkrete Handlungsempfehlungen und „Best Practice“-Beispiele.



Handlungsempfehlungen



„Best Practice“-Beispiele

Die Handlungsempfehlungen teilen sich in drei Bereiche auf:

1. die Bekämpfung neonazistischer Organisationen und Akteure
2. Antidiskriminierung und Mainstreaming von marginalisierten Gruppen
3. die Verbesserung der Grundlagen für eine demokratische Vielfalt

Den konkreten Empfehlungen sind jeweils kurze Situations- bzw. Problembeschreibungen vorangestellt, die als Erläuterung für die geforderten Veränderungen bzw. die Fortführung überzeugender Aktivitäten und Projekte dienen. Dazu finden sich hier immer wieder Verweise auf die Erkenntnisse aus Teil I, da diese für ein Gesamtverständnis oft unerlässlich sind. Querverweise zwischen den drei Bereichen des Teil II zeigen auf, dass die einzelnen Abschnitte der Handlungsempfehlungen nicht isoliert voneinander zu betrachten, sondern aufeinander zu beziehen sind.

An dieses Vorwort schließt sich eine kurze Erläuterung darüber an, weshalb wir den Begriff „Rechtsextremismus“ vermeiden und stattdessen von Neonazismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit sprechen. Den Handlungsempfehlungen in Teil II ist eine **Präambel** vorangestellt, die eine grundlegende Herangehensweise an das Problem wiedergibt und dem Konzept als Rahmen dient.

Die Projektgruppe „Vielfalt im Blick“ möchte sich ganz herzlich bei den Personen bedanken, die zum Gelingen dieses Handlungskonzeptes beigetragen haben. Wir danken allen Interviewten, den Mitgliedern des Begleitausschusses, dem ADB Sachsen, der Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention der Stadt Leipzig, dem Mobilen Beratungsteam für den Regierungsbezirk Leipzig, dem Vorstand des Engagierte Wissenschaft e.V., Elena Buck für die Redigierarbeit und allen anderen Expert_innen, die uns mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen unterstützt haben.

„Vielfalt im Blick“ (ViB)

Ein Handlungskonzept zur Stärkung der demokratischen Kultur in Leipzig

LAP Leitziel 2: Akteure in Zivilgesellschaft, Institutionen und Behörden sind kompetent in der Vermittlung demokratischer Werte und im Wirken gegen rechtsextremistische Ideologie und Gewalt.

LAP Leitziel 1: Einwohnerinnen und Einwohner in Leipzig verfügen über ein ausgeprägtes Toleranzverständnis für vielfältige Lebensformen und partizipieren an einer interkulturellen Lebenswelt.

Der Aufbau des Handlungskonzeptes im Überblick:

Analyse: Neonazis in Leipzig

Analyse: Gesellschaftliche Einstellungsmuster zu Ideologien der Ungleichwertigkeit + Diskriminierung + Institutioneller Rassismus

1. Neonazismus bekämpfen

- a) Öffentliche Räume demokratisch besetzen
- b) Symbolische Politik
- c) Auseinandersetzung mit der NPD im Stadtrat
- d) Informationspolitik optimieren, Aufklärungsnetzwerke ausbauen
- e) Opferperspektive stärken
- f) Rekrutierungsstrukturen aufbrechen

2. Antidiskriminierung und Mainstreaming von marginalisierten Gruppen

- a) Prozesse der Viktimisierung stoppen
- b) Aufklärung und Sensibilisierung gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit
- c) Empowerment von Migrant_innen
- d) Institutionellen Rassismus zurückdrängen

3. Für eine demokratische Vielfalt

- a) Bürgerbeteiligung ausbauen
- b) Zivilgesellschaftliches Engagement stärken
- c) Soziokultur als Instrument der Prävention fördern
- d) Steuerung, Vernetzung, Kommunikation

Neonazismus und Ungleichwertigkeit: Begriffserläuterungen

Wir gehen davon aus, dass neonazistische und andere antidemokratische, auf Ideologien der Ungleichwertigkeit basierende Einstellungen in der gesamten Bevölkerung verbreitet sind.² Diese Denkweisen und dementsprechend agierende Personen und Organisationen müssen daher gesamtgesellschaftlich betrachtet und erklärt werden.

Insbesondere grenzen wir uns vom Begriff und Konzept des „(Rechts-)Extremismus“ ab, mit dem das Problem begrifflich an den Rand der Gesellschaft verschoben wird. Damit geht die Vorstellung von einer angeblich unproblematischen „Mitte“ einher, die lediglich von ihren äußeren Rändern bedroht wird. Zudem wird das so gerahmte Problem oft als eines von (Jugend-)Gewalt, Kriminalität oder abweichendem Verhalten (Devianz) dargestellt. Es handelt sich beim „Rechtsextremismus“ einen unterkomplexen, entpolitisierenden Sammelbegriff, der zudem wissenschaftlich unhaltbar ist.³

Als **Neonazis** oder **neonazistisch** bezeichnen wir Personen, Gruppen, Parteien und andere Organisationen, die

- Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen vertreten und
- das Ziel der Errichtung einer „deutschen Volksgemeinschaft“ verfolgen und
- die Zeit des Nationalsozialismus verherrlichen oder verharmlosen und
- sich damit organisiert und zielgerichtet in Politik und Gesellschaft einmischen.

Neonazis leugnen – wie manch andere Personen auch – die Gleichwertigkeit von Menschen. Zentral für ihre nicht in allen Punkten einheitliche Ideologie ist die Idee der „deutschen Volksgemeinschaft.“ So genannte Freie Kräfte bzw. Nationale Sozialisten vertreten dieses Ziel ganz offen, aber auch eine Partei wie die NPD spricht

² Siehe: Teil I – Ungleichwertigkeit in der Mehrheitsgesellschaft.

³ Siehe: Kritik bei Kopke/Rensmann 2000, Neugebauer 2000, Wippermann 2000, Stöss 2005 und Liebscher/Schmidt 2007.

sich dafür aus (beispielsweise in ihrer Wahlkampfzeitung Leipziger Stimme). In der Wissenschaft bezeichnet man diese Ideologie auch als völkischen Nationalismus⁴ oder Faschismus.⁵

Spezifisch für Neonazis in Deutschland ist der positive Bezug auf den Nationalsozialismus oder zumindest auf einzelne seiner Elemente und Protagonist_innen.

Beispiel dafür ist die Verherrlichung von Nationalsozialisten wie Rudolf Heß und Horst Wessel, deren Todestage regelmäßig von Propagandaaktionen begleitet werden, oder die von Neonazis aus dem Umfeld des Freien Netzes angemeldeten Kundgebungen zum Jahrestag der Machtübernahme der NSDAP am 30.01.2009 unter dem Motto „Zwölf Minuten Freiheit gegen 64 Jahre Zensur und Unfreiheit“ (die Kundgebungen sollten im Zeitraum von 19.33 bis 19.45 Uhr stattfinden). Die Leipziger NPD veröffentlichte auf ihrer Homepage zum Jahreswechsel eine Erklärung Nationaler Sozialisten, in der ebenfalls von „64 dunklen Jahren“ die Rede ist, die überwunden werden sollen.

Die Vorsilbe „Neo-“ im „Neonazismus“ steht für die Modernisierungstendenzen und Metamorphosen im Vergleich zu historischen Nationalsozialismus. Beispielsweise bedienen sich heute viele Neonazis „ethnopluralistischer“ (kulturalistischer) statt der alten rassenbiologischen Argumente.

Eine Handlungsform organisierter Neonazis ist die Ausübung von Gewalt gegen politische Gegner_innen oder als nicht-deutsch wahrgenommene, der „deutschen Volksgemeinschaft“ nicht zugehörige Personen. Aber es wäre verfehlt, lediglich solche offenen Gewalttaten als problematisch und gefährlich anzusehen. Auch wenn die Umsetzung ihrer politischen Ziele – die „Reinigung“ der als bedroht angesehenen „Volksgemeinschaft“ von „volksschädigenden“ Elementen – letztlich nur mittels eines gewaltsamen Vorgehens gegen äußere und innere Feinde zu erreichen wäre, bedienen sie sich auch weniger gewaltförmiger Handlungsoptionen. Dazu gehören beispielsweise das Antreten bei Wahlen und das Agieren auf parlamentarischer Ebene, Propagandaaktionen vielfältiger Art oder die symbolische wie reale Besetzung des öffentlichen Raumes.

Neben dem Bezug auf die nationalsozialistische Vergangenheit und auf die „Volksgemeinschaft“ setzen Neonazis auch auf andere Themen wie die Sozialpolitik, Globalisierung, den demographischen Wandel oder die Diskussion um so genannte Kinderschänder. Der ideologische Kern bleibt dabei derselbe. Etwa wenn angesichts sinkender Geburtenraten der „Volkstod“ beschworen wird. Oder wenn die Globalisierung bzw. der Kapitalismus in einer verkürzten, auf die nationalsozialistische Unterscheidung von „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital aufbauenden

⁴ Siehe: Kellershohn 2004.

⁵ Siehe: Griffin 1991, 2004, 2005 und Sternhell 2002.

Art und Weise kritisiert in antisemitischer Manier das „internationale Finanzkapital“ oder „die Globalisten“ angeprangert werden.

Trotz dieser gemeinsamen Kernpunkte verstehen wir unter Neonazismus weder eine vollkommen einheitliche Ideologie noch eine homogene Bewegung – dafür ist die Neonazi-Szene derzeit zu heterogen. Es ist daher wichtig, die einzelnen Akteur_innen und Organisationen in ihrer lokalen Einbettung konkret zu analysieren, Gemeinsamkeiten und Unterschiede klar zu benennen.⁶ Ansonsten wird Neonazismus schnell zu einem ebenso wenig brauchbaren Sammelbegriff wie der oben kritisierte „Rechtsextremismus“.

Unter **Ungleichwertigkeitsvorstellungen** bzw. **Ideologien der Ungleichwertigkeit** verstehen wir – in Anlehnung an Heitmeyer⁷ und Decker/Brähler⁸ – Ideologien und Einstellungsmuster wie:

- Rassismus
- Antisemitismus
- Autoritarismus
- Nationalismus
- Sexismus und Homophobie bzw. Heterosexismus
- Sozialdarwinismus bzw. Verwertungslogik
- Abwertung von Behinderten, Obdachlosen usw. (Heterophobie)
- Etabliertenvorrechte

All diesen Überzeugungen – die Aufzählung ist nicht vollständig – ist gemein, dass sie die Gleichwertigkeit von Menschen leugnen. Der eigenen „Rasse“, Nationalität, sexuellen Orientierung usw. wird eine höhere Wertigkeit zugeschrieben; Frauen, Behinderte, Obdachlose, Zugezogene oder auf eine andere Art und Weise als „anders“ identifizierte Menschen werden damit in ihrer Menschenwürde herabgesetzt.

Die damit verbundenen und gerechtfertigten Diskriminierungen stellen zum einen an sich eine Herausforderung für eine Gesellschaft dar, die sich Werten wie Toleranz, Vielfalt und demokratischer Gleichheit verbunden fühlt. Zum anderen ermöglichen diese (unterschiedlich stark) verbreiteten Einstellungen Neonazis, daran

⁶ Siehe: Teil I – Neonazis in Leipzig.

⁷ Siehe: Heitmeyer 2002-2009.

⁸ Siehe: Decker/Brähler 2006, 2008 und Decker/Rothe/u.a. 2008.

anzuknüpfen, was zur Normalisierung ihrer Positionen in der Gesellschaft beiträgt. Die Unterscheidung zwischen beispielsweise „normalem“ Alltagsrassismus (oder auch institutionellem Rassismus) und dem der Neonazis ist nicht immer klar. Letztendlich ist es das bewusst angestrebte politische Ziel, die Errichtung einer „deutschen Volksgemeinschaft“, durch das sich die Neonazis von anderen Bürger_innen unterscheiden, die sich von (einzelnen) Ungleichwertigkeitsvorstellungen leiten lassen und aufgrund dieser andere Menschen diskriminieren.

Diese fließenden Übergänge sind ein Grund dafür, weshalb wir der Ansicht sind, dass Neonazis und Ideologien der Ungleichwertigkeit nicht getrennt voneinander zu betrachten sind und sich ein Handlungskonzept zur Stärkung der demokratischen Kultur gleichzeitig mit beiden Problemen bzw. mit beiden Dimensionen des Problems auseinandersetzen muss.

Uns ist bewusst, dass es sich bei dem vorgeschlagenen Begriffsapparat nur um eine Hilfskonstruktion handelt. Um eine wissenschaftlich konsistente Alternative zum vorherrschenden Rechtsextremismusbegriff zu entwickeln, bedürfte es umfassenderer Forschung und Fachdiskussion. Auf die mögliche Ungenauigkeit auch des Neonazismusbegriffs wurde bereits hingewiesen, ebenso auf die fließenden Übergänge von einzelnen Ungleichwertigkeitsvorstellungen zu einem geschlossenen neonazistischen Weltbild. Das betrifft beispielsweise Personen, die rassistisch motivierte Gewalt ausüben, aber über kein geschlossenes ideologisches Weltbild verfügen. Im Rahmen dieses Handlungskonzeptes sind solche Fragen allerdings vernachlässigbar.

Neonazis in Leipzig

Vorab: Große Teile der Informationen für diesen Text wurden bis Mai 2009 zusammengetragen, da sie eine der Grundlagen für das Strukturieren und Verfassen des Handlungskonzeptes darstellten. Eine grundlegende Einschätzung der Situation in Leipzig erschien den Verfasser_innen notwendig, um Handlungsempfehlungen entwickeln und gewichten zu können. Zudem dient diese Bestandsanalyse der Information und Sensibilisierung der Lesenden in Bezug auf die Leipziger Neonazi-Szene.

Da sich die Neonazi-Strukturen auch in Leipzig permanent ändern und in der Zwischenzeit drei Wahlen mit NPD-Beteiligung stattgefunden haben, sind unter Punkt 5 einige Aktualisierungen speziell zur NPD und deren Umfeld sowie Wahlergebnisse aufgeführt. Diese wurden im Dezember 2009 zusammengetragen und sollen einen möglichst aktuellen Informationsstand gewährleisten.

1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands und Junge Nationaldemokraten

1.1 Rückblick: Strukturen, Personen und Aktivitäten bis 2008

In Leipzig gründete sich im September 1990 der sächsische Landesverband der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Zuvor existierten hier bereits die im März 1990 gegründeten „Mitteldeutschen Nationaldemokraten“, die sich dann mit der NPD vereinigten. Knapp 15 Jahre lang hatte der NPD-Landesverband Sachsen in Leipzig seinen offiziellen Sitz.

Schleichende Entmachtung seit 2004: Mit dem Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag sank die Bedeutung des Leipziger Kreisverbandes für die Landespolitik der NPD. Nach dem Landesparteitag im März 2005 wurde die Landesgeschäftsstelle in die Nähe der Landtagsfraktion nach Dresden verlegt, wo sich damals auch die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Nationaldemokraten (JN) befand.⁹ Zudem musste der 2004 für die NPD in den Sächsischen Landtag einge-

⁹ Inzwischen hat diese ihren Sitz nach Sachsen-Anhalt verlegt.

zogene Leipziger Jürgen Schön (von 1990 bis 1992 erster Landesvorsitzender, danach u.a. stellvertretender Bundes- und Landesvorsitzender) sein Amt als Landesgeschäftsführer an seinen (mittlerweile verstorbenen) Fraktionskollegen Uwe Leichsenring aus der Sächsischen Schweiz abgeben. Außerdem verlagerte er sein Wirkungsfeld auf Drängen der Partei von Leipzig nach Görlitz, wo er ein Wahlkreisbüro eröffnete.

Im Dezember 2005 trat Schön schließlich als dritter Landtagsabgeordneter nach Klaus Baier (Annaberg-Buchholz) und Mirko Schmidt (Meißen) aus der NPD aus.¹⁰ Im Januar 2006 wurde er Mitglied in der rechten Splitterpartei Freiheitliche Partei Deutschlands (FPD), wo er zwischenzeitlich das Amt des Bundesschatzmeisters innehatte. Inzwischen soll Schön parteilos sein.

Landesvorsitzender der NPD Sachsen war von 1998 bis Oktober 2009 der dem Leipziger Kreisverband angehörende Winfried Petzold (1992-95 bereits Landesvorsitzender der Republikaner), der seit 2004 auch ein Mandat im Sächsischen Landtag inne hat, dort jedoch keine besonders starke Stellung besitzt. Petzold wohnte lange in Grimma (Landkreis Leipzig),¹¹ inzwischen ist er aber in Leipzig gemeldet und gehört dem hiesigen Kreisverband der Partei an. Parteiintern umstritten war angesichts der absehbaren Erfolglosigkeit die Kandidatur des aus Rheinland-Pfalz stammenden NPD-Multifunktionärs Peter Marx (damals Fraktionsgeschäftsführer im Sächsischen Landtag) zur Leipziger Oberbürgermeisterwahl im April 2005. Trotzdem wurde Marx am 01.04.2005 in Leipzig dafür nominiert. An der Nominierung nahmen laut Verfassungsschutz ca. 80 Personen teil.¹² Der frühere NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert behauptete später im Internet gar, der Leipziger Kreisverband sei „erpresst“ worden, diese Kandidatur hinzunehmen.¹³

Größter sächsischer Kreisverband: Der Leipziger Kreisverband der NPD, der einst über 200 Mitglieder gehabt haben soll, gilt auch heute noch als einer der größten der Partei. Auf der Homepage der NPD heißt es, der hiesige Kreisverband habe zum Jahresende 2006 über 100 Mitglieder gehabt. Im März 2009 bestätigte auch Ordnungsbürgermeister Heiko Rosenthal, dass der Leipziger Kreisverband mit 100 Mitgliedern gegenwärtig der mitgliederstärkste in ganz Sachsen sei.¹⁴

Kreisvorsitzender ist seit längerem der Rentner Helmut Herrmann (Jahrgang

¹⁰ Siehe: Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: Verfassungsschutzbericht 2005, S. 28 und 34.

¹¹ Siehe: Köditz 2009, S. 71.

¹² Siehe: SMI-Antwort vom 01.02.2006 auf KIAnfr Kerstin Köditz Linksfraktion.PDS vom 06.01.2006, Drs 4/3940.

¹³ Siehe: FAZ vom 12.04.2006 („Knirschen im braunen Gebälk“).

¹⁴ Siehe : <http://www.chronikle.org/ereignis/ordnungsbuergermeister-leipzig-groesster-npd-kreisverband-sachsens-aktive-freie-kraefte>, (eingesehen am 24.04.2009).

1934), der sich nach Schöns Parteiaustritt im Namen des Kreisverbandes von diesem distanzierte und die Treue zur Partei- und Fraktionsführung beteuerte.¹⁵ Im Februar 2006 rückte er als stellvertretender Vorsitzender in den Landesvorstand auf.

Finanzier Wolfgang Schüler: Zudem wohnt mit dem Rentner Wolfgang Schüler auch einer der über lange Zeit großzügigsten Einzelspender der Partei in Leipzig. Durch eine Erbschaft in der Leipziger Innenstadt zu beachtlichem Vermögen gelangt, hat er der NPD seit 1997 mehr als 300.000 Euro gespendet, außerdem ist er mit 53.000 Euro zu einem Viertel am Grundkapital des parteinahen „Deutsche Stimme“-Verlags beteiligt. Allerdings gilt er als Freund des abtrünnigen Landtagsabgeordneten Jürgen Schön.¹⁶

Szeneinterne Veranstaltungen: Die Leipziger NPD setzte in der Vergangenheit weniger auf öffentlichkeitswirksame Aktionen, sondern vor allem auf interne Schulungen und Veranstaltungen. Nach eigenen Angaben organisierte der Kreisverband im Rahmen seiner Veranstaltungsreihe „Ein Herz für Deutschland“ zeitweise monatlich solche internen Vorträge. Das Landesamt für Verfassungsschutz berichtet in seinem Lagebild für die Stadt Leipzig vom November 2008, dass vom Leipziger Kreisverband in den vorangegangenen drei Jahren keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten ausgegangen seien.¹⁷ Diese Zurückhaltung begründete der damalige Landtagsabgeordnete Jürgen Schön 2004 gegenüber dem Stadtmagazin „Kreuzer“ so: „Leipzig ist eine rote Stadt, da halten wir uns bewusst etwas zurück.“¹⁸

Als Ort für die internen Veranstaltungen dienten meist kleinere Kneipen und Gartenlokale wie das „Trommelholz“ in Möckern oder das „Lokomotion“ in Lößnig. Zeitweise wurde auch das große „Haus Leipzig“ in der Elsterstraße genutzt. Letzteres befand sich zwar im Besitz der Stadt, als Betreiber fungierte jedoch eine Verwaltungs-GmbH, die auch das (im März 2007 abgebrannte) Gartenlokal „Trommelholz“ betrieben hatte.

Am 02.06.2006 referierte beispielsweise der ehemalige (inzwischen verstorbene) FAP¹⁹-Chef Friedhelm Busse in Leipzig zum Thema „Mein Leben – mein Kampf“.²⁰ Dem Besuch dieser „lebenden Legende“ (NPD-Leipzig) war auch einer

¹⁵ Siehe: „Deutsche Stimme“, Februar 2006 (Leserbrief).

¹⁶ Siehe: Staud 2005, S. 186.

¹⁷ Siehe: Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: Extremismus-Lagebild Stadt Leipzig (Stand: 25.11.2008).

¹⁸ Siehe: „Kreuzer“ 11/2004 („Biedermann und braune Schläfer“).

¹⁹ FAP: Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei, wurde 1995 nach gültigem Vereinsrecht wegen Verfassungswidrigkeit verboten.

²⁰ Siehe: SMI-Antwort vom 15.08.2006 auf KIANfr Kerstin Köditz Linksfraktion.PDS 30.06.2006 Drs 4/5497 und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: Kurzinformation über wichtige Ereignisse und Aktivitäten extremistischer Organisationen im Juni 2006,

der ersten Einträge auf der Internetseite der Leipziger NPD gewidmet.²¹ Nach Angaben in diesem Eintrag nahmen an der Veranstaltung über 150 Personen aus Leipzig und dem Muldental teil.²² Angekündigt waren im Jahr 2006 auch Veranstaltungen am 28.07. (mit G. Fritzsche²³) und am 01.09. (mit MdL Winfried Petzold).²⁴ Petzold sollte auch am 18.05. 2007 im „Haus Leipzig“ zum Thema „Das deutsche Volk im Fadenkreuz – 3000 Jahre Antigermanismus“ sprechen, der Vortrag wurde jedoch kurzfristig abgesagt.²⁵ Auf der Internetseite der Leipziger NPD wird zudem berichtet, dass Ende 2006 ein als „Vertreter der Erlebnisgeneration“ bezeichneter einstiger Obersturmführer und Angehöriger der SS-Leibstandarte „Adolf Hitler“ sowie der SS-Panzerdivision „Totenkopf“ vor „über 150 zum größten Teil jungen Deutschen“ sprach. Zudem habe im April 2007 ein Historiker aus Wien über „Israels Kriegspolitik“ und andere Aspekte des Nahostkonflikts referiert.²⁶

Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten bis 2008: Einen der jenseits von Wahlkämpfen bis 2006/2007 seltenen öffentlichen Propagandaversuche der NPD in Leipzig stellte die Verteilung eines Flugblatts im Dezember 2005 dar. Als Steilvorlage nutzte die Dresdner NPD-Fraktion dafür einen Artikel der Leipziger Volkszeitung (LVZ), die im September 2005 von der angeblich geplanten Einrichtung eines „Ausländer-Viertels“ im Leipziger Osten berichtet hatte.²⁷ Tatsächlich beabsichtigte die Stadt, die schwache Wirtschafts- und Handelsstruktur des Stadtteils Volksmarsdorf ab 2007 u.a. durch die gezielte Ansiedlung von Klein- und Mittelständlern mit Migrationshintergrund in einem Häusergeviert an der Eisenbahnstraße aufzuwerten. Das geplante Projekt firmierte unter dem Titel „Internationales Quartier Ost“. In Volksmarsdorf, wo mit rund 13% mehr als doppelt so viele Migrant_innen wie im Leipziger Durchschnitt leben, hatte die NPD bei der Landtagswahl 2004 mit 14,5 Prozent ihr bestes Ergebnis in Leipzig erzielt.

MdL Winfried Petzold reichte zum Vorhaben der Stadt im Oktober 2006 ei-

<http://www.sachsen.de/de/bf/verwaltung/verfassungsschutz/berichte/downloads/Juni%202006.pdf>, (eingesehen am 27.07.2006).

²¹ Im Impressum der Internetseite ist als Kontaktadresse für den inhaltlich Verantwortlichen (Kreis-Chef Herrmann) immer noch die Adresse des zeitweise von Jürgen Schön betriebenen Görlitzer NPD-Bürgerbüros angegeben. Siehe: http://www.npd-leipzig.net/?page_id=4, (eingesehen am 30.03.2009).

²² Siehe: <http://www.npd-leipzig.net/?p=01>, (eingesehen am 30.03.2009).

²³ Vermutlich handelt es sich dabei um Gerd Fritzsche aus Borsdorf (Muldentalkreis), der sich dort im Frühjahr 2006 als unabhängiger Kandidat um das Bürgermeisteramt bewarb, 2008 aber für die NPD in den Kreistag des Landkreises Leipzig eingezogen ist und 2009 auch für den Landtag kandidierte.

²⁴ Ankündigungen auf der Internetseite der Deutschen Stimme.

²⁵ Siehe: „Gamma“ Nr. 178, Juni/Juli 2007.

²⁶ Siehe: <http://www.npd-leipzig.net/?cat=9>, (eingesehen am 10.04.2009).

²⁷ Siehe: LVZ Leipzig vom 24./25.09.2005 („Rathaus plant ‚Chinatown‘“).

ne Kleine Anfrage ein.²⁸ Im November folgte ein Antrag zur „Verhinderung einer von der Stadt Leipzig angestrebten Bildung eines überwiegend von Ausländern bewohnten Ghettos im ‚Block 99‘ im Ostteil der Stadt Leipzig“.²⁹ Schließlich ließ die NPD-Fraktion im Dezember 2007 in Volkmarisdorf ein vierseitiges Flugblatt verteilen (nach eigenen Angaben in einer Auflage von 50.000 Exemplaren³⁰), in dem MdL Petzold vor einer angeblich drohenden „Ghetto-Bildung“ und „Einwanderer-Krawallen wie in den französischen Vorstädten“ warnte: „Leipzig muß eine deutsche Stadt bleiben – deshalb muß die Herausbildung von Parallelgesellschaften und von französischen Verhältnissen in unseren Städten rechtzeitig entgegengewirkt werden.“ Dazu zeigte das Titelfoto eine Reihe ausgebrannter Autos. Weiter hieß es so martialisch wie verschwörungstheoretisch: „Wehret den Anfängen! Ganz gezielt sollen Krisenherde geschaffen werden, um im Sinne der Globalisten Völker aufeinander zu hetzen!“³¹ Ende Dezember berichtete dann auch die neurechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ unter der Überschrift „Eine Parallelgesellschaft vom Reißbrett“ über das Vorhaben.³²

Inwieweit der Partei damit die beabsichtigte Skandalisierung gelungen ist, ist nur schwer zu beurteilen. Die lokalen Medien griffen die Kritik der NPD jedenfalls nicht auf. Im Stadtteilmagazin „Neustädter Marktjournal“ wurde zwar über die Flugblattaktion berichtet, durch eine genaue Beschreibung des geplanten Projekts jedoch gleichzeitig die darin enthaltenen Unterstellungen und die ideologisch aufgeladene Panikmacherei durch die NPD kenntlich gemacht.

Eigene Demonstrationen führte die NPD in Leipzig seit Juni 2002, als rund 1.100 ihrer Anhänger_innen parallel zu einer Demo des Neonazis Christian Worch gegen die (überarbeitete) Wehrmachtsausstellung protestierten und dabei unter anderem Parolen wie „Ruhm und Ehrte der deutschen Wehrmacht“ riefen³³, nicht mehr durch. Einzige Ausnahme war eine Mahnwache am 19.6.2004 unter dem Motto „Israelische und amerikanische Kriegsverbrechen ächten“ vor dem amerikanischen Konsulat. Daran beteiligten sich 20 Neonazis, darunter auch JN- und REP³⁴-Mitglieder und andere Neonazis.³⁵ Hinter dieser Aktion steckte der NPD-

²⁸ Siehe: KIANfr Winfried Petzold NPD 04.10.2006 Drs 4/3030.

²⁹ Antr NPD 28.11.2005 Drs 4/3533.

³⁰ Siehe: Pressemitteilung der NPD vom 06.12.2006.

³¹ Siehe: Flugblatt der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag: „Kein ‚China-Town‘ im Leipziger Osten“, Dezember 2005.

³² Siehe: „Junge Freiheit“ Nr. 52/05-01/06 vom 29./30.12.2005. Siehe dazu auch: „Fallbeispiel: NPD-Kampagne in Leipzig-Volkmarisdorf“, in: Grumke/Klärner 2006, S. 102-106.

³³ Siehe: LVZ vom 10.06.2006 („500 Leipziger protestierten gegen 1720 Neonazis“). Siehe auch: „Nachlese zu Leipzig am 8. Juni 2002“, <http://venceremos.antifa.net/regional/leipzig/le8juni02.html>.

³⁴ REP: Die Republikaner.

³⁵ Siehe: SMI-Antwort vom 02.03.2005 auf KIANfr Kerstin Köditz PDS vom 18.01.2005 Drs 4/554.

Kader und damalige JN-Bundesorganisationsleiter Sascha Wagner³⁶, der 2004 von Wurzen und Riesa aus den Kommunal- und Landtagswahlkampf der NPD in West- und Mittelsachsen organisierte.

Verhältnis zur Neonazi-Jugend: Anders als das Gros der älteren Leipziger NPD-Mitglieder hatte der Ex-Skinhead Wagner keine Berührungsängste gegenüber der Leipziger Neonazi-Jugend. Im so genannten „Freien Jugendklub Grünau“ veranstaltete er am 27.08.2004 einen „politischen Gesprächskreis“ zum Thema „Volksfront von Rechts“. Dieser in der Szene auch als „Club 88“ bekannte „Jugendklub“ war Anfang 2004 in einem ehemaligen Industriegebiet als „Fitness-Club“ angemietet worden. Genutzt wurde er jedoch für Nazi-Konzerte, Partys, Schulungen und Liederabende. Der „Klub“ war auch beim Pressefest der „Deutschen Stimme“ 2004 in Mücka vertreten. Am 11.12.2004 trat dort im Rahmen einer „JN-Weihnachtsfeier“ die holländische Band „Brigade M“ vor rund 70 Besucher_innen auf.

Laut einer Einschätzung des sächsischen Innenministeriums von 2005 hatte sich dieses Objekt schnell zu einem überregional bekannten Anlaufpunkt entwickelt: „Es sind keine weiteren Objekte in Sachsen bekannt, deren regionale und überregionale Bedeutung mit dem ehemaligen ‚Freien Jugendklub Grünau‘ vergleichbar wären. Kein Objekt hat einen so hohen Bekanntheitsgrad erlangt und bot eine derart breite Palette von Veranstaltungen.“³⁷ Im April 2005 kündigte der Eigentümer des Gebäudes den Mietvertrag wegen Zahlungsunregelmäßigkeiten. Zu diesem Zeitpunkt beendete auch Sascha Wagner sein Engagement in Sachsen und zog im NPD-Auftrag weiter nach Rheinland-Pfalz.³⁸

1.2 Entwicklungen seit 2008

2007/2008 hat der Leipziger NPD-Kreisverband seine Aktivitäten sichtbar ausgebaut, was zweifelsohne auch den anstehenden Wahlkämpfen geschuldet war. Eine wichtige Voraussetzung dafür war die Annäherung zwischen NPD und Teilen der so genannten „Freien Kräfte“ in Sachsen³⁹ - Neonazis also, die bislang keine Parteipolitik für die NPD machten. Intern war man sich bereits im Jahr 2007 näher ge-

³⁶ Ehemaliger Nazi-Skinhead, ehemaliger Mitarbeiter von Manfred Rouhs (rechtsextremer Verleger und Fraktionsgeschäftsführer von „Pro Köln“) und Chefredakteur dessen Rechtsrock-Magazins „Noie Deutsche Welle“ sowie Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Nationaldemokraten. Siehe u.a. http://de.wikipedia.org/wiki/Sascha_Wagner und Blick nach Rechts 19 (22), 16.09.2005 („Einschlägige Karriere“).

³⁷ Siehe: SMI-Antwort vom 08.11.2005 auf KIAnfr Kerstin Köditz Linksfraktion.PDS 13.10.2005 Drs 4/3155.

³⁸ Siehe: Blick nach Rechts 19 (22), 16.09.2005.

³⁹ Für mehr Informationen hierzu siehe: Teil I - Abschnitt 2.1: Freie Kräfte Leipzig.

kommen. Unter anderem nahm der damals noch „Freie Aktivist“ Maik Scheffler aus Delitzsch, der zu den Initiatoren der „Freies Netz“-Struktur gehört, am 06.05. an einer Veranstaltung des NPD-Kreisverbandes im Lößniger Gartenlokal „Lokomotion“ teil.⁴⁰ Die Initiative zum Treffen in Lößnig ging von Nils Larisch, einem „technischen Mitarbeiter“ der Dresdner NPD-Landtagsfraktion aus, der den als „Geschichtlichen Gesprächskreis“ angekündigten Vortrag organisiert hatte.⁴¹

Larisch gilt als Verbindungsmann der NPD ins neonazistische bzw. rechtsoffene Fußballmilieu. Er war Gründungsmitglied des 1. FC Lok Leipzig und hat früher selbst dessen Fanartikel verkauft. Im Sommer 2007 fuhr er mit einem mit dem Konterfei von Neonazi-Idol Rudolf Heß und der Aufschrift „1894-1987 / Mord verjährt nicht“ beklebten LKW durchs Land, ließ sich dabei u.a. auch vor dem Völkerschlachtdenkmal fotografieren.⁴² Bei der Veranstaltung im „Lokomotion“ übernahmen Personen aus der Hooliganszene (u.a. Blue Caps LE⁴³) den „Saalschutz“.

Erstes sichtbares Zeichen für eine Annäherung zwischen NPD und „Freien Kräften“ war eine von der NPD angemeldete, aber auch von der „Freien Kräften“ beworbene Demonstration mit dem Motto „Für ein gastfreundliches Leipzig – Kriminelle Ausländer raus“ am 15.03.2008 (anlässlich des so genannten „Diskokriegs“ in Leipzig). Dass die Partei gegen das Verbot der Demo aufgrund polizeilichen Notstands keinen Widerspruch einlegte, sorgte zwar bei den „Freien“ für Verstimmung, trotzdem war damit anscheinend die Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit von NPD und Teilen der „Freien Szene“ gelegt.⁴⁴

Gründung des Leipziger JN-Stützpunktes: 2008 gründete sich – am symbolträchtigen 20.04.⁴⁵ – in Leipzig ein „Stützpunkt“ der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN), der sich maßgeblich aus Vertretern der „Freien Kräfte Leipzig“ speist.⁴⁶ Die Internetseite des „Freien Netz Leipzig“ diente seitdem auch der JN-Leipzig als Plattform für ihre Verlautbarungen.⁴⁷ Zur selben Zeit entstand mit „Freies Leipzig“ eine neue Internetseite von Neonazis, die weiterhin Ab-

⁴⁰ Mittlerweile ist Scheffler selbst der NPD beigetreten; am 06.12.2008 wurde er zum Direktkandidaten für die Landtagswahl gekürt und mit Titel des „Organisations- und Koordinationsleiter der NPD im Regierungsbezirk Leipzig“ versehen, seit der Kommunalwahl am 07.06.2009 vertritt Scheffler die Partei im Stadtrat von Delitzsch.

⁴¹ Siehe: Gamma Nr. 177, April/Mai 2007, „Geschichtsrevisionisten treffen sich in Lößniger Gartenlokal „Lokomotion““.

⁴² Siehe: „National befreite Hooliganzone“, in: Ruf/Sundermeyer 2009, S. 129-135.

⁴³ Für mehr Informationen hierzu siehe: Teil I – Neonazis und Fußball-/Hooligan-Szene.

⁴⁴ Siehe: http://endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1268, (eingesehen am 30.03.2009).

⁴⁵ Der 20.04.1889 ist der Geburtstag von Adolf Hitler.

⁴⁶ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/jn-verband-leipzig-gegr-ndet>, (eingesehen am 30.03.2009).

⁴⁷ Die Webseite der „Freien Kräfte Leipzig“ ist – wie andere Unterseiten des „Freien Netzes“ auch – seit Juli 2009 offline.

stand zur NPD und JN wahren wollen. Allerdings kann das gegenseitige Verhältnis als eher freundschaftlich bezeichnet werden.

Als JN-Stützpunktleiter fungiert das Freie Kräfte - Mitglied Tommy Naumann. Im Kampf gegen die „verlogenen Ideale einer sich als ‚Demokratie‘ bezeichnenden multikriminellen Diktatur“ will die JN laut einer Mitteilung auf der Internetseite der Leipziger NPD auf Schulungsveranstaltungen, Propagandaaktionen, körperliche Ertüchtigung, Wahlkampfunterstützung sowie den Schutz von NPD-Veranstaltungen setzen.⁴⁸

Von der JN-Leipzig angemeldet wurde kurze Zeit später u.a. eine Kundgebung mit dem Motto „Unsere Kinder - unsere Zukunft“ am 01.09. in Reudnitz, an der sich neben rund 280 Neonazis auch mehrere Landtagsabgeordnete der NPD (Fraktionschef Holger Apfel, Landesvorsitzender Winfried Petzold, MdL Jürgen Gansel und MdL Alexander Delle) beteiligten. Anlass dafür war die Ermordung eines achtjährigen Mädchens. Bereits zuvor wurden mehrere (teilweise spontane) Demonstrationen und „Trauermärsche“ zu selben Thema im Stadtteil von Neonazis dominiert.⁴⁹ Zur Kundgebung am 01.09. aufgerufen hatte auch die neonazistische Hooligan-Gruppierung Blue Caps LE, von der sich der Vorstand des 1. FC Lok Leipzig später aus diesem Grund distanzierte. Neben JN-Stützpunktleiter Tommy Naumann und einem „freien Kameraden“ aus Dortmund sprach auch der NPD-Fraktionsvorsitzende Holger Apfel, der seiner Rede mit der Nazi-Forderung nach „Todesstrafe für Kinderschänder“ beendete.⁵⁰

Ihre Mobilisierungsfähigkeit bewiesen die Neonazis von JN und Freien Kräften wenig später erneut, als am 25.10.2008 rund 300 Neonazis aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg zu einer ebenfalls von der JN-Leipzig angemeldeten Demonstration in die Stadtteile Schönefeld und Sellerhausen kamen. Das Motto lautete diesmal „Unser Volk stirbt – Volkstod aufhalten“. Der Aufmarsch, an dem sich vor allem schwarz gekleidete Jugendliche beteiligten, stellte den Höhepunkt einer ganzen „Aktionswoche“ der Freien Kräfte zu diesem Thema in Leipzig und Umgebung dar. Neben zwei Mitgliedern der JN/FKL gehörte zu den Rednern u.a. der (damalige) NPD-Fraktionsmitarbeiter Peter Naumann, der als verurteilter Bombenleger große Sympathien bei den aktivistischen Neonazis genießt.

Eine andere Form des öffentlichen Auftritts wählte eine kleinere Gruppe von JN-Mitgliedern (aus Leipzig und Halle) am 06.11.2008, die sich als Gäste an einer Veranstaltung der Leipziger Jungen Union und Seniorenunion in der Handwerks-

⁴⁸ Siehe: Homepage der NPD-Leipzig vom 23.04.2008.

⁴⁹ Das ermordete Mädchen war die Nichte des FKL/JN-Kaders Isztvan Repaczki.

⁵⁰ Siehe: http://www.chronikle.org/ereignis/npdlandtagsabgeordnete_beteiligen_sich_an_neonazi_kundgebung_in_leipzig, (eingesehen am 30.03.2009).

kammer zu Leipzig beteiligten. Laut Vertreter_innen der Jungen Union handelte es sich um etwa ein Dutzend junge Männer, die ihre Zugehörigkeit zur Neonazi-Szene zunächst nicht offen zu erkennen gaben. Nach dem Vortrag von MdB Manfred Kolbe gaben sie allerdings ihre eigene Sichtweise zum Thema Finanzkrise mit einer Rede und später mit Zwischenrufen zum Besten. Zudem haben zwei weitere offenbar mit zu dieser Gruppe gehörende Männer einen Teil der Veranstaltung von den Zuschauerplätzen aus gefilmt. Im Internet rühmten sich die Besucher hinterher dafür, „unmissverständlich“ klargemacht zu haben, „dass das zinskapitalistische System und die parlamentarische Demokratie als das Puppenhaus für unsere Berliner Politmarionetten zwangsläufig scheitern müssen.“⁵¹

Am 28.02.2009 fand in Leipzig die „Jahresauftaktversammlung“ der JN Sachsen statt. Als Gastredner dabei war u.a. der frühere Vorsitzende der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend“, der Rechtsanwalt Wolfram Narath.⁵²

Eröffnung eines NPD-Zentrums in Lindenau: Am 15.11.2008 eröffnete die NPD in der Odermannstraße 8 im Stadtteil Lindenau ein durch einen hohen Metallzaun abgeschottetes und stark gesichertes „Zentrum“, das u.a. als Bürgerbüro von MdL Winfried Petzold sowie als Kreisgeschäftsstelle dienen soll. Bereits anlässlich der Gründung des Leipziger JN-Stützpunktes im April hatte die Partei verkündet, dass der Aufbau eines „eigenen Zentrums als Anlaufpunkt“ ein primäres Ziel der JN sei. In einer Pressemitteilung kündigte Petzold nun an, dass von diesem Grundstück aus auch der kommende Kommunalwahlkampf organisiert werden sollte.⁵³

Genutzt wurde das NPD-Zentrum zunächst vor allem für (sub-)kulturelle Veranstaltungen. So soll bei der Eröffnung unter anderen der wegen Volksverhetzung verurteilte „Liedermacher“ Frank Rennie gespielt haben. Unter den Gästen waren hauptsächlich jüngere Neonazis. Den Einlassdienst übernahmen Beobachter_innen zufolge Mitglieder der Hooligan-Gruppierung Blue Caps LE. In einem auf „Freies Netz Leipzig“ veröffentlichten „Jahresrückblick 2008“ wurde das Objekt offen als „nationales Jugendzentrum“ bezeichnet.

Dass das NPD-Zentrum bislang hauptsächlich jüngeren Neonazis als Heimstätte dient, zeigte die Reaktion auf eine Protestkundgebung von Antifaschist_innen

⁵¹ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/junge-nationaldemokraten-ueben-cdu-veranstaltung-wortergreifen>, (eingesehen am 30.03.2009).

⁵² Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/ehemaliger-vorsitzender-wiking-jugend-jahresauftakt-jn-sachsen-leipzig>, (eingesehen am 30.03.2009).

⁵³ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/npd-abgeordnetenbuero-eroeffnet-leipzig>, (eingesehen am 30.03.2009).

und Anwohner_innen am 29.12.2008 auf dem Lindenauer Markt. Ein JN-Mitglied meldete spontan eine eigene Demonstration an und zog mit etwa 80-100 jungen Neonazis von der Odermannstraße in Sichtweite der Antifa-Kundgebung und wieder zurück.⁵⁴

Nach der Eröffnung des NPD-Zentrums kam es in seiner Umgebung wiederholt zu Übergriffen und Bedrohungen. Die Täter gingen dabei äußerst planvoll und zielgerichtet vor, um potenzielle oder tatsächliche Gegner_innen in Lindenau einzuschüchtern (u.a. am 19. und 21.11., 18. und 20.12.2008).⁵⁵ Tatsachen verdrehend beschwerte sich Winfried Petzold als offizieller Betreiber des „Bürgerbüros“ in Pressemitteilungen und mit plakatierten „Bürgerbriefen“ über angebliche Angriffe auf das Objekt. So berichtete er in einer Pressemitteilung vom 27.11.2008 von „Angriffswellen“ mit Pflastersteinen, Kanonenschlägen und Signalmunition während einer antifaschistischen Spontandemonstration am 25.11.2008. In dem wenig später plakatierten „Offenen Brief“ an die Anwohner_innen war dann von diesen „Attacken“ keine Rede mehr, sondern nur noch von „Gewalttätern“, die mit Leitern versucht hätten, auf das Gelände vorzudringen, wovon sie jedoch von „Sicherheitskräften“ abgehalten worden wären.⁵⁶ Auch dieser Angriff hat nicht stattgefunden, es handelte sich hier um einen weiteren Versuch der NPD, sich als Opfer darzustellen. Was nicht ohne Wirkung blieb. So verbreiteten Polizei und Medien am 05.12.2008 nach einer friedlichen Protestaktion – einer abendlichen Chorprobe vor dem NPD-Zentrum – eine Falschmeldung, die offenbar nur auf NPD-Angaben beruhte. Demnach hätten rund 40 verummte Personen das NPD-Büro mit Steinen und Feuerwerkskörpern attackiert. Im gleichen Zuge berichteten Medien (u.a. LVZ-Online und Sächsische Zeitung), dass das NPD-Büro in den vergangenen Tagen bereits mehrfach „Ziel von Angreifern aus der linken Szene“ gewesen sei. Dies hatte zuvor nur Winfried Petzold behauptet. Als Reaktion auf die Presseartikel meldeten sich Augenzeug_innen, die den Ablauf der Protestaktion ganz anders schilderten. Auf Nachfrage der Leipziger Internetzeitung musste die Polizei schließlich nach mehreren Tagen eingestehen, dass lediglich ein Ermittlungsverfahren gegen „Unbekannt“ wegen Landfriedensbruch eingeleitet worden sei, es aber zu keinen weiteren Straftaten wie Sachbeschädigungen oder Körperverletzungen gekommen sei. Von angeblich auf das NPD-Büro geworfenen Böllern und Steinen war keine Rede mehr.

⁵⁴ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/npd-zentrum-ausgangspunkt-neonaziaufmarsches-lindenauer-markt>, (eingesehen am 30.03.2009).

⁵⁵ Siehe betreffende Einträge bei chronik.LE, u.a. <http://www.chronikle.org/ereignis/eroeffnung-npd-buergerbueros-beleidigung-drohung-versuchter-angriff>, (eingesehen am 30.03.2009).

⁵⁶ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/npd-landesvorsitzender-winfried-petzold-verteilt-buergerbrief-lindenau>, (eingesehen am 30.03.2009).

Trotzdem wurde die offizielle Pressemitteilung der Polizei vom 05.12. nicht korrigiert. Daher konnte sich NPD-Chef Petzold in einer weiteren Pressemitteilung vom 09.12. weiter auf die Polizei berufen und von einem angeblich „massiven linksextremistischen Angriff“ auf sein Büro berichten.⁵⁷

Am 23.12.2008 veröffentlichte der NPD-Kreisverband auf seiner Homepage ein weiteres Schreiben Petzolds an die „Bürgerinnen und Bürger in Lindenau“, in dem der Landtagsabgeordnete sich über „80 gewaltbereite Antifaschisten mit Fahrrädern“ beklagte, die versucht hätten, in sein Büro einzudringen. Den zivilgesellschaftlichen Protest gegen das NPD-Zentrum versuchte er mit diversen Beleidigungen zu diskreditieren. Leider unternahmen und unternehmen die Leipziger Medien, insbesondere die Leipziger Volkszeitung als einzige lokale Tageszeitung, bislang kaum etwas, um über diese auf Lügen und Verleumdungen setzende PR-Strategie der NPD aufzuklären.

Probleme bereitete dem NPD-Kreisverband dagegen die Tatsache, dass er anscheinend keine vollkommene Kontrolle über die Vorgänge im „nationalen Jugendzentrum“ hat. So kam es in der Nacht zum 21.12.2008 im Zuge einer Party im NPD-Zentrum in der Odermannstraße zu Krawallen und Übergriffen auf die Polizei. Dabei wurden Passant_innen bedroht und ein Polizeiauto mit Flaschen und Feuerwerkskörpern beworfen. Als die zur Unterstützung herbeigerufene Bereitschaftspolizei – die laut Berliner Zeitung allerdings erst Stunden später eintraf – sich Zugang zum Gelände verschaffen wollte, wurden die Beamt_innen am Eingangstor mit Reizgas angegriffen.⁵⁸ Erst nach Verhandlungen mit einem Verantwortlichen konnten die Polizist_innen das Gelände betreten und die Identität von 46 Party-Gästen feststellen. Gegen vier Personen wurden Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung, Beleidigung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Sachbeschädigung eingeleitet.

Der NPD-Kreisvorsitzende Helmut Herrmann bezeichnete die Randalie in einer auf der Homepage des Kreisverbandes veröffentlichten Mitteilung als „bedauerlichen Zwischenfall“ und distanzierte sich „in aller Form“ von den Tätern. Diese kämen „aus der Anhängerschaft des Fußballvereins Lok Leipzig sowie möglicherweise auch von auswärts“. Die Fußballfans hätten den Versammlungssaal im NPD-Zentrum für ihre Feier nur angemietet. Die „Verantwortlichen des Objekts in der Odermannstraße 8“ müssten künftig, so Herrmann weiter, „dafür Sorge tragen,

⁵⁷ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/polizei-medien-verbreiten-falschmeldung-friedliche-protestaktion-npd-zentrum>, (eingesehen am 30.03.2009).

⁵⁸ Siehe: <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/1230/seite3/0001/index.html>, (eingesehen am 15.1.2010).

dass es nicht mehr zu solchen Vorfällen kommen kann.“⁵⁹

Diese etwas hilflos vorgetragene Bitte Hermanns deutet darauf hin, dass weder er noch Landeschef Petzold in der Odermannstraße das Sagen haben, sondern eher eine Gruppe von Mitgliedern der JN, Freien Kräften Leipzig und rechten Hooligans. Nach diesem Vorfall ist in und um die Odermannstraße scheinbar Ruhe eingekehrt. Wahrscheinlich wurde den Verantwortlichen klargemacht, dass sich Übergriffe auf Anwohner_innen und Polizist_innen im Wahljahr nicht positiv auf Partei und Bewegung auswirken.

Erste Wahlkampf-Aktion am Arbeitsamt: Dass die NPD während des Wahlkampfes vor allem auf soziale Themen setzen will, wurde bereits am 06.11.2008 sichtbar, als die Partei mit einem „Infomobil“ vor dem Arbeitsamt in der Georg-Schumann-Straße Station machte und Flugblätter verteilte. Unter den Verteilenden waren auch Mitglieder der Freien Kräfte Leipzig bzw. JN-Leipzig. Das Wahlkampf-mobil wurde an diesem Tag auch in anderen Stadtteilen wie Grünau, Lindenau und Schönefeld sowie am Nachmittag vor der so genannten „Gedächtnisstätte“ in Borna gesichtet.⁶⁰

Auch mit einem Infostand auf dem Lindenauer Markt am 18.01.2009 versuchte die NPD sich als um die Armen und Bedürftigen bemüht darzustellen. Zu diesem Zweck sollte Suppe verteilt werden. Allerdings gelang es der Partei damit nicht wirklich, die auserkorene Zielgruppe zu erreichen. Außer den 20 älteren Standbetreuern näherten sich nur wenige Passant_innen dem Suppen-Stand.⁶¹

Wahlkampfzeitung „Leipziger Stimme“: Erste öffentlichkeitswirksame Aktion 2009 war die punktuelle Verteilung der Wahlkampfzeitung Leipziger Stimme am 16.01. in Portitz und Thekla (später tauchte das Blatt auch in Briefkästen in Möckern, Lindenau und Großzschocher auf).⁶² Bereits 2005 hat die NPD während des OBM-Wahlkampfes von Peter Marx eine Postille mit diesem Titel veröffentlicht. Die Ausgabe für die Kommunalwahl 2009⁶³ („Die Zeitung der NPD für unsere Heimatstadt Leipzig“) war boulevardmäßig-bunt gestaltet. Auf vier Seiten wurden einerseits Sachthemen wie die Wirtschaftskrise („Globales Krisengewitter über Leipzig“), Cross-Border-Leasing („Das große Zittern im Leipziger Rathaus!“), Gesundheits-

⁵⁹ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/krawalle-angriff-polizei-party-npd-zentrum>, (eingesehen am 30.03.2009).

⁶⁰ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/npd-infomobil-arbeitsamt-leipzig>, (eingesehen am 30.03.2009).

⁶¹ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/npd-suppe-beduerftige-lindenauer-markt>, (eingesehen am 30.03.2009).

⁶² Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/npd-verteilt-leipziger-stimme>, (eingesehen am 30.03.2009).

⁶³ Es folgte bis zur Kommunalwahl noch eine zweite, ähnlich gestaltete Ausgabe der Leipziger Stimme.

reform und die Dauerbrenner „Paulinerkirche“ und „Kindesmissbrauch“ behandelt. Andererseits wurde über „Graffiti-Kriminalität“, „linke Sozialarbeiter“, „linkskriminelle Antifaschisten“ und „Quoten-Ausländer“ im Fernsehen geklagt. Eine „antideutsche Medienmafia“ würde „gezielt die Abschaffung des deutschen Volkes“ propagieren.

Als politische Hauptgegnerin wurde die SPD ausgemacht, die für Sozialabbau und „rot-roten Filz“ stünde. Als besonders verwerflich wurde eine Dienstreise vom OBM Burkhard Jung (SPD) nach Israel beschrieben: Ob er dort wohl „Geldgeschenke als Tributzahlung“ verteilt habe, die „den Hartz-IV-Opfern vorenthalten werden sollten?“, orakelten die ungenannten Autor_innen in antisemitischer Manier. In ähnlicher Weise wurden auch städtische Fördermittel für den Umbau des Ariowitsch-Hauses zu einem Kultur- und Begegnungszentrum der Israelitischen Religionsgemeinde sowie staatliche Gelder für die Jüdischen Gemeinden im Freistaat kritisiert. Unter der Überschrift „Sozial geht nur national“ wurde zudem in einem Artikel offen erklärt, dass die NPD eine „Gemeinschaft des Volkes“ anstrebt, zu der natürlich nur Menschen gleicher Abstammung, Sprache und Kultur gehören sollen.

Der NPD-Landesvorsitzende Winfried Petzold forderte als einziger in der „Leipziger Stimme“ genannter und abgebildeter NPD-Politiker: „Leipzig muss wieder Industriestandort werden!“ Die Überschrift dazu lautete: „Arbeit für Leipzig! Volkswirtschaft statt Kapitalismus!“ Wie die NPD „Globalisierung und Raubtierkapitalismus“ zu überwinden gedenkt, blieb jedoch nebulös. An konkreten Maßnahmen wurden lediglich genannt: „Arbeitsplatzvergabe zuerst an Deutsche!“, Arbeitsbeschaffungsprogramme (nach Art des früheren „Betriebes für Beschäftigungsförderung“), Mindestlöhne, „Grenzen dicht für Lohndrücker und ausländische Billigwaren“ sowie eine „Sondersteuer für Unternehmen, die Ausländer beschäftigen, solange qualifizierte Deutsche arbeitslos sind!“

Kandidat_innenkür und Wahlprogramm: Die Leipziger Stimme findet sich seit dem 10.04.2009 zusammen mit dem Wahlprogramm (das inhaltlich viele Punkte enthält, die bereits in der Leipziger Stimme benannt wurden) auch zum Downloaden auf der Homepage des Leipziger Kreisverbandes der NPD. Die Kür der Kandidat_innen (sowohl für den Stadtrat als auch zur Landtagswahl) fand am 06.02. statt. Ziel war nach Angaben der Partei, in allen Leipziger Wahlkreisen anzutreten und verschiedene Berufsgruppen zu repräsentieren: „vom 18-jährigen Auszubildenden bis zum Rentner“, „von der Hausfrau bis hin zum selbständigen Handwerker, Kraftfahrer, Angestellten, Architekten, Unternehmensberater“. ⁶⁴ Als Stargast

⁶⁴ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/npd-kandidatenkuer-leipziger-stadtrat-bundes-partechef-udo-voigt>, (eingesehen am 30.03.2009).

bei der Veranstaltung anwesend war der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, der zu diesem Zeitpunkt noch um seine Wiederwahl als Parteivorsitzender bangen musste. Der sächsische Landtagsfraktionsvorsitzende Holger Apfel hatte sich in diesem Machtkampf gegen seinen Ziehvater Voigt entschieden und für die Wahl seines einstigen Fraktionsmitarbeiters Andreas Molau plädiert. Dieser hatte allerdings noch vor dem Bundesparteitag Anfang April einen Rückzieher machen müssen, an seiner Stelle kandidierte dann der Chef der Schweriner NPD-Landtagsfraktion Udo Pastörs gegen Voigt (erfolglos). Ob die Tatsache, dass sich der Leipziger Kreisverband so offen auf die Seite von Voigt geschlagen hat⁶⁵, zu Spannungen mit der Landtagsfraktion führte, ist unklar. Die sächsischen Landtagsabgeordneten Holger Apfel und Jürgen Gansel haben sich nach dem misslungenen Kampf um die Parteispitze aus dem Bundesvorstand zurückgezogen und wollen nun einen von der Bundesführung eigenständigen „sächsischen Weg“ gehen.⁶⁶

Beim Landesparteitag am 07.03.2009 wurde Landeschef Winfried Petzold als Vertreter des Leipziger Kreisverbandes hinter Apfel und dem Parlamentarischen Geschäftsführer Johannes Müller aus der Sächsischen Schweiz auf Platz 3 der Landesliste zur Landtagswahl gesetzt. Der Leipziger Kreisvorsitzende Helmut Herrmann fand auf Rang 10 Berücksichtigung.

Im von der Leipziger NPD-Homepage abrufbaren Flyer mit dem Wahlprogramm 2009 (Titel: „Wir sind das Volk! Opposition ins Rathaus!“)⁶⁷ fand sich ein Gruppenfoto mit 16 Kandidat_innen. Neben einigen älteren Herren (und zwei Damen), darunter Petzold und Herrmann, sind darauf auch die FKL- bzw. JN-Mitglieder Tommy Naumann und Isztvan Repaczki abgebildet (im typischen NPD-Ordneroutfit: weißes Hemd und Zimmermannshose). JN-Stützpunktleiter Tommy Naumann durfte neben Kreisverbandschef Hermann als einziger ein personalisiertes Statement abgeben und versprechen, sich „als junger Leipziger“ im Stadtrat „vor allem für die Interessen der deutschen Jugend in Leipzig“ einzusetzen. Das Motto der aufgefrischten NPD-Homepage („Jung, dynamisch, zukunftsorientiert.“) deutete ebenfalls daraufhin, dass die Jungen Nationaldemokraten seit der Gründung ihres Leipziger Stützpunktes im April 2008 schnell an Einfluss im Kreisverband gewonnen haben.

⁶⁵ Voigts Plädoyer für „Einigkeit und Geschlossenheit als Voraussetzung für einen Wahlerfolg der volkstreu Bewegung“ sei mit „starkem Beifall“ belohnt worden, hieß es in der NPD-Verlautbarung zur Leipziger Kandidatenkür.

⁶⁶ Siehe: <http://npd-blog.info/2009/04/06/npd-machtkampf-geht-weiter-apfel-und-gansel-auf-dem-saechsischen-weg/>, (eingesehen am 30.03.2009).

⁶⁷ Anders als bei der Leipziger Stimme, bei der als Verantwortlicher im Sinne des Presserechts noch der Landtagsfraktionsmitarbeiter Andreas Storr aus Görlitz angegeben war, wird als V.i.S.d.P. nun MdL Petzold mit Anschrift Odermannstraße 8 genannt. Zur Kontaktaufnahme mit dem Leipziger Kreisverband gibt es aber weiterhin nur eine Postfach-Adresse.

Fazit: Durch das Zugehen auf einen Teil der Freien Kräfte Leipzig, die Gründung eines JN-Stützpunktes und die Schaffung eines in der Öffentlichkeit nicht zu ignorierenden Partei-Zentrums hat die Leipziger NPD 2008 die Grundlagen für erfolgreiche Wahlkämpfe im Jahr 2009 geschaffen. Auch die Hürden Kandidat_innenaufstellung und Wahlprogrammerstellung wurden genommen. Mit der Leipziger Stimme und dem Programm-Faltblatt lagen auf Leipzig zugeschnittene Propagandamaterialien bereit.

2 Freie Kräfte Leipzig und Neonazis im Fußball-, Kampfsport- und Sicherheitsfirmen-Umfeld

2.1 Freie Kräfte Leipzig

Der sächsische Verfassungsschutz konstatierte in seinem Bericht für 2007, dass die Kameradschaftsszene in Sachsen leicht an Mitgliedern verliert, während die so genannten Freien Kräfte Zulauf verzeichnen. War und sind den Kameradschaften ziemlich konstante Organisationsstrukturen eigen und bestand damit auch für Behörden die Möglichkeit, bestimmte Personen diesen Zusammenhängen über einen längeren Zeitraum zuordnen zu können, haben die so genannten Freien Kräfte Leipzig nach Ansicht des Verfassungsschutzes feste Strukturen weitgehend aufgegeben. Dies hat auch Auswirkungen auf die Zuordenbarkeit von Personen: „Deutlich erkennbar ist, dass die Zuordnung zu festen, namentlichen Kameradschaften erschwert werden soll.“⁶⁸

Auch in und um Leipzig haben sich in der Neonazi-Szene Freie Kräfte etabliert, die durch verschiedene Aktionen in die Öffentlichkeit treten und regional sowie überregional über persönliche Kontakte und Internetseiten vernetzt sind.

Für die Stadt Leipzig ist, im Gegensatz zur Einschätzung des Verfassungsschutzes, zu beobachten, dass es sehr wohl einen engen und festen Personenkreis gibt, der der Gruppe der Freien Kräfte Leipzig (FKL) zuzuordnen ist. Will man die Leipziger Szene adäquat beschreiben, muss getrennt werden zwischen einem harten Kern der FKL, der hinsichtlich der personellen Zusammensetzung und der Häufigkeit der Aktivitäten weitgehend stabile Strukturen vorweist, und dem Mobilisierungspo-

⁶⁸ Siehe: Verfassungsschutzbericht Sachsen 2007.

tential dieser Gruppe, also der Anhänger_innenschaft. In erst genannter Gruppe sind derzeit rund 20 Personen aktiv. Das Mobilisierungspotenzial liegt in Leipzig bei rund 250 Personen, hierbei handelt es sich allerdings nicht nur um Personen, die sich in irgendeiner Form den FKL zugehörig fühlen, sondern auch um Neonazis aus anderen Zusammenhängen wie der NPD oder den sich politisch rechts verortenden Hooligan-Gruppen der beiden großen Leipziger Vereine Lok Leipzig und Sachsen Leipzig.⁶⁹ Gekennzeichnet sind die FKL und ihre Anhänger_innen durch besondere Formen politischer Aktionen wie Demonstrationen, Flugblattverteilung, Veröffentlichung von neonazistischen Artikeln im Netz oder gewalttätige Übergriffe. Führende und dauerhaft aktive Mitglieder der FKL, die seit 2006 unter diesem Namen firmieren, rekrutierten sich hauptsächlich aus dem „Jungsturm Leipzig“ bzw. „Jugendsturm Leipzig“ und dem „Freien Widerstand Leipzig“ – zwei Gruppen, die in den Jahren 2004 und 2005 bekannt wurden und deren Mitglieder damals fast ausschließlich Jugendliche waren. Maßgeblich beteiligt an Gruppenfindung und Politisierung der Mitglieder der FKL waren ältere Neonazis aus der Region Nord- und Mittelsachsen.

Wie oben beschrieben sind die FKL regional und überregional vernetzt. Ein Mittel dafür ist die Internetpräsenz „Freies Netz“⁷⁰, an der sich auch Neonazis aus anderen sächsischen Städten und Teilen Thüringens, Brandenburgs und Bayerns beteiligen. Zudem wurden mit diesen Gruppen, aber auch mit Mitgliedern der NPD und anderen, gemeinsame Veranstaltungen organisiert und durchgeführt. Es gibt Absprachen bezüglich der Terminierung und inhaltlichen Gestaltung von Demonstrationen und man begibt sich gemeinsam auf Ausflüge, die der „Körperertüchtigung“ (Wandern, Sport), der „Heimatkunde“ oder dem Gruppenzusammenhalt (Feiern, Konzerte, Familienfeste, Sonnenwendfeiern) dienen sollen. Diese Vernetzung hat entscheidend zum Erstarken der Neonazi-Szene in Leipzig in den Jahren 2006 und 2007 beigetragen. So liefen auf einer Demonstration am 08.12.2006 in Leipzig/Gohlis bekannte Neonazis aus Altenburg (Thomas Gerlach), aus Delitzsch (Maik Scheffler) und dauerhaft und bis heute Aktive der FKL (Isztvan Repaczki, Christian Trosse, Tommy Naumann) gemeinsam hinter dem Fronttransparent.⁷¹

Spätestens seit dieser Demonstration, die aufgrund des Schweigens des Leipziger Ordnungsamtes fast ohne zivilgesellschaftlichen Widerstand oder Protestaktionen durchgeführt werden konnte und deshalb für die Leipziger Neonazi-Szene als „erfolgreich“ angesehen werden kann, traten die FKL vermehrt gewaltbereit und

⁶⁹ Siehe: Teil I - Neonazis und die Fußball-/Hooligan-Szene.

⁷⁰ Die Internetpräsenz des „Freien Netz Leipzig“ ist seit Juli 2009 offline.

⁷¹ Repaczki und andere haben auch schon 2005 bei einer 1.-Mai-Demo von Christian Worch das Fronttransparent getragen. Siehe: Gamma, Nr. 167.

selbstbewusst in der Stadt auf. So waren nur wenige Wochen nach der Demonstration in Gohlis Mitglieder der FKL an einem Überfall auf Besucher_innen des Kinos CineDing in Leipzig-Plagwitz beteiligt.⁷² Im Jahr 2007 folgten zahlreiche gewalttätige Übergriffe auf Einwohner_innen und öffentlichkeitswirksame Aktionen.

Diese Übergriffe und Aktionen sind teilweise dem harten Kern der FKL zuzurechnen, teilweise ist nicht klar, wer genau an ihnen beteiligt war. Sicher ist, dass die Zunahme von neonazistischen Aktivitäten in Leipzig in den letzten drei bis vier Jahren unter anderem dem Erstarken der FKL und damit einem zunehmenden Selbstbewusstsein der rechten Szene geschuldet ist. Ob Mitglieder des harten Kerns jeweils vor Ort waren, ist in dieser Hinsicht und für eine Bestandsaufnahme der Leipziger Verhältnisse zu vernachlässigen. Im Folgenden werden, ohne dem Ziel einer vollständigen Darstellung aller Ereignisse zu folgen, einige ausgewählte Vorkommnisse der Jahre 2007 und 2008 genannt, die einen Eindruck davon geben sollen, welche Aktionsformen die FKL und ihre Anhängerschaft wählten und wie hoch das Mobilisierungs- und Gefahrenpotenzial in Leipzig ist.

Ausgewählte Aktivitäten der FKL 2007/2008 (chronologisch)⁷³:

- 30.01.2007: Die FKL beteiligen sich an einem Überfall auf Besucher_innen des Kinos CineDing in Plagwitz.
- 05./06.05.2007: Mitglieder der FKL bedrohen in Grünau Jugendliche, die sich beim Verein Bunte Platte e.V. engagieren.
- 22.07.2007: FKL und andere Neonazis demonstrieren spontan in Leipzig-Grünau und skandieren „Nationaler Sozialismus jetzt“.
- 09.10.2007: FKL und andere Neonazis demonstrieren mit 50 Personen durch Grünau, um SA-Sturmführer Horst Wessel zu gedenken.
- 14.10.2007: Während eines Fußballspiels von 1. FC Lokomotive Leipzig gegen Sachsen Leipzig sammeln sich im Zentralstadion Mitglieder der FKL, Kameradschaftsangehörige aus Berlin sowie Lok-Leipzig-Fans und skandieren „Juden, Juden“ und „Schwule“-Rufe. Später am Abend wird das Vereinsheim des Roten Stern Leipzig e.V. in der Wolfgang-Heinze-Straße mit einer Leucht-

⁷² Siehe: Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: Extremismus-Lagebild Stadt Leipzig, (Stand: 25.11.2008).

⁷³ Die hier aufgeführten Vorkommnisse und Aktionen wurden der Informationswebseite Chronik.LE, Zeitungsberichten, aber auch Berichten von Beobachter_innen entnommen, die anonym bleiben wollen.

rakete beschossen – Drohungen gegen Chemie-Fans und die linke Szene waren den Aktionen vorausgegangen.

- 21.12.2007: Die FKL führen einen unangemeldeten Aufmarsch durch Leipzig-Großschocher mit ca. 30 Teilnehmenden durch.
- 11.2007 bis 02.2008: Es muss davon ausgegangen werden, dass bei wiederholten Angriffen auf ein vorwiegend von Student_innen bewohntes Haus in der Holsteinstraße in Reudnitz Mitglieder der FKL beteiligt waren
- 12.01.2008: Die FKL beteiligen sich an der Organisation einer Neonazi-Demonstration in Reudnitz unter dem Motto „Jugend braucht Chancen“. An der Demonstration nehmen ca. 350 Neonazis teil.
- 15.01.2008: Mitglieder der FKL reißen bunte Wimpelketten der Bürgerinitiative Plagwitz am Lindenauer Markt runter und skandieren Nazi-Sprüche.
- 29.04.2008: FKL-Wortführer I. Repaczki meldet eine Demo in Grünau an, an der 100 Neonazis teilnehmen („Sichere Zukunft für unsere Kinder“).
- 08.05.2008 Die FKL sind beteiligt an Propaganda-Aktionen in ganz Leipzig und Kleinpösna. Thematisiert wird – aus ihrer Sicht – der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus.
- 09.06.2008: I. Repaczki mischt sich mit anderen Mitgliedern der FKL unter die Besucher_innen einer Podiumsdiskussion der Bürgerinitiative Großschocher.
- 19.06.2008: Die FKL und andere Neonazis führen eine Kundgebung in Großschocher unter dem Motto: „Sexualstraftäter wegsperren“ durch.
- 17.07.2008: Mitglieder der FKL sind beteiligt, als alternativ aussehende Jugendliche in der Südvorstadt angegriffen werden.
- 02.08.2008: Mitglieder der FKL und andere Neonazis versuchen, wie schon im Vorjahr, den Fußball-Cup des Bunte Platte e.V. in Grünau anzugreifen.
- 21.08.2008: Die FKL organisieren zusammen mit den Blue Caps LE eine Demonstration zum Thema „Todesstrafe für Kinderschänder“ in Reudnitz mit ca. 300 Teilnehmenden.
- 22.08.2008: Die FKL und andere demonstrieren mit 80 Personen zum Thema „Todesstrafe für Kinderschänder.“

- 25.08.2008: Die FKL mobilisieren in enger Zusammenarbeit mit den Blue Caps LE und Mitgliedern der NPD 500 Personen nach Reudnitz, um erneut die „Todesstrafe für Kinderschänder“ zu fordern und Stimmung gegen Polizei und Justiz zu machen. Ca. 300 Teilnehmende der Demonstration sind dem Neonazi-Spektrum zuzuordnen. Die anderen sind Leipziger Bürger_innen, die weder für eine Mitgliedschaft in rechten Organisationen bekannt noch äußerlich der Szene zuzuordnen sind.
- 01.09.2008: Erneute Kundgebung zur „Kinderschänder-Thematik“, auch hier demonstrieren ca. 300 Neonazis (NPD, Blue Caps LE und andere) mit zahlreichen Bürger_innen.
- 25.10.2008: Die JN und die FKL veranstalten eine Demonstration in Schönefeld mit ca. 300 Teilnehmenden („Unser Volk stirbt – Volkstod aufhalten“).
- 06.11.2008: Mitglieder der FKL begleiten das Infomobil der NPD zum Arbeitsamt Leipzig.

Auch bei Übergriffen im Umfeld des NPD-Zentrums in Lindenau wurden immer wieder Mitglieder und Sympathisanten der FKL beobachtet. Gleiches gilt für eine – im Vorfeld verbotene – Neonazi-Demonstration zum Thema „Kinderschänder“ Mitte März 2009 in Reudnitz. Bei einem Konzert der rechten Hooligan-Band „Kategorie C / Hungrige Wölfe“ im Leipziger Club „Lagerhof“ in der Lagerhofstraße im März 2009 waren Mitglieder der FKL anwesend und provozierten die Teilnehmenden einer kritischen Kundgebung.

Es ist zu vermuten, dass dieser Personenkreis an zahlreichen anderen Übergriffen und Propagandaaktionen beteiligt war, die bislang entweder nicht polizeilich ermittelt wurden oder bei denen keine Zeug_innen anwesend waren, die eine Teilnahme bestätigen können. Nicht aufgeführt sind hier zudem die zahlreichen Aktionen, die Mitglieder der FKL (mit)organisierten und an denen sie teilnahmen, die aber nicht auf dem Stadtgebiet von Leipzig stattfanden.

Inhaltliche Schwerpunkte der Freien Kräfte Leipzig: Die Freien Kräfte in der Region bzw. in der Bundesrepublik zeichnen sich dadurch aus, dass sie politische Themen wie Umweltschutz, Sozialgesetzgebung oder Kapitalismuskritik völkisch und nationalsozialistisch konnotiert mittels Demonstration, Flugblättern und Plakaten in die Öffentlichkeit tragen. An solchen Aktionen nahmen die FKL zahlreich teil. In Leipzig allerdings setzten sie auch eigene Schwerpunkte:

Neben tätlichen Übergriffen auf und Bedrohungen von zahlreichen Personen und Organisationen in Leipzig, die von Neonazis zu Feinden erklärt wurden (alter-

native Jugendliche und Erwachsene, Migrant_innen sowie Mitglieder von Bürgerinitiativen, die sich gegen Neonazismus engagieren u.a.), lag der Hauptschwerpunkt der inhaltlichen Arbeit der FKL beim Thema Umgang mit Sexualstraftätern. Viele der Demonstrationen, die von FKL angemeldet und/oder durchgeführt wurden, hatten Mottos wie „Eine sichere Zukunft für unsere Kinder“, „Sexualstraftäter wegsperren“ u.ä. Auf solchen Veranstaltungen wurde wiederholt die „Todesstrafe für Kinderschänder“ oder (seit März 2009 in abgeschwächter Form) die „höchstmögliche Strafe für Kinderschänder“ gefordert. Sprüche wie „Kinderschänder an die Wand“ und ähnliches wurden auf diesen Veranstaltungen in Sprechchören skandiert.

Schon im März 2007 hatten Neonazis anlässlich der Ermordung eines achtjährigen Jungen in Schkeuditz bei Leipzig solche Forderung bei Kundgebungen und im Rahmen von Informationsveranstaltungen geäußert. Leipziger und Schkeuditzer Bürger_innen hatten an diesen Veranstaltungen teilgenommen und wenig bis kein Abgrenzungsbedürfnis gegenüber den Neonazis gezeigt. Die FKL und andere Neonazis entwickelten spätestens damals ein Gespür dafür, dass sie hier ein Thema gefunden hatten, mit dem sie Sympathien bei vielen Leipziger Bürger_innen bekommen können. Die Thematik wurde immer wieder besetzt. Die Demonstrationen im Sommer 2008 anlässlich der Ermordung eines Mädchens aus Reudnitz gaben dieser Einschätzung seitens der Neonazis Recht. Mehrere hundert Bürger_innen Leipzigs marschierten mit den Neonazis, skandierten „Kinderschänder an die Wand“ und akzeptierten Transparente mit der Aufschrift: „Nationaler Sozialismus jetzt!“ So bearbeiteten Neonazis in Leipzig nicht nur öffentlichkeitswirksam eine Thematik, die ihnen wirklich am Herzen liegt (die Einführung der Todesstrafe, die Tötung statt Therapie von Kranken und Straffälligen, Schüren von Hass auf „die Etablierten“ bzw. „die Eliten“, die „politisch versagen“ und „das Land nicht ordentlich führen“) sondern sie nutzten die vorhandene Lynchmobstimmung in der Bevölkerung, um für sich und ihre Ideologie zu werben. Dieser inhaltliche Schwerpunkt schaffte nicht nur Unmengen an Schnittpunkten zu den Meinungen von Leipziger Bürger_innen, sondern garantierte auch eine gute Zusammenarbeit und damit Vernetzung mit anderen Neonazi-Organisationen wie der Leipziger NPD oder Neonazi-Hools (wie bspw. den Blue Caps LE). Während andere Inhalte immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten zwischen neonazistischen Gruppen und Organisationen führen, sind sich beim Thema „Kinderschänder“ alle über Inhalt und Ausrichtung (Bürgernähe, friedliches Vorgehen) der Veranstaltungen einig.

Neben dem „Kinderschänder“-Thema beschäftigten sich Leipziger Neonazis und damit auch die FKL mit tagespolitischen Themen (Arbeitsplätze, Diskussion um den so genannten Diskokrieg) oder Geschichtsrevisionismus in Form der Ver-

herrlichung von Nationalsozialisten wie Rudolf Heß. Im Herbst 2008 fand in Schönefeld zudem eine Demonstration statt, die sich mit dem von Neonazis imaginierten „Volkstod“ beschäftigte, den demographischen Wandel in der Bundesrepublik zum Thema machte und in diesem Kontext einmal mehr gegen Migrant_innen hetzte.

2.2 Neonazis und Fußball-/Hooligan-Szene

Sächsische Fußballstadien sind schon in den 1990er Jahren als Spielwiese nicht nur für Alltagsrassisten, sondern auch für neonazistische Organisationen und Neonazi-Hooligans bekannt geworden. Trotz vielfältiger Initiativen des Deutschen Fußballbundes kann und muss man Leipzig auch heute noch als gravierendes Beispiel für rassistisches Fanverhalten und enge Zusammenarbeit einiger Fangruppierungen mit Neonazi-Gruppen und -Parteien ansehen.

Besonders bedenklich war und ist die Situation im Fan-Umfeld von Lok Leipzig. In den letzten Jahren fielen einige Lok-Fans immer wieder durch rassistische, antisemitische und andere menschenverachtende Äußerungen und Gewalttaten auf. So antwortete ein Lok-Fan und gleichzeitig Nazi-Hooligan auf die Frage eines Journalisten, ob bei „bei Lok alle politisch rechts“ seien: „Bei Lok ja, es gibt Ausnahmen, aber das sind schon eher wenige. Der Großteil ist schon rechts.“⁷⁴

Als besonders gefährlich sah 2007 auch die Polizei das Fanumfeld dieses Vereins. Polizeidirektor Kilz sprach beim Sportrechtstag 2007 in Leipzig offen über das Problem. Die LVZ schrieb dazu: „Als Beispiel für Rechtsextremismus nannte Kilz die Anhänger des 1. FC Lok Leipzig. [...] Laut Kilz habe Vereinspräsident Steffen Kubald, selbst einstiger Hooligan, ‚bestimmte Klientel nicht mehr im Griff‘. Spruchbänder wie ‚Wir sind Lokisten, Mörder und Faschisten‘ oder das Formieren von 50 Mann zu einem Hakenkreuz im Stadion belegten den rechtsextremen Einfluss ebenso wie das Tragen einschlägiger Szenekleidung.“⁷⁵

Eine jahrelang gewachsene und vereinsintern kaum bekämpfte rechte Fankultur, riesige Transparente mit der Aufschrift „Wir sind Lokisten, Mörder und Faschisten“ im Stadion (im Herbst 2002 – damals hieß der Verein, mit dem sich Lok-Fans identifizierten, noch VfB Leipzig), das Bilden eines „menschlichen Hakenkreuzes“ durch eine Lok-Fangruppe bei einem A-Jugendspiel gegen den Lokalfeind Sachsen Leipzig, das Singen antisemitischer Parolen bei Fußballspielen (wie dem gegen Erzgebirge Aue II im Februar 2007), das Tragen von rechter Szenekleidung wie die der Marke Thor Steinar – all das ließ den Verein und seine Fans in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit als Heimstatt für Nazi-Hools und politisch aktive Neonazis

⁷⁴ Siehe: Ruf/Sundermeyer 2009, S. 133.

⁷⁵ Siehe: LVZ-Online vom 23.09.2007, (eingesehen am 24.09.2007).

erscheinen. Aktionen wie der Übergriff auf Fans des Roten Stern Leipzig sowie von Sachsen Leipzig bei einem Hallenturnier in Markkleeberg im September 2004 taten für diesen Ruf ein Übriges. In den Medien wurde die politische Motivation dieser und anderer Übergriffe von Lok-Fans auf andere oftmals verschwiegen, sie wurden unter der Rubrik „Gewalttäter Sport“, Jugendgewalt oder Hooliganismus gehandelt. Trotzdem sprach sich in der Leipziger Fußballszene schnell herum, dass es sich hier nicht um „traditionellen“ Hooliganismus⁷⁶ handelte, sondern jeder und jede Opfer werden konnte, der/die nicht ins rechte Weltbild dieser Nazi-Hools passt. Der Ruf von Lok Leipzig als „rechter Verein“ und die damit verbundene Realität mögen dazu geführt haben, dass Teile des Fan-Umfelds für organisierte Neonazis interessant wurden und heute politisch organisierte Neonazis mit diversen Fangruppen von Lok Leipzig eng und kontinuierlich zusammenarbeiten.

Als im Sommer 2007 einige Neonazis bundesweit mit einem LKW mit dem Konterfei des in der Szene zum Märtyrer stilisierten Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß Werbung für ihre Bewegung machten, hielt der LKW in Leipzig u.a. vor dem Bruno-Plache-Stadion (Lok-Stadion) und ließ sich davor fotografieren. Der LKW wurde kurze Zeit später von der Polizei in Hessen angehalten – am Steuer saß ein Gründungsmitglied von Lok Leipzig, das den Verein mittlerweile verlassen musste. Es handelt sich um Nils Larisch, der jetzt für die NPD-Landtagsfraktion in Dresden arbeitet und 2009 in Leipzig bei der Stadtratswahl kandidierte. Nicht nur das zeigt einmal mehr, wie sehr sich Neonazis in Leipzig und Sachsen mit dem Verein verbunden fühlen. Bestätigen kann das auch eine Aussage von Holger Apfel, dem Fraktionschef der Sächsischen Landtagsfraktion der NPD: „Unter den Anhängern von Lok sind viele, die nationalem Gedankengut und auch der NPD aufgeschlossen gegenüberstehen. Und wir wären ja töricht, wenn wir diese Leute nicht da abholen würden, um sie auf unserem Weg mitzunehmen.“⁷⁷

Die bekannteste neonazistische Fanggruppierung, die sich selbst dem 1. FC Lok Leipzig verbunden fühlt, sind die Blue Caps LE, die sich nach eigenen Angaben 2005 gegründet haben und ca. 20 Mitglieder zählen. Öffentlichkeitswirksam verorteten sie sich erstmals im neonazistischen Spektrum, als sie im April und Mai 2007 samt T-Shirts mit Blue Caps LE -Schriftzug zwei Veranstaltungen der NPD in Löbnitz schützten bzw. besuchten.

Seitdem tauchte der Name dieser Gruppe immer wieder in Zusammenhang mit Neonazi-Demonstrationen, menschenfeindlichen Internetauftritten und durch hohe

⁷⁶ Hooliganismus ist eigentlich gekennzeichnet durch gewalttätige Auseinandersetzung ausschließlich mit den Anhänger_innen anderer Vereine. Diese Auseinandersetzungen sind in der Regel unpolitisch.

⁷⁷ Siehe: Ruf/Sundermeyer 2009, S. 130f.

Brutalität gekennzeichneten Übergriffen auf nicht-rechte Einwohner_innen Leipzigs und Fußballfans auf. So nahmen Mitglieder der Blue Caps LE regelmäßig an Demonstrationen teil, die von Freien Kräften und/oder NPD angemeldet wurden. Im August 2008 und März 2009 organisierten und bewarben sie gemeinsam mit FKL und NPD Demonstrationen und Kundgebungen, auf denen „Todesstrafe für Kinderschänder“ und die Errichtung eines „Nationalen Sozialismus“ gefordert wurden. Im November 2008 nahmen sie an der Eröffnung des NPD-Zentrums in Lindenau teil und sind seitdem oft dort vor Ort bzw. mieten sich für eigene Veranstaltungen ein. Inzwischen geben die Blue Caps LE auf ihrer Internetseite das NPD-Zentrum in der Odermannstraße als Kontaktadresse an. Für den Inhalt der Seite ist Enrico Böhm, Stadtratskandidat der NPD, inhaltlich verantwortlich.

Kenner_innen der Leipziger Fußballszenen berichteten zudem, dass diese Fangruppierung für zahlreiche gewalttätige Übergriffe auf die als „links“ bezeichnete Fangruppe der BSG Chemie Leipzig „Diablos“ verantwortlich sein soll. Die Diablos haben sich in letzten Jahren beim Verein Sachsen Leipzig gegen Rassismus im Stadion engagiert und sind seit der faktischen Einstellung der Unterstützung solcher Bemühungen durch die Vereinsführung heute bei der neu gegründeten BSG Chemie aktiv. Weder das Vereinsheim der Diablos noch die Mitglieder selbst sind vor Übergriffen von Personen, die sich „Lokisten“ nennen oder ganz offen mitteilen, dass sie den Blue Caps LE anhängen, sicher.

Die Übergriffe, die – entgegen der Medienberichterstattung – meist klar politisch motiviert waren, zeichnen sich durch äußerste Brutalität aus. Im Dezember 2007 überfiel eine Gruppe von Nazi-Hools während einer Weihnachtsfeier im Vereinsheim „Sachsenstube“ Mitglieder der Diablos, deren Familienangehörige und Freund_innen. Die anwesenden Personen wurden u.a. mit Schreckschusspistolen und Schlagstöcken angegriffen, es gab mehrere Verletzte. Außerdem wurde das Inventar stark beschädigt und der Tresen angezündet – der Sachschaden lag bei ca. 100.000 Euro. Am 03.01.2009 wurden die Diablos auf dem Weg zu einem Hallenturnier auf dem Gelände des Sportforums von ca. 40 verummten Schlägern überfallen. Zielgerichtet wurden drei Personen ausgewählt, die als der linken Szene zugehörig gelten, und brutal zusammengetreten. Eine Person verbrachte einige Tage mit Verdacht auf Schädelbruch auf der Intensivstation. Einige andere der angegriffenen Personen wurden ebenfalls verletzt. Dass es sich auch hier um so genannte Lok-Fans und damit wahrscheinlich um Mitglieder der Blue Caps LE handelte, lassen einerseits die Ereignisse der letzten Jahre als auch die von den Angreifern geäußerten Rufe („Juden, Juden“) und Morddrohungen während des

Übergriffs vermuten.⁷⁸

Gerät die Lok-Leipzig Fanggruppierung Blue Caps LE (von denen sich die Vereinsführung regelmäßig distanziert), derzeit häufiger in den Fokus der Öffentlichkeit, werden andere Fangruppen dieses Vereins als die „echten“ Fans dargestellt. Das trifft auf sehr viele Leipziger_innen zu. Nicht zu vernachlässigen aber ist, dass sich zahlreiche andere Fangruppen zwar nicht offen zur Neonaziszene und rechtem Gedankengut bekennen, eine klare Abgrenzung ist jedoch auch hier nicht oft zu erkennen. So verweisen Lok-Fangruppen wie „Blue Side“, „Leipziger Jungz“, „scenario-lok“ und andere auf ihren Internetpräsenzen aufeinander. Dass die Leipziger Jungz auf ihrer Website lange Werbung für rechte Bands wie Kategorie C oder andere Nazi-Hool-Gruppen wie „Standarte Bremen“ machten, dass Blue Side die zumindest zeitweise dem neonazistischen Lager zuzuordnende Kampfsportgruppe „Fighting Fellas“⁷⁹ verlinkten, interessierte bislang anscheinend kaum jemanden. Auch die Verantwortlichen der „offiziellen Website des 1. FC Lokomotive Leipzig“ scheinen sich für eine Abgrenzung von solchen Gruppen nicht wirklich zu interessieren – sie sind auf den o.g. Internetseiten verlinkt, so findet man auf der Internetspräsenz der Fanggruppe Scenario Lok⁸⁰ in der Linkliste die „offizielle Webseite“ des 1.FC Lok Leipzig zusammen mit der neonazistischen Fanggruppe Blue Caps LE. Hier zeigt sich einmal mehr, dass viele aktive Fans dieses Vereins auch ohne die Blue Caps LE nach wie vor auf dem „rechten Auge blind“ sind und in dieser Hinsicht ignorant oder gar wohlwollend agieren.

Trotz der Konzentration auf den Verein Lok Leipzig und sein Umfeld muss konstatiert und betont werden, dass hinsichtlich der Verquickungen von Leipziger Fußball-„Kultur“ und Neonazi-Szene nicht nur die Blue Caps LE oder allgemein nur einseitig die Fans von Lok Leipzig zu problematisieren sind. Es ist davon auszugehen, dass erstens auch Lok-Fans, die sich dieser Gruppierung nicht zugehörig fühlen, der Neonazi-Szene nahe stehen und an Übergriffen beteiligt sind. Zweitens sind auch Anhänger des zweiten großen Fußballvereins Sachsen Leipzig immer wieder bei solchen Ereignissen in Erscheinung getreten. Vermutet wird, dass rechte Anhänger von Sachsen Leipzig, die sich selbst „Metastasen“ nennen, sowohl an dem oben genannten Überfall auf eine Weihnachtsfeier 2007 als auch auf einen Bus in Mockau am 01.05.2008 beteiligt waren.⁸¹ Die Polizei ging davon aus, dass die Täter dem rechten Spektrum der Fan-Szene der Vereine Sachsen

⁷⁸ Quelle: Beobachter_in, anonym.

⁷⁹ Siehe: <http://www.blue-side-lok.de/>, <http://www.leipzigerjungz.de>, (eingesehen am 20.3.2009). Einige der Webseiten wurden mittlerweile aktualisiert.

⁸⁰ Siehe: <http://www.scenario-lok.de/index2.htm>, (eingesehen am 30.01.2010).

⁸¹ Es handelte sich um einen Nachtsbus, mit dem vor allem Besucher_innen des „Courage zeigen“-Konzerts vor dem Völkerschlachtdenkmal nach Hause fuhren.

Leipzig und Lok Leipzig entstammen. Bei dem Überfall wurde ein Linienbus der Leipziger Verkehrsbetriebe entglast, danach wurden dem Augenschein nach links orientierte Personen aus dem Bus geholt, um sie zu verprügeln. Ein 19-Jähriger wurde dabei schwer verletzt. Einige der Täter waren polizeibekannt, vorbestraft und hatten wahrscheinlich ca. eine Stunde zuvor aus rassistischen Motiven einen Döner-Imbiss verwüstet. Zudem wurden sie beschuldigt, an einem Überfall auf alternative Jugendliche im Johanna-Park im März 2008 und an einem Überfall auf das Klubhaus Anker⁸² im April 2008 beteiligt gewesen zu sein.⁸³

2.3 Security-Szene

Nicht zu vernachlässigen ist, dass es große personelle Überschneidungen zwischen Neonazi-, Hooligan-, Kampfsport- und Security-Szene in Leipzig gibt. So schrieb die LVZ am 14.03.2008: „Längst nicht mehr nur Insidern sind die Überschneidungen zwischen dem Personal von Security-Firmen und Fußball-Hooligans bekannt.“ Dass die so genannte Türsteherszene in Leipzig oftmals rassistisch agiert und häufig Personen anstellt, die dem (Nazi)-Hooligan-Umfeld angehören, haben jedoch nur wenige Veröffentlichungen angemerkt. Dass es enge Verbindungen gibt zeigt der Fakt, dass der Thor Steinar-Laden „Tönsberg“ in der Leipziger Innenstadt teilweise von Mitarbeitern der L.E. Security bewacht wurde.⁸⁴

Die Chefs der beiden Firmen L.E. Security und Black Rainbow Security, welche die meisten Auftraggeber der Stadt in diesem Bereich unter sich aufgeteilt haben, sind bei Gericht wegen schwerer Körperverletzung bzw. unerlaubten Waffenbesitz bekannt. Das lässt darauf schließen, dass auch das Leipziger Gewerbeaufsichtsamt durch Unaufmerksamkeit sein Schärflein dazu beigetragen hat, dass in der Stadt im Sicherheitsbereich Firmen das Sagen haben, deren leitende Mitarbeiter aus einem zwielichtigen Milieu zu kommen scheinen.

In diesem Feld Daten zu sammeln, ist sehr schwer. Zu groß sind hier die Schnittmengen zu im Untergrund agierender organisierter Kriminalität und ähnlichem. Es ist Aufgabe von Verfassungsschutz und Staatschutz, sich um diese Szene zu kümmern – darauf muss die Stadt drängen.⁸⁵

⁸² Dort lief gerade ein Vorausscheid für den Nachwuchswettbewerb „Junge Musiker gegen Gewalt und Rassismus“ im Vorfeld des „Courage zeigen“-Konzerts.

⁸³ Siehe: LVZ-Artikel vom 03.02.2008 („Wir wollten nur Bambule machen“) und Informationen auf: <http://www.chronikle.org/ereignis/zwanzig-vermummte-ueberfallen-nachtbus-besuchern-courage-konzerts>, (eingesehen am 12.01.2010).

⁸⁴ Quelle: Beobachter_in, anonym.

⁸⁵ Siehe dazu: Jungle World vom 27.02.2008 („Hier wache ich! Die Eskalation von Gewalt im Leipziger Türstehermilieu wissen Politiker mehrerer Parteien bestens für ihre Zwecke zu nutzen“),

2.4 Kampfsport-Szene

Dass die enge Zusammenarbeit von Nazi-Hooligans und politisch organisierter Nazi-Szene die Problematik verschärft, wurde oben schon beschrieben. Hinzu kommen weitere Überschneidungen zur Kampfsport-Szene. In einem LVZ-Artikel vom 14.03.2008 heißt es: „Auch zwischen dem Kampfsportmilieu der Freefighter und rechtsradikalen Strukturen gibt es Schnittmengen.“ Mitten in dieser Menge befindet sich der Kampfsportclub KSC Germania Leipzig. Dem Verein werden gute Verbindungen in die rechte Szene nachgesagt, z.B. zum neonazistischen Label und Versandhandel „Front Records“ aus Wurzen.⁸⁶

2.5 Vernetzung in der Region und in der Bundesrepublik

Leipziger Neonazis sind regional und überregional vernetzt. Dass JN- und NPD-Mitglieder mit anderen Neonazis in Kontakt stehen, erklärt sich von selbst – sowohl die NPD als auch ihre Jugendorganisation JN sind bundesweite Organisationen. Durch die guten Kontakte der FKL zum (bzw. die Personalunion mit dem) Leipziger JN-Stützpunkt profitieren auch die Freien Kräfte von diesen Kontakten. Die FKL ihrerseits stehen in engem Austausch mit anderen Gruppen und Einzelpersonen, die sich den „Freien Kräften“ bzw. „Autonomen Nationalisten“ in Sachsen und in der Bundesrepublik zugehörig fühlen.

Gemeinsame Aktionen in den letzten zwei bis drei Jahren wurden vor allem mit den „Kameraden“ der Freien Kräfte Altenburg, Nordsachsen und Chemnitz durchgeführt, mit denen die FKL u.a. über die Freies Netz-Struktur verbunden sind bzw. waren. Veranstaltungen, Demonstrationen u.ä. werden gemeinsam beworben und besucht, terminlich aufeinander abgestimmt und nicht zuletzt inhaltlich diskutiert.

Dass auch Nazi-Hools zumindest teilweise in die politisch organisierte Szene in Leipzig integriert wurden, zeigt beispielsweise die Anwesenheit der Gruppe Blue Caps LE bei Veranstaltungen des NPD-Kreisverbandes, im NPD-Büro in der Odermannstraße und ihr Engagement bei den so genannten „Kinderschänder-Demos“ im Sommer 2008 und im Frühling 2009.

online unter: <http://jungle-world.com/artikel/2008/13/21419.html>, (eingesehen am 24.11.2009).

⁸⁶ Ebd.

3 Infrastruktur⁸⁷

In dem 1990 in der Zeitschrift des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB), „Vorderste Front“, veröffentlichten Aufruf „Schafft befreite Zonen“ empfehlen die Autor_innen ihrer Klientel u.a., durch den Aufbau „nationaler“ Betriebe eigene Wirtschaftskreisläufe und damit eine unabhängige materielle Basis zu etablieren. Umgesetzt wurden diese Forderungen in der Folge zum Teil durch szeneeigene Läden und „Schulungszentren“ sowie den Aufbau von Betrieben „von Kameraden für Kameraden“, insbesondere in ländlichen Gebieten.⁸⁸

Das „Nationale Zentrum“ der NPD: Auch in größeren Städten wie Leipzig ist die Neonazi-Szene auf eine Infrastruktur angewiesen, um sich langfristig etablieren zu können. Die NPD, die hier lange Zeit keinen (offiziellen) Anlaufpunkt für ihre Anhänger_innen bieten konnte, hat mit dem am 15.11.2008 eröffneten Objekt in der Odermannstraße 8 in Lindenau einen solchen geschaffen. Obwohl das Haus offiziell als Bürgerbüro des Landtagsabgeordneten Winfried Petzold und Sitz der NPD-Kreisgeschäftsstelle deklariert ist, fungiert es hauptsächlich als Treffpunkt, Veranstaltungs- und Organisationsräumlichkeit für viele Neonazis in Leipzig – auch solche, die sich eher weniger mit Parteipolitik beschäftigen wie beispielsweise die Nazi-Hool-Gruppierung Blue Caps LE.

Andere Veranstaltungsräume: Zur Durchführung eigener Veranstaltungen war die NPD bis zur Eröffnung der Odermannstraße immer auf mit ihr sympathisierende Vermieter_innen angewiesen (z.B. Gartenlokal „Trommelholz“, „Haus Leipzig“, „Lokomotion“). Mit der so genannten „Gedächtnisstätte“ gab es in Borna bis September 2009 unweit von Leipzig zudem einen in privater Hand befindlichen Veranstaltungsort, der auch von Neonazis aus dem FKL-, JN- und NPD-Spektrum genutzt wurde. Die NPD Leipzig berichtete auf ihrer Homepage ausführlich über die Eröffnung dieser „Nationalen Gedenkstätte für die Opfer des Zweiten Weltkrieges durch Bomben, Verschleppung, Vertreibung und Gefangenenlager“ am 24.03.2007. Unter den 150 Gästen war damals neben dem Landesvorsitzenden Winfried Petzold auch eine „Abordnung des NPD-Kreisverbandes Leipzig unter der Leitung

⁸⁷ Auf einige Aspekte zum Thema Infrastruktur wurde bereits in dem Teil I – Nationaldemokratische Partei Deutschland und Junge Nationaldemokraten eingegangen, diese werden hier kürzer und ohne ausführliche Quellen genannt.

⁸⁸ Siehe dazu u.a. <http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/national-befreite-zone>, http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/national_befreite_zonen.pdf, (beide eingesehen am 12.01.2010) und Schröder 1997, S. 157.

des Kreisvorsitzenden und weiterer Vorstandsmitglieder.“⁸⁹ Am 14.08.2008 nahmen FKL/JN-Mitglieder an der von reichlich Neonazi-„Prominenz“ besuchten Feier zum 95. Geburtstag des Ritterkreuz-Trägers und Szene-Anwalts Hajo Herrmann teil.⁹⁰

Zur Heranführung jugendlicher Neonazis hat die Partei in der Vergangenheit punktuell auf angemietete Räumlichkeiten wie den von Anfang 2004 bis April 2005 existierenden „Freien Jugendklub Grünau“ (auch bekannt als „Club 88“) gesetzt, der sich nach Einschätzung des Verfassungsschutzes schnell zu einem überregional bekannten Anlaufpunkt entwickelte. Hier fanden u.a. „politische Gesprächskreise“, Partys, Liederabende und Neonazi-Konzerte statt.

Konzerte, Bands und Vertrieb: Ob es danach noch vergleichbare „Klubs“ gab, ist nicht bekannt. Immerhin ist in dem Lagebild des Verfassungsschutzes für Leipzig (vom November 2008) von einem „ehemaligen Szene-Objekt ‚Swastika-Klub‘“ die Rede, in dem 2007 das einzige (bekannt gewordene) Neonazi-Konzert in Leipzig stattgefunden hat. Dieses Objekt soll sich in „04249 Leipzig“ (also in Großzschocher bzw. Knautkleeberg-Knauthain) befunden haben. 2008 registrierte der Verfassungsschutz dann wieder drei „rechtsextremistische“ Konzerte in Leipzig, die u.a. auf einem ehemaligen Industriegelände in der Kamenzer Straße stattfanden.⁹¹ In der Öffentlichkeit war dies lange Zeit überhaupt kein Thema.

Erst Anfang April 2009 verkündet Leipzigs Polizeipräsident Horst Wawrzynski in der LVZ, dass im „Nordosten“ der Stadt regelmäßig „Skinhead-Konzerte“ stattfinden, seit ein „Rechtsextremer“ dort ein Grundstück gekauft habe. Zum ersten Konzert seien 400 Personen gekommen. Die Polizei hätte davon erst im Nachhinein erfahren, die folgenden drei Konzerte seien aber „unterbunden worden.“⁹² Unklar bleibt, wieso dort regelmäßig Konzerte stattfanden, wenn die Polizei diese doch angeblich bis auf das erste Mal immer unterbunden hat. Falls die anderen beiden vom Verfassungsschutz registrierten Neonazi-Konzerte 2008 nicht in der Kamenzer Straße stattgefunden haben, muss davon ausgegangen haben, dass die Neonazi-Szene dafür weitere Objekte genutzt hat.

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage zu „Rechten Konzerten in Sachsen im Jahr 2008“ werden für Leipzig zwei derartige Veranstaltungen genannt (im Vorfeld verbotene oder aufgelöste Konzerte gab es nach diesen Angaben 2008 in Leipzig

⁸⁹ Siehe: <http://www.npd-leipzig.net/leipzig/32-gedaechtnisstaette-borna>, (eingesehen am 30.03.2009).

⁹⁰ Siehe: „Gamma“ Nr. 184, Winter 2008/2009, abrufbar unter <http://gamma.antifa.net>.

⁹¹ Siehe: Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: Extremismus-Lagebild Stadt Leipzig (Stand: 25.11.2008), S. 7.

⁹² Siehe: LVZ vom 04.04.2009.

keine): Ein Konzert am 20.09.2008 mit 150-200 Besucher_innen und den Bands Feldherren, 12 Golden Years, Priorität 18, White Rebell Boys und Non Plus Ultra sowie eins am 08.11.2008 mit ca. 350 Besucher_innen – das dürfte das von Warzynski genannte gewesen sein – und den Bands Nordglanz, Eternal Bleeding, Thematik 25, Fight Tonight, Diary of A Dying Nation und Painful Life.⁹³ Thematik 25 werden im Sächsischen Verfassungsschutzbericht für 2008 – neben Shed No Tears, vormals Odessa – als aktive Leipziger „rechtsextremistische“ Band benannt.⁹⁴

Viele der genannten Bands stammen aus dem rechten Hardcore- bzw. Hate-core-Spektrum, das sich innerhalb der Neonazi-Szene steigender Beliebtheit erfreut. Mit dem „Hate-Front“-Versand existiert in Leipzig⁹⁵ auch ein eigener neonazistischer⁹⁶ Vertrieb für diese Art von Musik: „Der Vertrieb Hate Front aus Leipzig ist ebenfalls auf rechten Hatecore spezialisiert. Von amerikanischen HC-Newcomern wie Bad Fate oder bekannten deutschen Gruppen wie Brainwash, Burning Hate oder Eternal Bleeding existiert ein breites Repertoire. Zwecks effektiverer Kundenbindung hat der Vertrieb auch einen so genannten Hate Front Club initiiert. Club-Mitglieder erhalten angeblich 10 Prozent Rabatt auf die Artikel. Hinweise über eine weitergehende Club-Aktivität liegen nicht vor.“⁹⁷

Erwähnt werden muss auch, dass die rechte Hooligan-Band Hungrige Wölfe/Kategorie C im Juli 2007⁹⁸ und am 13.03.2009 im eigentlich unpolitischen Club „Lagerhof“ in der Nähe des Hauptbahnhofes auftreten konnte. 2009 ließ sich der Betreiber des Clubs auch nicht durch im Vorfeld geäußerte Kritik und Proteste von Seiten der Zivilgesellschaft von der Durchführung dieser Veranstaltung abhalten, für die u.a. die Nazi-Hooligan-Gruppierung Blue Caps LE geworben hatte. Zu dem von rund 400 Personen besuchten Konzert kamen dann neben Menschen aus dem Hooligan-Milieu auch Protagonisten der „Freien Kräfte Leipzig“. Durch ein Transparent mit der Aufschrift „Lok-Fans gegen Links“ machten Mitglieder der Blue Caps LE den alles andere als unpolitischen Charakter der Veranstaltung deutlich.⁹⁹ Der

⁹³ Siehe: Sächs. Innenministerium: Antwort auf Kleine Anfrage, Drs 4/14295, vom 30.01.2009 und www.chronikle.org/ereignis/nazi-konzert-150-200-besuchern-leipzig, (eingesehen am 17.12.2009).

⁹⁴ Siehe: Landesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2008 Freistaat Sachsen (Pressefassung), S. 16.

⁹⁵ Im Impressum auf der Seite ist nur ein Postfach angegeben. Laut <http://www.hotfrog.de/Firmen/Hate-Front> befinden sich die Geschäftsräume in der Bahnhofstraße 3 in Wiederitzsch.

⁹⁶ U.a. finden sich im Angebot Pins mit Sprüchen wie „Frei – Sozial – National“, „Ehre dem deutschen Soldaten“ und „Treu dem Reich“ oder dem Konterfei von Horst Wessel.

⁹⁷ Siehe: Fromm 2008, S. 15f.

⁹⁸ Siehe: „Gamma“ Nr. 179, August/September 2007.

⁹⁹ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/konzert-band-kategorie-c-leipzig>, (eingesehen am

Club „Lagerhof“ muss mittlerweile als Veranstaltungsort gewertet werden, der zumindest rechtsoffen ist. Neben den oben erwähnten Konzerten fand im Herbst 2009 dort auch ein Konzert mit der rechten Band „Der Blutharsch“ statt.¹⁰⁰

Ladengeschäfte: Finanzielle Interessen hatte (neben politischen Motiven) wohl auch der Betreiber des Ende 2007 geschlossenen Ladens „Untergrund“ in der Kolonnenstraße. In diesem 2005 eröffneten Geschäft wurden u.a. Klamotten der Marke Thor Steinar verkauft, zudem gab es Verbindungen zum Neonazi-Vertrieb „Front Records“ aus Wurzen.¹⁰¹ Dessen Inhaber Thomas Persdorf aus Schildau war zudem an der Neonazi-Gruppierung „Aryan Brotherhood Germany“ beteiligt, die von September 2007 bis Januar 2008 in der Volbedingstraße in Mockau ein „Klubhaus“ betrieb. Dort wurden auch T-Shirts und andere Bekleidung aus Persdorfs Textildruck-Produktion verkauft.¹⁰² Aufgrund der nicht vorliegenden gewerberechtlichen Genehmigung wurden die Räumlichkeiten Anfang 2008 gekündigt.¹⁰³ Die „Bruderschaft“ besteht weiter. Die offizielle Webseite wird inzwischen von Daniel Schwertner aus Wurzen verantwortet. Ob die Gruppe über ein neues „Klubhaus“ verfügt, wie auf der Internetseite ohne nähere Angaben behauptet, ist unklar.

Ebenfalls im September 2007 eröffnete in der Richard-Wagner-Straße mit dem „Tønsberg“ eine offizielle Thor Steinar - Filiale. Nach großem Protest und einem langwierigen Gerichtsverfahren wurde der Laden im Sommer 2009 geschlossen. Der Mietvertrag in der teuren Innenstadt-Lage war ursprünglich für drei Jahre abgeschlossen worden. Es bleibt zu beobachten, ob die Firma versuchen wird, in Leipzig an anderer Stelle neue Räume anzumieten.

4 Gefährdungspotenzial

In Leipzig besteht die Gefahr, dass sich eine gut vernetzte Neonazi-Szene dauerhaft etabliert, die auf einen wachsenden Personenkreis von Engagierten und Sympathisant_innen zurückgreifen kann.

Besonders gefährdete Personengruppen: Vorab muss festgestellt werden, dass neonazistische Gewalt (fast) jeden treffen kann. Besonders gefährdete Bevölke-

17.12.2009).

¹⁰⁰ Siehe:.

<http://www.l-iz.de/Kultur/Musik/2009/09/Die-seltsamen-Wege-im-Leipziger-Lagerhof-Der.html> (eingesehen am 13.1.2010).

¹⁰¹ Siehe: Gamma Nr. 181, Januar/Februar 2008.

¹⁰² Siehe: ebd., Nr. 180, Oktober/November 2007.

¹⁰³ Siehe: ebd., Nr. 182, Sommer 2008.

rungsgruppen sind Migrant_innen (vor allem solche, deren Erscheinungsbild eine Zuwanderung nahe legen) und andere Bürger_innen Leipzig nicht-weißer Hautfarbe, Obdachlose, Homosexuelle und politische Gegner_innen. In Leipzig werden besonders linke bzw. alternative Jugendliche und Migrant_innen Opfer rechter Gewalt.¹⁰⁴

Gefährdete Orte und Stadtteile: Es können keine spezifischen Orte in und um Leipzig genannt werden, an denen Menschen nicht gefährdet sind. Übergriffe von Neonazis und Nazi-Hools fanden in verschiedenen Stadtteilen zu unterschiedlichen „Anlässen“ statt. Prinzipiell können Menschen in ganz Leipzig zum Opfer von neonazistischer Gewalt oder Diskriminierung werden.

Trotzdem lassen sich einige besondere Gebiete in der Stadt ausmachen, die mittlerweile für diverse Bevölkerungsgruppen zur „Angstzone“¹⁰⁵ geworden sind. Sowohl die Statistiken von Übergriffen als auch Berichte von Anwohner_innen legen nahe, dass die Stadtteile Reudnitz, Grünau und Lindenau nicht nur Schwerpunkte von öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Neonazis waren (Propaganda, Demonstrationen und Kundgebungen). In diesen Stadtteilen fanden auch zahlreiche Übergriffe statt und einige nicht-rechte Anwohner_innen und Migrant_innen fühlen sich permanent bedroht.

Grünau stellt seit Jahren einen Schwerpunkt neonazistischer Aktivitäten in Leipzig dar. Bis Ende der 1990er Jahre war dieses Problem teilweise noch ein „hausgemachtes“. Hier fand in einer städtischen Jugendeinrichtung („Kirschberghaus/Treff II“) unqualifizierte „akzeptierende Jugendarbeit“ mit Neonazis statt, die dazu führte, dass Neonazis Räumlichkeiten und Möglichkeiten der Indoktrination von Jugendlichen gegeben wurden, was zu einer Gefährdung vieler Jugendlicher und Erwachsener im Viertel beitrug. Nach der Beendigung dieser „Arbeit“ einiger Sozialarbeiter_innen/Betreuer_innen des Kirschberghauses wurde es in und (was Schlagzeilen betraf) um Grünau ruhiger. Trotzdem berichteten Jugendliche kontinuierlich von der Präsenz von Menschen mit Neonazi-Kleidung im Viertel.

Seit spätestens 2007 muss wieder von Grünau als Angstzone gesprochen werden. Darauf weisen verschiedene Vorkommnisse hin, von denen hier nur einige exemplarisch genannt werden sollen. So wurden jugendliche Engagierte des soziokulturellen Vereins Bunte Platte e.V. dauerhaft von Neonazis bedroht und tätlich angegriffen. Neonazis versuchten die vom Teilnehmenden der vom Verein durchge-

¹⁰⁴ Siehe dazu die Zahlen der Opferberatung des RAA e.V. in: Teil 1 - Übergriffe und andere Vorfälle vor dem Hintergrund Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Leipzig.

¹⁰⁵ Siehe: Döring 2008.

führten Fußballturniere im Sommer 2007 und 2008 anzugreifen. Im Jahr 2007 zog sich die zur Hilfe gerufene Polizei entgegen den Absprachen mit den Veranstalter_innen zurück, nachdem alle Turnierteilnehmenden den Platz verlassen hatten – was die Neonazis nutzen, um das aufgebaut gebliebene Festzelt zu beschädigen. Bei einem Übergriff 2008 in Grünau wurde ein nicht-rechter Jugendlicher von Neonazis bewusstlos geschlagen, in ein Auto gezerzt und später (immer noch bewusstlos) außerhalb der Stadtgrenzen zurückgelassen. Dieser Vorfall zeigt einmal mehr die Brutalität, mit der Opfer von Übergriffen auch in Leipzig konfrontiert sind – wurde hier einmal mehr der Tod des Geschädigten in Kauf genommen.

Auch die Vorkommnisse um das KOMM-Haus in Leipzig-Grünau sprechen für sich. Im Sommer 2008 wurde das Bürgerhaus, in dem sich auch die Bürgerinitiative Grünau trifft, mehrfach zum Ziel von Neonazi-Aktionen. Es wurde beschmiert, mit Aufklebern beklebt, Scheiben wurden eingeworfen. Im November 2008 schließlich fand ein Brandanschlag auf das KOMM-Haus statt, durch den große Teile des Gebäudes ausbrannten. Dass dieses hohe Gefährdungspotenzial vor Ort weiterhin besteht, zeigte sich dadurch, dass eine Gruppe von zehn Neonazis die Wiedereröffnung des KOMM-Hauses nach erfolgter Restaurierung am 21.03.2009 nutzten, um die Anwesenden auf dem Eröffnungsfest einmal mehr einzuschüchtern und eigene Flugblätter zu verteilen.

Reudnitz: Bis Mitte 2008 wohnten einige Mitglieder der FKL im Stadtviertel Reudnitz (und im nahen Anger-Crottendorf). Das mag ein Grund sein, warum das Viertel in den letzten Jahren ein besonders frequentiertes Ziel von Propaganda-Aktionen und Raum für Bedrohungen und Übergriffe war.

In Reudnitz fühlen sich einige Anwohner_innen dauerhaft durch rechte Gewalt gefährdet. Auch hier fanden 2007 und 2008 zahlreiche öffentlichkeitswirksame Aktionen und Übergriffe statt. Zum Ziel von wiederholten Angriffen wurde ein von mehrheitlich von alternativen Student_innen bewohntes Haus in der Holsteinstraße – mehrfach wurde das Haus mit rechten Sprüchen beschmiert, die Bewohner tagsüber bedroht und Neonazis versuchten, in der Nacht mit Knüppeln bewaffnet in das Haus einzudringen. Dass bei diesen Übergriffen niemand zu Schaden kam, ist hier einzig und allein den Bewohner_innen des Hauses selbst zu verdanken, die beherzt ihre Türen verteidigten und sich abends umsichtig im Viertel bewegten.

Seit der Eröffnung des Projektes „Atari“ in der Kippenbergstraße wurde dieses von alternativen Jugendlichen für Diskussionsveranstaltungen, Café-Betrieb, Konzerte und als Info-Laden eingerichtete Ladengeschäft zu einer neuen Zielscheibe für Neonazis. Mehrfach versuchten diese, in den Laden einzudringen, beschmier-

ten ihn oder griffen mit Wurfgeschossen an. Für Macher_innen wie für Gäste des Ladens galt das gleiche wie für die Bewohner_innen des Hauses in der Holsteinstraße – auf dem Weg zum und vom als auch beim Aufenthalt im Objekt sind sie potenziell gefährdeter, Opfer eines Übergriffs zu werden, als anderswo.

Lindenau: Spätestens seit der Eröffnung des NPD-Büros in der Lindenauer Odermannstraße muss auch dieser Stadtteil besonders beachtet werden. Durch die Funktion der Räumlichkeiten als Treffpunkt für verschiedene neonazistische Gruppen kommt es zu einer verstärkten Präsenz von Neonazis im Viertel, die für einige Bürger_innen den Stadtteil zur Angstzone werden lassen. Zu einem Gebiet also, in dem sie zu bestimmten Tageszeiten und an bestimmten Tagen potenziell gefährdeter sind, sich also nicht frei im öffentlichen Raum bewegen können. Zu dieser permanenten Bedrohungssituation hinzu kommen zahlreiche tatsächliche Übergriffe und Bedrohungen, beispielsweise die Einschüchterungsversuche gegenüber Mitarbeiter_innen des Buchkinder e.V. und tätliche Übergriffe auf Passant_innen und Polizist_innen im Winter 2008/2009.

Andere Orte und Stadtteile: Wie oben beschrieben können Leipziger Bürger_innen in allen Gegenden der Stadt Opfer von Neonazi-Übergriffen werden. Die eben genauer beschriebenen dienen hier vor allem der Veranschaulichung der Wechselwirkungen von vorhandenen Neonazi-Strukturen und rechten Übergriffen. Zudem ist zu bemerken, dass sich die Situation in Stadtteilen, die als besonders gefährdet angesehen werden, auch schnell ändern kann. So kann beispielsweise konstatiert werden, dass sich mit dem großen Engagement von Anwohner_innen und dem Wegzug einiger Neonazis aus Reudnitz dort einiges zum Besseren gewendet hat, Übergriffe und Bedrohungen abgenommen haben.

Gefährdungen im Fußballumfeld: Besonders gefährdet sind Leipziger Fußball-Fangruppen die sich bewusst als nicht-rechts verstehen bzw. antirassistische Arbeit in ihren Vereinen leisten, aber auch Migrant_innen in Fußballstadien. Zu nennen ist hier vor allem die Ultra-Gruppe der BSG Chemie Leipzig (Diablos), die auf dem Weg von und zu Fußballspielen als auch im Wohnumfeld mehrfach Opfer von Drohungen und äußerst brutalen Übergriffen wurden. Zudem lässt die zunehmende Vernetzung und enge Zusammenarbeit zwischen Blue Caps LE und Mitgliedern der NPD und der FKL darauf schließen, dass diese Hooligan-Gruppierung mit dazu beitragen hat, dass in Lindenau seit der Eröffnung des „Bürgerbüros“ der NPD in der Odermannstraße nicht-rechte oder linke Anwohner_innen und andere gefähr-

deter sind als zuvor. So wurden beispielsweise Künstler_innen mit Migrationshintergrund, die auf dem Lindenauer Markt öffentlich probten, von Personen mit Blue Caps LE - Pullovern bedroht.

Klar scheint auch, dass nicht-rechte Besucher_innen und Menschen mit Migrationshintergrund in Fußballstadien und in der Umgebung selbiger besonders gefährdet sind. Ein Leipziger Nazi-Hool antwortete einem Journalisten auf die Frage, ob er Ausländer duldet: „Einmal ist hier (im Fußballstadion – d.V.) ein Farbiger aufgetaucht, aber er wurde dann unsanft entfernt.“¹⁰⁶

Zudem ist Fußball der beliebteste Sport in der Bundesrepublik. Die Sozialisation vieler (vor allem männlicher) Jugendlicher ist geprägt durch Besuche im Fußballstadion, die Identifikation mit einem Verein und eine mehr oder weniger ausgelebte Fankultur. Seit Jahrzehnten kommen Jugendliche, die Stadien in der BRD (und früher in der DDR) besuchen, mit rassistischen und anderen menschenfeindlichen Rufen und Gesängen in Kontakt. So gehört zur Normalität, dass Spieler gegnerischer Mannschaften (und teilweise des eigenen Teams) mit rassistischen, sexistischen oder homophoben Rufen bedacht werden. Das gilt auch und ganz besonders für Leipzig. Denn die Leipziger Fußball- und vor allem Hooliganszene ist durchsetzt mit politisch organisierten Neonazis und einer zumindest in Teilen stark rechts-offenen und gewalttätigen Fan-Szene. Das Mitglieder der Freien Kräfte Leipzig mit einer Iran-Fahne ins Stadion kommen, um ihre antisemitische Einstellung dort zu präsentieren, gehört genauso zum Fußballalltag wie rechts-offene Ultra-Gruppen, die durch ihr Agieren im Stadion große Anziehungskraft auf Jugendliche ausüben. Dass die eindeutig neonazistischen Blue Caps LE bis November 2008 in eigenen Räumlichkeiten des Fanprojekts Leipzig vertreten waren, dort agieren konnten und damit kein Nutzer dieses Projektes an „ihnen vorbei“ kam, soll an dieser Stelle nur erwähnt werden.

Abschließend lässt sich konstatieren, dass es in Leipzig sehr viele Fußballfans gibt, die nichts mit neonazistischen Organisationen zu tun haben. Aber ein Engagement in der Fußballszene bzw. regelmäßige Stadionbesuche und der Kontakt zu Fußballfangruppen in Leipzig erleichtert bzw. forciert den Zugang Jugendlicher zu menschenfeindlichem Gedankengut und nicht zu letzt zu neonazistischen Gruppen und Parteien in Leipzig.

¹⁰⁶ Siehe: Ruf/Sundermeyer 2009, S. 130.

5 Neonazis in Leipzig – Aktualisierung 2009

5.1 NPD im Wahlkampf

Das Jahr 2009 stand bei der NPD ganz im Zeichen des Wahlkampfes. Es wurden insgesamt zwei Ausgaben der „Leipziger Stimme“ sowie anderes Propagandamaterial verteilt und plakatiert. Der Leipziger NPD-Vorsitzende Helmut Herrmann und der Landtagsabgeordnete Winfried Petzold wurden am 20.5.2009 von der Polizei aufgegriffen, als sie Plakate der politischen Konkurrenz beschädigten.¹⁰⁷ Öffentlich wahrnehmbare Wahlveranstaltungen gab es in Leipzig dagegen nicht. Der sächsische NPD - Landtagsfraktionsvorsitzende Holger Apfel machte allerdings unangekündigt am 23.08. beim Fußball-Derby zwischen Lok und Sachsen Leipzig mit seinem „Wahlmobil“ vor dem Zentralstadion Station halt und ließ „NPD-Schulhof-CDs“ verteilen.¹⁰⁸ Auch beim Vereinsfest des FC Lok am 25.07. hatten die NPD-Mitarbeiter Nils Larisch und Enrico Böhm, die für die NPD auch bei der Stadtratswahl kandidierten, vor dem Bruno-Plache-Stadion Werbung für die Partei gemacht.¹⁰⁹

Lohn der Mühe: Dank einem Ergebnis von 2,9% zogen die zwei NPD-Vertreter Rudi Gerhardt (57 Jahre, Lokführer) und Klaus Ufer (69 Jahre, Sanitärinstallateur) in den Leipziger Stadtrat ein.¹¹⁰ Ufer gehört der NPD laut eigenen Angaben seit 2003 an und ist seit 2006 Beisitzer im Kreisvorstand der Partei. Gerhardt ist zwar erst seit Januar 2009 NPD-Mitglied, gehört aber zusammen mit Oliver Lehm und Tanja Baki, die ebenfalls für den Stadtrat kandidierten, zum Vorstand des „Kulturverein Leipzig-West e.V.“, der seit dem 30.04.2009 seinen Sitz im NPD-Zentrum in der Odermannstraße 8 hat. Diesem Verein mit dem unscheinbar klingenden Namen, der sich laut Satzung u.a. Landschaft- und Denkmalschutz, Bildung und Erziehung sowie Jugend-, Alten- und Veteranenarbeit widmet, gehören weitere bekannte Leipziger Neonazis an.¹¹¹

Trotz ihrer persönlich guten Ergebnisse reichte es für die jüngeren Kandidaten Enrico Böhm (1454 Stimmen) und Tommy Naumann (1257 Stimmen) nicht für ein Mandat. Wie die beiden gewählten NPD-Abgeordneten nun im Parlament agieren

¹⁰⁷ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/stadtratskandidaten-ncp-zerstoenen-linke-spd-plakate>, (eingesehen am 30.01.2010).

¹⁰⁸ Siehe: <http://www.chemieblogger.de/2009/08/24/das-derby-ist-nicht-mehr-das-derby>, (eingesehen am 30.01.2010).

¹⁰⁹ Siehe: Die Zeit vom 07.09.2009 („Angriff von rechts außen“), online: <http://www.zeit.de/2009/37/DOS-Lok-Leipzig>, (eingesehen am 24.09.2009).

¹¹⁰ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/zwei-ncp-kandidaten-leipziger-stadtrat-gewaehlt>, (eingesehen am 30.01.2010).

¹¹¹ Siehe: <http://anlw.blogspot.de/images/VonNazisdievomHimmelfallen.pdf>.

werden, bleibt abzuwarten. Da sie keinen Fraktionsstatus besitzen sind ihre parlamentarischen Rechte begrenzt. Immerhin erreichten sie bei der konstituierenden Sitzung durch ihr Veto, dass über die Ausschussmitglieder nicht wie bisher üblich en bloc per Akklamation, sondern einzeln abgestimmt werden musste. Zudem hatten Mitglieder der NPD durch ihren Widerspruch erzwungen, dass die Kommunalwahl in einigen Wahlbezirken wiederholt werden musste, weshalb der neue Stadtrat seine Arbeit erst im November 2009 aufnehmen konnte.¹¹²

Bei der Landtagswahl gelang mit Winfried Petzold nur einem einzigen Abgeordneten aus Leipzig und dem Leipziger Umland der Sprung ins Parlament. In der vorigen Legislaturperiode waren es bis zum Parteiaustritt von Jürgen Schön Ende 2005 immerhin zwei Leipziger Landtagsabgeordnete gewesen. Zudem wurde Petzold am 25.10.2009 von Holger Apfel als Landesvorsitzender der NPD abgelöst und gilt nun lediglich als Ehrenvorsitzender. Im Landesvorstand ist mit dem Leipziger Kreisvorsitzenden Helmut Herrmann, der weiter als Landesvize fungiert, ansonsten nur noch ein Messestädter vertreten. Im Vergleich zu anderen Regionen ist die Leipziger NPD damit im Landesvorstand unterrepräsentiert. Aufgestiegen in den Landesvorstand ist dagegen der nordsächsische NPD-Vorsitzende und Initiator der Freies Netz-Struktur Maik Scheffler aus Delitzsch.¹¹³

Andererseits sind einige Aktivisten der Leipziger NPD bei der Landtagsfraktion als Mitarbeiter angestellt, u.a. Nils Larisch und Enrico Böhm, die vor allem für die Verbindung ins Fußballmilieu zuständig sind.¹¹⁴ Beide hatten – wie auch Winfried Petzold – zur Kommunalwahl als Wohnanschrift das NPD-Zentrum in der Odermannstraße 8 angegeben.

Das Lindenauer NPD-Zentrum wird auch weiter für Konzerte und andere Veranstaltungen genutzt. So gastierte hier am 18.07.2009 der Neonazi-Liedermacher (und von der Partei als Bundespräsidentenskandidat aufgestellte) Frank Rennie vor 160 Besucher_innen. Die Bereitschaftspolizei sorgte mit einer Hundertschaft für die Absicherung des Geländes um die Odermannstraße und für einen ungestörten Ablauf. Anwohner_innen und Öffentlichkeit wurden dagegen nicht vorgewarnt, auch die Stadtverwaltung zeigte sich mehr oder weniger ahnungslos.¹¹⁵

¹¹² Siehe:

<http://www.chronikle.org/ereignis/npd-ficht-leipziger-wahlergebnis-fuenf-bezirken-neu-gewaehlt>, (eingesehen am 20.01.2010).

¹¹³ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/fraktionschef-apfel-loest-mdl-petzold-leipzig-saechsischen-npd-chef>, (eingesehen am 20.01.2010).

¹¹⁴ Für Informationen zu Verbindungen der Leipziger Neonaziszene ins Fußballmilieu siehe: Teil I – Neonazis und Fußball-Hooliganszene.

¹¹⁵ Siehe:

<http://www.chronikle.org/ereignis/neonazi-liedermacher-frank-rennicke-spielt-npd-zentrum>,

5.2 JN und Freie Kräfte: Geplatzte Großdemo und weitere Vernetzung

Der Leipziger JN-Stützpunktleiter Tommy Naumann ist mittlerweile zum Landesvorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten aufgestiegen. Anders als 2008 gab es während des Wahlkampfes keine öffentlichen Aufmärsche der jüngeren Neonazis. Auch die lokalen Seiten des Freien Netzes waren während dieser Zeit abgeschaltet – anscheinend wollte man während des Wahlkampfes keinen unfreiwilligen Anlass für eine negative Berichterstattung bieten.¹¹⁶ Allerdings beteiligten sich Mitglieder der Leipziger JN/FKL an einer spontanen Neonazi-Demo nach dem Tod eines neunjährigen Mädchens am 29.7. in Eilenburg – anknüpfend an die „Todesstrafe für Kinderschänder“ - Aufmärsche 2008 in Leipzig.¹¹⁷

Als Belohnung für das lange Stillhalten (und für die geleistete Wahlkampfhilfe) sollte dann der Aufmarsch unter dem Motto „Recht auf Zukunft“ am 17.10.2009 dienen. Offiziell von einer Gruppe namens „Nationale Sozialisten Leipzig“ organisiert, steckten wieder Tommy Naumann und andere JN/FKL-Aktivisten dahinter. Für die Demonstration war bereits lange im Vorfeld geworben worden, u.a. mit Plakaten, Sprühschablonen, T-Shirts, einem Stand beim „Fest der Völker“ am 13.09.2009 in Pößneck und mit einer eigenen Internetseite auf dem vor allem von „Autonomen Nationalisten“ genutzten Portal „logr.org“. Auch der JN-Bundesverband unterstützte den Aufruf, relativ spät bewarb die sächsische NPD die Veranstaltung. Aufgrund der umfangreichen, bundesweiten Mobilisierungskampagne versammelten sich schließlich knapp 1400 Neonazis am S-Bahnhof Sellerhausen, um von hier aus durch den Leipziger Osten bis zum Hauptbahnhof zu ziehen. Die meisten waren im Stil der Autonomen Nationalisten gekleidet, obwohl sich die Leipziger Organisatoren im Vorfeld gegen diesen Style und das damit verbundene Auftreten ausgesprochen hatten.

Allerdings hatte sich aufgrund der Mobilisierung des neu gebildeten Bündnisses „Leipzig nimmt Platz“ auch eine große Menge Gegendemonstrant_innen eingefunden, welche die Route der Neonazis blockierten. Nach Flaschenwürfen von Teilnehmenden der Nazi-Demonstration auf die Polizei wurde diese schließlich aufgelöst, ohne einen Meter vom Platz gekommen zu sein.¹¹⁸ Anmelder Tommy Naumann versuchte der sceneinternen Kritik an der Organisation der Demonstration

(eingesehen am 20.01.2010).

¹¹⁶ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/neonazi-portal-freies-netz-offline>, (eingesehen am 20.01.2010).

¹¹⁷ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/todesstrafe-kinderschaender-naziaufmarsch-eilenburg>, (eingesehen am 20.01.2010).

¹¹⁸ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/aufmarsch-1350-neonazis-leipzig-ausschreitungen-beginn-aufgeloest>, (eingesehen am 20.01.2010).

entgegenzuwirken, indem er sich als Opfer von Polizeirepression stilisierte. Als Reaktion auf die Auflösung der Demonstration gab es Ende Oktober/Anfang November in Leipzig und einigen anderen Städten (Chemnitz, Borna, Eilenburg) kleinere, unangemeldete Spontan-Demos, über die die Neonazis dann auf ihren Seiten im Internet berichteten.¹¹⁹

Wie sich unter anderem am 17.10. in Leipzig und bei den folgenden Spontandemonstrationen sowie bei der ebenfalls von Tommy Naumann angemeldeten JN-Kundgebung zum Volkstrauertag in Wurzen¹²⁰ und bei der unter einem ähnlichen Motto („Volkstod verhindern - Recht auf Zukunft sichern!“) wie in Leipzig stehenden Demonstration am 28.11.2009 in Döbeln, zu der ebenfalls viele Leipziger anreisten, zeigte, sind die JN- und Freie Kräfte-Strukturen in Leipzig und Umgebung bestens vernetzt. Eine zentrale Rolle spielt dabei der als „Landesorganisationsleiter“ der NPD fungierende Maik Scheffler aus Delitzsch. Sein Freies Netz ist inzwischen in Teilen wieder online („Aktionsbüro Nordsachsen“, Infoseiten für Borna, Geithain, Chemnitz).¹²¹

Am 22.11. wurden vier neue JN-Stützpunkte für Delitzsch-Eilenburg, Torgau, Oschatz sowie Wurzen/Muldental gegründet, in Borna soll im Jahr 2010 ein weiterer folgen. Die laut eigenen Angaben von 80 Teilnehmenden besuchte Gründungsversammlung fand im Leipziger NPD-Zentrum in Lindenau statt, Tommy Naumann hielt als sächsischer JN-Vorsitzender eine Rede.¹²² Diese Veranstaltung zeigt erneut, welche Bedeutung das NPD-Objekt in der Odermannstraße für die Organisationsbemühungen der Neonazis in der Leipziger Region hat. Diese Bedeutung ist sogar noch gewachsen, seit der Verein „Gedächtnisstätte“ im September sein weiträumiges Gelände in Borna verlassen musste, nachdem die Eigentümerin es überraschend verkauft hatte.¹²³ Zur „Gedächtnisstätte“ waren auch Leipziger Neonazis häufig gepilgert, so z.B. zur Feier des 95. Geburtstages von Altnazi Hajo Herrmann im August 2008, bei dem Mitglieder von JN/FKL ein Ehrenspalier bildeten.¹²⁴

¹¹⁹ Siehe u.a.: <http://www.chronikle.org/ereignis/vermummt-verqualmt-video-neonazis-marschieren-unangemeldet-gruenau>, (eingesehen am 20.01.2010).

¹²⁰ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/wurzen-nazis-stadt-trauerwettbewerb>, (eingesehen am 20.01.2010).

¹²¹ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/freies-netz-teilen-westsaechsische-strukturen-gehen-jnnpd>, (eingesehen am 20.01.2010).

¹²² Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/muldental-nordsachsen-vier-jn-stuetzpunkte-gegruendet>, (eingesehen am 20.01.2010).

¹²³ Siehe: <http://www.chronikle.org/ereignis/gedaechtnisstaette-borna-gekuendigt> und <http://www.redok.de/content/view/1602/36/>, (eingesehen am 20.01.2010).

¹²⁴ Siehe: http://www.chronikle.org/ereignis/nazischaulaufen_aus_anlass_des_geburtstages_von_hajo_herrmann_in_der_ged_chnissttte_borna, (eingesehen am 20.01.2010).

Ausblick: Es bleibt abzuwarten, welche Vorteile die NPD aus ihrer Präsenz im Stadtrat ziehen kann. Die Etablierung des NPD-Zentrums in Lindenau sowie der durchaus erfolgreiche Wahlkampf zeigen, dass die Partei über strategisch agierende Leute verfügt. Auch der Schulterschluss von älteren, bürgerlicheren und jüngeren, sich offen neonazistisch gebenden Aktivist_innen scheint vorerst gelungen. Diese werden sich, da sie auf Wahlkämpfe vorläufig keine Rücksicht mehr nehmen müssen, von ihrem Demonstrationsdebakel am 17.10.2009 vermutlich nicht davon abschrecken lassen, wieder verstärkt die Öffentlichkeit zu suchen, dabei aber möglicherweise zu neuen Aktionsformen greifen.

5.3 Übersicht: Wahlergebnisse der NPD in Leipzig 2004–2009¹²⁵

Diese Übersicht soll zeigen, wie sich der Zuspruch zur NPD bei Wahlen seit 2004 entwickelt hat. Dabei ist zu beachten, dass die „Wahlerfolge“ der NPD allein wenig über die Problemlage aussagen. Es gab und gibt Neonazis, die wenig von dieser Partei bzw. allgemein vom Agieren auf der parlamentarischen Ebene halten.

Bei der **Landtagswahl 2004** stimmten in Leipzig durchschnittlich 5,6% der Wähler_innen mit der Zweitstimme für die NPD, deutlich weniger als im Landesdurchschnitt (9,2%). In einigen der sechs Wahlkreise (WK) fiel das Ergebnis allerdings für eine sich als weltoffen bezeichnende Großstadt wie Leipzig trotzdem beachtlich hoch aus: Auf über 6% kam die Partei im den Leipziger Osten umfassenden WK 29 (6,8% – Direktkandidat: Landesvorsitzender Winfried Petzold), im den Stadtteil Grünau umfassenden WK 27 (6,6% – Jens Pühse, „Deutsche Stimme“-Geschäftsführer aus Riesa) und im WK 26 (6,3% – Jürgen Schön, damals stellvertretender Bundesvorsitzender).

Niedriger fiel das Ergebnis dagegen im WK 25 (u.a. Stadtteil Connewitz) aus, wo mit dem Rentner Helmut Herrmann der Vorsitzende des Kreisverbandes Leipzig als Direktkandidat antrat (4,3%), im WK 28 (4,5% – kein Direktkandidat), im WK 30 (5,6 % – Bernd Schleinitz) und im WK 31 (5,7% – kein Direktkandidat). Zur Stadtratswahl 2004 war die NPD in Leipzig nicht angetreten.

Zur **Oberbürgermeisterwahl am 10.04.2005** kandidierte mit Peter Marx der damalige Fraktionsgeschäftsführer der NPD im Sächsischen Landtag. Er landete

¹²⁵ Statistische Angaben nach der Übersicht auf <http://www.leipzig.de/de/buerger/politik/wahlen/index.aspx> bzw. Statistisches Landesamt Sachsen, http://www.statistik.sachsen.de/wahlen/allg/Seite_2.htm und http://www.statistik.sachsen.de/pls/wpr_neu/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=BW05. Für die Kommunal- und Bundestagswahl 2009 wurden die entsprechenden Wahlberichte der Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, ausgewertet.

jedoch mit 2,4% der Stimmen nur auf dem vierten Platz (gleichauf mit dem Kandidaten der FDP). Zur neuerlichen OB-Wahl im Februar 2006 verzichtete die NPD auf einen eigenen Bewerber.

Bei der **Bundestagswahl im September 2005** kam die NPD in Leipzig auf 2,6% der Zweitstimmen. Im Leipziger Norden (WK 153) war der Landtagsabgeordnete Jürgen Schön angetreten (3,0%), im Zentrum und im Süden (WK 154) der Kreisvorsitzende Helmut Herrmann (2,2%).

Zur **Kommunalwahl im Juni 2009** trat die NPD mit insgesamt 23 Kandidat_innen an, darunter zwei Frauen. Trotz einiger sehr junger Kandidaten wie Tommy Naumann (Jahrgang 1985), Istvan Repaczki (Jg. 1987) oder Enrico Böhm (Jg. 1982) kam die Partei aufgrund des hohen Alters vieler ihrer Kandidat_innen auf den höchsten Altersdurchschnitt (53,5 Jahre) aller Parteien. Es kann vermutet werden, dass dieses hohe Durchschnittsalter auch dem der Mitglieder im Kreisverband entspricht.

Die NPD erreichte insgesamt 2,9% (14.515 Stimmen) und stellt damit nun zwei von 70 Stadträt_innen. Die besten Ergebnisse erzielten ihre Kandidat_innen im nordöstlichen WK 1 (4,4%), im westlichen WK 6 (4,0%) und im östlichen WK 2 (3,8%). Über 5% der Stimmen kam die NPD in den Ortsteilen Volkmarsdorf (8,0%), Althen-Kleinpösna (6,6%), Meusdorf (5,9%), Mockau-Süd (5,6%), Lausen-Grünau (5,3%) und Schönefeld-Abtnaundorf (5,1%). Von den einzelnen Bewerber_innen erreichte Klaus Ufer mit 1488 Stimmen im WK 2 das beste Ergebnis, dicht gefolgt von Enrico Böhm (1454 Stimmen, WK 9), Tommy Naumann (1257 Stimmen, WK 3) und Rudi Gerhardt (949 Stimmen, WK 1). Während Ufer und Gerhardt der Einzug ins Parlament gelang, blieb dies Böhm und Naumann trotz ihres guten persönlichen Ergebnisses verwehrt. Im Gegensatz zu den übrigen NPD-Bewerber_innen hatte Böhm in seinem Wahlkreis (u.a. Mockau) auch mit persönlichen Plakaten und Flugblättern für sich geworben.

Bei der **Landtagswahl im August 2009** kam die NPD in Leipzig auf Ergebnisse von 2,9% (WK 25), 3,4% (WK 26), 4,1% (WK 27), 2,9% (WK 28), 6,0% (WK 29) und 3,9% (WK 30). Damit liegen die Leipziger Ergebnisse deutlich unter denen von 2004 und bis auf das Spitzenergebnis von 6,0% im östlichen Wahlkreis 29 auch wieder deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 5,6%. Allerdings sind die Stimmen für die NPD in Leipzig nicht so stark zurückgegangen wie in Gesamtsachsen (da um 3,6 Prozentpunkte).

Zur **Bundestagswahl im September 2009** kam die NPD dann auf 2,7% (7344 Zweitstimmen), immerhin 0,1 Prozentpunkte mehr als bei der Bundestagswahl 2005. Im nördlichen WK 153 (Direktkandidat: Jens Pühse aus Riesa) steigerte sich die

Partei sogar von 3,0 auf 3,3%, im südlichen WK 154 (Holger Odenthal) blieb es bei 2,2%. Bei den Ortsteilen liegt Volksmarsdorf mit 6,5% der Zweitstimmen wieder ganz vorn, gefolgt von Althen-Kleinpösna (5,7%), Schönefeld-Abtnaundorf (5,2%), Meusdorf (5,0%), Seehausen (4,6%) und Anger-Crottendorf (4,5%).

Volksmarsdorf war somit sowohl bei der Stadtrats- als auch bei der Bundestagswahl 2009 der Ortsteil mit dem höchsten NDP-Ergebnis. Gleichzeitig ist die Wahlbeteiligung hier mit 26,6% (Leipziger Durchschnitt: 41,4%) bzw. 46,5% (66,1%) am absoluten Tiefpunkt. Auch in den anderen Ortsteilen mit hohen NPD-Ergebnissen ist eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung zu verzeichnen (Ausnahme: Althen-Kleinpösna). Die NPD scheint also von einer niedrigen Wahlbeteiligung zu profitieren – zumindest gelingt es ihr in solchen Gebieten besser als den anderen Parteien, ihre Sympathisant_innen zu mobilisieren. Insgesamt hat sich die NPD in Leipzig seit 2005 leicht, aber kontinuierlich steigern bzw. stabilisieren können (Ergebnisse zwischen 2,4% und 2,9%).¹²⁶

6 Zusammenfassung

In Leipzig hat sich in den letzten Jahren eine Naziszene herausgebildet, die personell, finanziell und strukturell arbeitsfähig ist. Es existiert sowohl ein „harter Kern“ von Neonazis, der (auch regional und überregional) politisch aktiv und vernetzt ist und der auf ein relativ hohes Mobilisierungspotenzial zurückgreifen kann. Das heißt, in Leipzig muss derzeit von einem massiven Problem mit bekennenden, politisch aktiven und gewalttätigen Neonazis ausgegangen werden. In Stadtteilen, in denen Neonazis Räumlichkeiten besitzen oder nutzen, scheint das Gefährdungspotenzial, Opfer einer neonazistisch motivierten Gewalttat zu werden, höher zu sein als anderswo. Das zeigen nicht zuletzt die Entwicklungen der letzten eineinhalb Jahre in Lindenau.

¹²⁶ Die Landtagswahl 2004 fällt mit 5,6% etwas aus dem Rahmen. Damals konnte die NPD aber von der Proteststimmung gegen Hartz-IV-Gesetze der rot-grünen Bundesregierung profitieren.

7 Übergriffe und andere Vorfälle vor dem Hintergrund Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit¹²⁷ in Leipzig

Situationsbeschreibung aus der Sicht der Opferberatung der RAA Leipzig e.V. 2006–2008

Nachdem seit 2003 rassistische und andere menschenfeindliche Vorfälle in Leipzig seltener bekannt wurden, von einem Rückzug der rechten Szene ins Private, ins Bürgerliche und Unauffällige die Rede war und die Arbeit der Opferberatungsstelle sich weitestgehend auf die Intervention angesichts des zunehmend deutlicher werdenden Alltagsrassismus bezog, ist seit Ende des 2. Halbjahres 2006 ein wiederum öffentlicheres In-Erscheinung-Treten der rechten Szene in der Stadt zu bemerken.

Laut Einschätzung der Opferberatungsstelle der RAA Leipzig e.V. handelt es sich dabei keineswegs um eine homogene Szene, die zudem ständigen Entwicklungen und Veränderungen unterzogen ist. Auch die Opferberatung bemerkt, dass einige bekannt gewordene Vorfälle auf eine starke Anbindung der Leipziger Neonazis an die Hooliganszene hinweisen.

Die der Beratungsstelle bekannt gewordenen Ereignisse erscheinen sowohl spontan als auch organisiert. Während Übergriffe auf Migrant_innen über den gesamten Tätigkeitszeitraum als zahlenmäßig nahezu konstant erscheinen, sind Aktivitäten und gewaltsame Übergriffe gegen nicht rechte und alternative Jugendliche in den letzten beiden Jahren häufiger aufgetreten. Auffällig erscheint hierbei, dass vermehrt Taten im direkten Wohnumfeld stattfinden, so dass Opfer und Täter_innen Nachbarn sind. Rückzug und Schutz sind damit häufig nur durch einen Umzug zu gewährleisten.

Statistische Ergebnisse 2006 – 2008: Die statistischen Erhebungen der Opferberatungsstelle der RAA Leipzig e.V. erfolgen in Kongruenz mit den anderen in den neuen Bundesländern tätigen Beratungsprojekten für Betroffene rechter Gewalttaten und unterscheiden zwischen der so genannten Recherchestatistik und einer Beratungsstatistik. Die Recherchestatistik umfasst alle im jeweiligen Betrachtungszeitraum bekannt gewordenen Vorfälle, wobei der Zeitpunkt des Geschehens auch in diesem Zeitraum liegt. Die Beratungsstatistik umfasst alle Beratungen im jeweiligen Tätigkeitszeitraum, wobei der „Tatzeitpunkt“ in nicht wenigen Fällen auch ein

¹²⁷ Zum Begriff der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit siehe: Teil I – Ungleichwertigkeit in der Mehrheitsgesellschaft.

oder mehrere Jahre zurückliegen kann.

Die im Folgenden aufgeführten statistischen Angaben zu Vorfällen vor dem Hintergrund Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Stadt Leipzig erlauben keinen Rückschluss auf das tatsächliche Fallaufkommen, da von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist. Außerdem ist in der Arbeit der Opferberatungsstelle hinsichtlich der Bewertung die subjektive Sichtweise der Betroffenen ausschlaggebend.

Recherchestatistik:

Im Jahr 2006 wurden der Opferberatungsstelle 64 Ereignisse bekannt. Unter diesen sind 50 Gewaltvorfälle festzustellen. Im Vergleich dazu erhielt die Beratungsstelle im Jahr 2007 Kenntnis von 93 Vorfällen darunter 80 Gewalttaten. (Tatzeitpunkt und Betrachtungszeitraum 2007). Im Jahr 2008 recherchierte die Opferberatungsstelle der RAA Leipzig e.V. 89 Vorfälle, davon 60 Gewaltdelikte.¹²⁸

Unter dem Begriff „Gewaltdelikte“ werden Fälle von Nötigung, Bedrohung, versuchter Körperverletzung und Vorfälle von Körperverletzungen (einschließlich gefährliche Körperverletzung) erfasst.

Beratungsstatistik:

2006: Im Zeitraum 01.01.2006 bis 31.12.2006 wurde die Opferberatungsstelle in 63 Fällen (Fälle = Vorfälle/Ereignisse) beratend tätig. Hinsichtlich des Deliktspektrums waren 32 Fälle von Nötigung, Bedrohung, versuchter Körperverletzung und 29 Körperverletzungen feststellbar. Ein Großteil ist in Tateinheit mit fremdenfeindlicher Beleidigung zu verstehen. Die Hauptopfergruppe waren Menschen mit Migrationshintergrund (55), gefolgt von Nicht-Rechten (22), behinderten Menschen (2) sowie sozial Benachteiligten (1).

2007: Im Zeitraum 01.01.2007 bis 31.12.2007 leistete die Beratungsstelle in 77 Fällen Unterstützung. Der Großteil der direkt Betroffenen wurde Opfer von Körperverletzungen oft in Tateinheit mit fremdenfeindlicher Beleidigung bzw. war von Nötigung, Bedrohung und versuchter Körperverletzung betroffen. Die Vorfälle richteten sich größtenteils gegen Menschen mit Migrationshintergrund (47) sowie gegen Nicht-Rechte (31) und politisch Aktive (9); gegen Behinderte (2), Homosexuelle (1),

¹²⁸ Ergänzung für das Jahr 2009: Bisläng 63 bekannte Ereignisse, darunter 50 Angriffe.

sozial Benachteiligte (1).

2008: Im Jahr 2008 wurde im Zusammenhang mit 94 Vorfällen von Diskriminierung, rechter Gewalt und anderen auf Ideologien der Ungleichwertigkeit basierenden Ereignissen Beratung geleistet.

Zusammengefasst: Hinsichtlich der insgesamt 206 Delikte wurden 54 Körperverletzungen, 47 Fälle von Nötigung, Bedrohung, versuchte Körperverletzung, 3 Fälle (versuchter) Brandstiftung, 25 Fälle von Sachbeschädigung, 11 Fälle von Diskriminierung, 7 Fälle von Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und 53 Fälle von fremdenfeindlicher Beleidigung gezählt. Außerdem spielten hinsichtlich der Ereignisse in 3 Fällen Landesfriedensbruch, in 2 Fällen Freiheitsberaubung und in einem Fall üble Nachrede/falsche Verdächtigung eine Rolle.

Von den 182 direkt Betroffenen waren 48 Migrant_innen; 143 der direkt Betroffenen waren männlich und 39 weiblich.

Diese Angaben erheben, wie oben bemerkt, keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es kann kaum eingeschätzt werden, wie groß das Dunkelfeld dieser Straftaten in Leipzig ist. Die Erfahrungen der Beratungsstelle zeigen, dass die Opfer in vielen Fällen auf die Erstattung von Anzeigen verzichten. Gründe hierfür sind u.a.:

- Angst vor Rache (Täter erfahren über die Straftakte die Anschrift des Opfers)
- distanziertes Verhältnis zu Polizei und Justiz
- Vermutung der Erfolglosigkeit eines Ermittlungsverfahrens
- Schuldgefühle/kriminelle Verstrickungen auf Seiten des Opfers.

Erfahrungsgemäß wenden sich die Betroffenen zu einem großen Teil nicht direkt nach dem Vorfall, sondern erst nach Monaten, mitunter Jahren an die Beratungsstellen. Unter anderem geschieht dies im Zusammenhang mit

- der Ladung als Zeug_in zur Verhandlung,
- Vermittlung durch Kooperationspartner (Versorgungsamt, TOA, ...),
- der (vermuteten) Entlassung des Täters aus der JVA,
- den über die Zeit hinweg entstandenen, mittlerweile unerträglichen Belastungen durch Folgeerscheinungen der Opfersituation.

Es muss also konstatiert werden, dass die Anzahl von gewalttätigen Übergriffen, Beleidigungen und Diskriminierungen, die auf Ideologien der Ungleichheit beruhen, in Leipzig konstant zugenommen haben. Dass dabei vor allem Straftaten wie (versuchte) Körperverletzung, Brandanschläge, Nötigung/Bedrohung sowie Beleidigung – Handlungen die sich also konkret und gezielt gegen einzelne Personen richten – überwiegend sind, lässt die Situation als sehr problematisch erscheinen.

Auch die Statistik der Polizeidirektion Leipzig bestätigt – trotz unterschiedlicher Zählweise – einen Anstieg der neonazistischen bzw. „politisch motivierten rechten“ Straftaten und Gewaltdelikte in Leipzig. Die PD berichtet für 2007 von insgesamt 224 Straftaten aus dem Bereich „politisch motivierte Kriminalität ‚Rechts‘“, darunter 15 Gewaltdelikte, für 2008 von 367 Straftaten, darunter 29 Gewaltdelikte.¹²⁹ Das ist eine deutliche Steigerung gegenüber 2006, als die PD in ihrem Gebiet 12 rechts-motivierte Gewalttaten (von insgesamt 257 Straftaten) registrierte, und noch mehr gegenüber 2004 und 2005 mit jeweils „nur“ 7 rechten Gewalttaten (von insgesamt 108 bzw. 198 rechten Straftaten).¹³⁰

Der Alltagsrassismus bleibt zudem auf bedenklich hohem Niveau. Laut Erfahrung der Beratungsstelle sind Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Feindlichkeit gegenüber Menschen die von der Mehrheitsgesellschaft als „anders“ definiert werden, kein vorübergehendes Phänomen, sondern vielmehr gesellschaftliche Dauerproblematik. Hinzu kommt, dass die damit verbundenen Erscheinungsformen und Auswirkungen schon lange nicht mehr nur dem rechten Rand zuzuordnen sind, sondern auch deren Mitte.

¹²⁹ Quelle: Schreiben vom PD-Präsident Horst Wawrzynski vom 18.12.2009.

¹³⁰ Siehe: Kriminalpräventiver Rat der Stadt Leipzig (KPR): Lagebild zum politischen Extremismus in Leipzig (2009).

Ungleichwertigkeit in der Mehrheitsgesellschaft: Zusammenfassende Ergebnisse quantitativer Studien

1 Einleitung

Die folgenden Ausführungen beschäftigen sich mit der Verbreitung rassistischer, nationalistischer, antisemitischer und anderer rechter Einstellungen in der BRD allgemein und in Sachsen im Besonderen. Um zu verdeutlichen, dass o.g. Einstellungen in der gesamten Gesellschaft verbreitet sind, und dass dieses Problem auch und gerade in Sachsen bzw. Leipzig vorhanden ist, werden hier die Ergebnisse einiger wissenschaftlicher Studien vorgestellt.

Die Ergebnisse dieser Studien unterstützen unsere Überzeugung, dass Ideologien der Ungleichwertigkeit kein Randphänomen sind.

2 Zusammenfassung der Ergebnisse

Die seit 2000 veröffentlichten Studien zu „rechtsextremen Einstellungen“ bzw. „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ in der BRD kommen alle zu besorgniserregenden Ergebnissen und müssen in Betracht gezogen werden, wenn Neonazismus in der Gesellschaft erfolgreich bekämpft werden soll. Im Folgenden werden exemplarisch die Studien um die Forschungsgruppe von Elmar Brähler aus Leipzig und die Gruppe um Wilhelm Heitmeyer aus Bielefeld in kurzen Zusammenfassungen präsentiert.

Vom Rand zur Mitte

Die Leipziger Autoren_innen¹³¹ der Studie „Vom Rand zur Mitte“ und der Folgestudien „Ein Blick in die Mitte“ und „Bewegung in der Mitte“ definieren Rechtsextremismus wie folgt: „Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“¹³²

Aus dieser Definition wurden für die Befragung sechs Dimensionen rechtsextremer Einstellungen abgeleitet, die das mehrdimensionale Einstellungsmuster ausmachen:

- Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur
- Chauvinismus
- Ausländerfeindlichkeit
- Antisemitismus
- Sozialdarwinismus
- Verharmlosung des Nationalsozialismus

Im Folgenden werden bei der Präsentation der Zustimmungsdaten die Stufen „stimme zu“ und „stimme voll und ganz zu“ zusammengefasst. Insgesamt standen fünf Stufen der Ablehnung bzw. Zustimmung zur Verfügung („lehne voll und ganz ab“, „lehne ab“, „stimme teils zu, stimme teils nicht zu“, „stimme zu“, „stimme voll und ganz zu.“¹³³ Zentrale Ergebnisse sind im Folgenden in tabellarischer Form wiedergegeben.

Auffallend sind die hohen Zustimmungswerte zu den Einstellungsdimensionen Chauvinismus mit fast 20% und Ausländerfeindlichkeit mit über 25%. Aber auch der Antisemitismus – bei einem Zustimmungswert von 8,4% bedeutet das, dass

¹³¹ Siehe: Decker/Brähler 2006 und 2008, Decker/Rothe/u.a. 2008.

¹³² Siehe: Decker/Brähler 2006, S. 21.

¹³³ Siehe: Decker/Brähler 2006: S.22 und 36.

Tabelle 2.1: Tabelle nach Decker / Brähler 2006, S. 43, Zustimmungswerte in %

	Gesamt	West	Ost
Befürwortung Diktatur	4,8	4,4	6,5
Chauvinismus	19,3	20,1	16,1
Ausländerfeindlichkeit	26,7	25,7	30,6
Antisemitismus	8,4	9,5	4,2
Sozialdarwinismus	4,5	4,0	6,2
Verharmlosung Nationalsozialismus	4,1	4,6	2,0

Tabelle 2.2: Tabelle nach Decker / Brähler 2006, S.32ff., Zustimmungswerte in %

	Gesamt	Ost	West
Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen	14,8	12,5	15,4
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen	17,7	19,8	17,2
Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert	26,0	29,0	25,2
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert	15,2	17,5	14,6

immerhin fast jede_r zehnte Deutsche diese Einstellung teilt – ist keineswegs als Randphänomen zu kennzeichnen.

Schaut man auf ausgewählte einzelne Fragestellungen innerhalb der sechs Dimensionen des Rechtsextremismus wie ihn Decker/Brähler definieren, so wird bestätigt, dass hier Einstellungsmuster zu erkennen sind, die demokratischen Werten diametral entgegenstehen.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Die Forschungsgruppe des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld unter der Leitung von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer führt seit 2002 in einem Zeitraum von zehn Jahren Untersuchungen

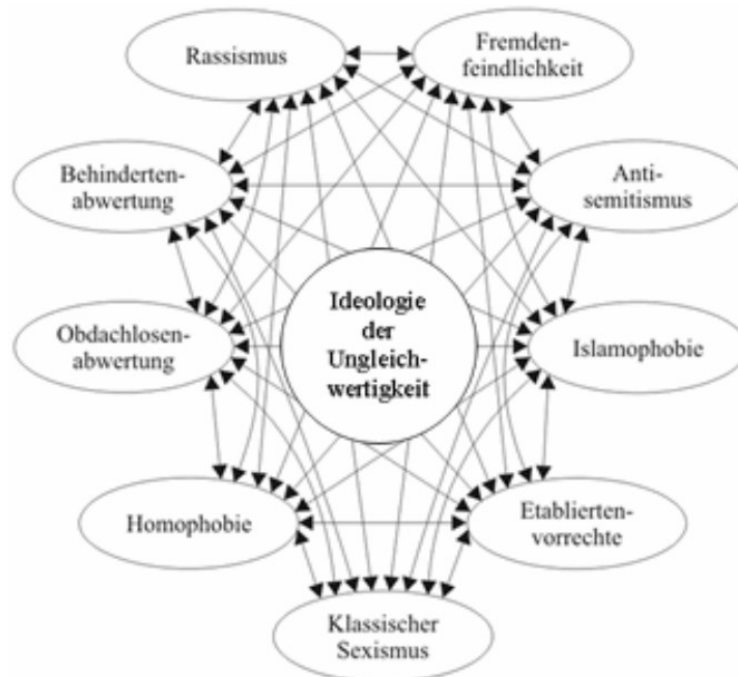


Abbildung 2.1: Elemente des Syndroms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

zum Komplex „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ durch. Die Forschungen möchten folgende vier zentrale Fragen ständig neu klären:

- In welchem **Außmaß** wird die Würde zahlenmäßig schwacher bzw. sog. beschwerdearmer Gruppen angetastet durch abwertende, ausgrenzende Einstellungen und diskriminierendes Verhalten anderer Personen?
- Welche **Erklärungen** sind dafür zu finden, dass sich menschenfeindliche Mentalitäten in dieser Gesellschaft hartnäckig halten bzw. ausbreiten?
- Wo werden Veränderungen in den Ausmaßen und Zusammenhängen im Zeitverlauf erkennbar?

Bis 2009 sind sieben Folgen der Forschungen unter dem Titel *Deutsche Zustände*¹³⁴ veröffentlicht worden¹³⁵.

Im Folgenden werden Ergebnisse der Studie Deutsche Zustände Folge 6 vorgestellt¹³⁶, weil dort – im Gegensatz zur aktuellen Veröffentlichung¹³⁷, die einen

¹³⁴ Siehe: Heitmeyer 2002-2009.

¹³⁵ Siehe: <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Feindseligkeit/Ergebnisse2004.htm>, 09.05.2009

¹³⁶ Siehe: Heitmeyer 2008.

¹³⁷ Siehe: Heitmeyer 2009.

Tabelle 2.3: Rassismus

Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, das sie deutscher Abstammung sind.	22	2002
	21,9	2004
	18,5	2007
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt	16,4	2002
	13,1	2004
	12,6	2007

Tabelle 2.4: Fremdenfeindlichkeit

Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	55,4	2002
	59,8	2004
	54,7	2007
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat schicken	27,7	2002
	36	2004
	29,7	2007

Schwerpunkt auf den Ost-West-Vergleich legt – vergleichbare Langzeitwerte von 2002 bis 2007 dargestellt werden. Die tabellarischen Darstellungen fassen die Zustimmungswerte „... eher zu“ und „voll und ganz zu“ zu einem Wert zusammen.

Tabelle 2.5: Antisemitismus

Jugend haben in Deutschland zu viel Einfluss.	21,6	2002
	21,5	2004
	15,6	2007
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung mitschuldig.	16,6	2002
	12,8	2004
	17,3	2007

Tabelle 2.6: Homophobie

Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen	34,8	2005
	31,3	2007
Homosexualität ist unmoralisch.	16,6	2005
	17,3	2007
Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein	40,5	2005
	35,4	2007

Tabelle 2.7: Abwertung von Obdachlosen

Die Obdachlosen in den Städten sind unangenehm.	38,9	2005
	28,8	2007
Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu.	22,8	2005
	32,9	2007
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	35	2005
	34	2007

Tabelle 2.8: Abwertung von Behinderten

Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.	8,3	2005
	7,7	2007
Viele Forderungen von Behinderten finde ich überzogen.	15,2	2005
	12,7	2007
Behinderte erhalten zu viele Vergünstigungen.	7,5	2005
	8	2007

Tabelle 2.9: Islamophobie

Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	24	2004
	29	2007
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	35,1	2004
	39	2007

Tabelle 2.10: Etabliertenvorrechte

Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	57,8	2002
	61,5	2004
	52,8	2007
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.	40,9	2002
	35,5	2004
	35,1	2007

Tabelle 2.11: Sexismus

Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	29,4	2002
	29,3	2004
	28,5	2007
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.		2002
	25,6	2004
	18	2007

Tabelle 2.12: Abwertung von Langzeitarbeitslosen

Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.	49,3	2007
Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.	60,8	2007

Bewertung: Einzelne Zustimmungswerte sind besorgniserregend hoch. Fremdenfeindlichkeit ist eine – das zeigen auch die anderen Studien, die hier zusammengefasst worden sind – ganz normale Einstellung in Deutschland. Die Werte bewegen sich konstant über 50%. Auch die Islamophobie, einer der wenigen Werte, die im Rahmen dieser Studie 2004 erstmalig gemessen wurden, hat mit 30% bzw. nahezu 40 % hohe Zustimmungswerte.

Die anderen in der Tabelle einsehbaren Ergebnisse zeigen, dass Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit kennzeichnend für große Teile - bei einigen Einzelwerten sogar die Mehrheit der deutschen Bevölkerung - ist. Sachsen scheint hier kein Ausnahmeland.

3 Tolerantes Sachsen?

Im Folgenden beziehen wir uns auf eine Regionalstudie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Sachsen, auf eine Studienreihe des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und die Regionalbefunde aus der Studie „Vom Rand zur Mitte.“¹³⁸

¹³⁸ Siehe: Decker/Brähler 2006.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen

Im Jahr 2006 wurde eine Expertise zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Sachsen (2002-2005)“ veröffentlicht.¹³⁹ Hier werden die Daten und Bewertungen zu den Erhebungsindikatoren, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Abwertung von Obdachlosen, Islamophobie, Homophobie, Abwertung von Behinderten, Antisemitismus, Sexismus und Etabliertenvorrecht vorgestellt. Folgend wird aus der Studie zitiert:

„Fast zwei Drittel aller Befragten in Sachsen sind der Ansicht, es leben zu viele Ausländer in Deutschland. 28% stimmen dieser Aussage eher zu, weiter 37% stimmen sogar voll und ganz zu. (...) Dem anderen Indikator für das Maß **Fremdenfeindlichkeit**, der Aussage ‚wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.‘ stimmen mit einem Anteil von 45% etwas weniger Sachsen als bei der vorherigen Frage zu. (...) Insgesamt betrachtet ist der Anteil der Befragten, die fremdenfeindlichen Aussagen zustimmen, sowohl in Sachsen als auch in den restlichen neuen Bundesländern deutlich höher als in den alten Bundesländern.“¹⁴⁰

„Ein ähnliches Bild ergibt sich bei Betrachtung der beiden Indikatoren zur Messung von **Rassismus**. Der ersten Aussage ‚Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind‘ stimmt ein deutlich höherer Anteil der Befragten aus Sachsen und den neuen Bundesländern zu. Auch bei der zweiten Frage ‚die Weißen sind zu Recht führend in der Welt‘ stimmen mit jeweils um die 17 % sowohl ein höherer Anteil der Sachsen als auch der Befragten aus den neuen Bundesländern zu.“¹⁴¹

„Deutliche Ost-West-Unterschiede lassen sich auch bei den beiden Fragen über die **Abwertung von Obdachlosen** feststellen. Der Frage ‚Obdachlose in den Städten sind unangenehm‘ stimmen 52% der Sachsen und 48% der Befragten in den übrigen neuen Bundesländern zu, in den alten Bundesländern sind es 42%. ‚Bettelnde Obdachlose sollten aus der Fußgängerzone entfernt werden‘ befürworten 45% der Sachsen, 43% der übrigen Ostdeutschen und 34% der Westdeutschen.“¹⁴²

„Ein weniger einheitliches Bild ergeben die beiden Aussagen zur Messung von **Islamophobie**. Während der Anteil zustimmender Befragter bei der Frage ‚Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden‘ in Sachsen und den übrigen neuen Bundesländern höher ist als in den alten, stimmt ein deutlich

¹³⁹ Siehe: Sticks 2006.

¹⁴⁰ Siehe: ebd., S. 17

¹⁴¹ Siehe: ebd.

¹⁴² Siehe: ebd., S. 18.

höherer Anteil der Westdeutschen der Aussage zu ‚durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im Land‘. Das gegenläufige Antwortverhalten in den neuen und alten Bundesländern hinsichtlich dieser beiden Fragen ist jedoch durchaus plausibel. Während bei der ersten Frage eher die Einstellung zu restriktiven Maßnahmen gemessen wird, bezieht sich die zweite Frage eher auf die Wahrnehmung der eigenen Lebenswirklichkeit. Es liegt daher nahe, dass die höheren Zustimmungsraten zum Empfinden von Fremdheit in den alten Bundesländern mit den dort deutlich höheren Anteilen an Bewohnern mit Migrationshintergrund zusammenhängen.“¹⁴³

„Interessant sind die Ergebnisse bezüglich der Fragen zur Messung von **Homophobie**. Sowohl der Anteil der Sachsen als auch der Anteil der Befragten aus den neuen Bundesländern, die der Frage ‚es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen‘ zustimmen, ist höher als der Anteil der Befragten aus den alten Bundesländern. Allerdings ist im Unterschied zu den zuvor diskutierten Fragen die Differenz zwischen den Anteilswerten der übrigen neuen und der alten Bundesländer geringer als die Differenz zwischen den Anteilswerten der Sachsen und den Befragten der übrigen neuen Bundesländer. Die gleiche Tendenz zeigt sich bei der zweiten Frage ‚Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein‘. Während 42% der Sachsen diese Aussage ablehnen, sind es bei den Befragten der restlichen neuen sowie der alten Bundesländer nur jeweils rund 37% bzw. 35%. Die Sachsen erweisen sich damit als die homophobste Substichprobe.“¹⁴⁴

„Hinsichtlich der **Abwertung von Behinderten** besteht die umgekehrte Tendenz. Während sich sowohl in Sachsen als auch in den alten Bundesländern 25% der Befragten ‚in Gegenwart von Behinderten unwohl‘ fühlen, sind es in den übrigen neuen Bundesländern knapp 32%.“¹⁴⁵

„Beide Aussagen zur Messung von **Antisemitismus**, die Fragen ‚Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss‘ sowie ‚durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung mitschuldig‘ werden in den alten Bundesländern von einem höheren Anteil der Befragten befürwortet. Gleiches gilt für die Fragen zur Messung des klassischen **Sexismus**. Immerhin ein knappes Drittel der Westdeutschen befürwortet das traditionelle Rollenbild ‚die Frau soll sich mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen‘ und ein Viertel meint ‚für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen‘. Unter den Sachsen und den Ostdeutschen aus den restlichen neuen Bundesländern finden

¹⁴³ Siehe: ebd.

¹⁴⁴ Siehe: ebd.

¹⁴⁵ Siehe: ebd.

sich deutlich weniger Befürworter dieser Aussagen. Weiterhin werden in den alten Bundesländern **Etabliertenvorrechte** stärker betont. Gut zwei Drittel der Befragten in den alten Bundesländern stimmt zu, dass ‚wer irgendwo neu ist, sich mit weniger zufrieden geben‘ soll. In Sachsen sind es 62%, in den restlichen neuen Bundesländern 61%. Bei 37% der Westdeutschen findet die Aussage „wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind“ Zustimmung. In Sachsen sind es knapp 34%, in den restlichen neuen Bundesländern 35%.¹⁴⁶

Die Studie formuliert folgendes Fazit: „Gut 40% der Sachsen neigen zur Fremdenfeindlichkeit, jeweils 30% zur Homophobie und zur Abwertung von Obdachlosen. Im Vergleich mit dem übrigen Befragten aus den neuen sowie alten Bundesländern weisen Sachsen außerdem beim Rassismus signifikant höhere und beim Antisemitismus signifikant niedrigere Zustimmungsraten auf.“¹⁴⁷

Studien des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales – zu Einstellungen Jugendlicher aus Sachsen

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales (SMS) lässt seit 1991 Befragungen zur „Jugend in Sachsen“ durchführen. Hier werden Ergebnisse der beiden letzten Studien von 2005 (veröffentlicht 2006) und 2007 (veröffentlicht 2008) kurz vorgestellt. Dabei sind vor allem die politischen Einstellungen sowie die Bewertungen zu Migration bzw. „Meinungen über das Zusammenleben von Deutschen und Bürgern anderer Kulturkreise“ sehr interessant, wie es die Studien selbst definieren¹⁴⁸.

Politische Einstellungen

In den benannten Studien hat sich 2005 jede_r fünfte Jugendliche in Sachsen politisch rechts orientiert eingeordnet. 20% der 15- bis 26-jährigen gaben bei einer Befragung an, sich in ihrer Grundeinstellung rechts der politischen Mitte zu positionieren. Es ist der höchste Wert im Rahmen der Studie, die seit 1994 im Abstand von zwei Jahren erhoben wird. 2007 hat sich dieser Wert auf 17% reduziert. Die Personen, die sich als politisch links einschätzen, lagen 2005 bei 22%, 2007 bei 23%.

¹⁴⁶ Siehe: ebd, S. 19.

¹⁴⁷ Siehe: ebd, S. 20.

¹⁴⁸ SMS 2006, S. 132; 2008, S. 158.

Tabelle 59

Von 100 Befragten benennen 2007 ihren eigenen politischen Standpunkt als ... (Angaben 2005 in Klammern)	
Skalenwerte:	
1 = ganz links	1 (2)
2	6 (5)
3	16 (15)
4 = Mitte	43 (42)
5	11 (14)
6	5 (5)
7 = ganz rechts	1 (1)
unentschieden	16 (16)

Abbildung 2.2: Selbstzuordnung politischer Standpunkte; (Siehe: SMS, 2008, S. 137)

Einstellungen zu Migration/Rassismus

Die Einstellungen zu der Bewertung von Migration und rassistischen Positionen sind schockierend hoch. In der Studie des SMI war 2005 zu lesen: „In der Meinung der sächsischen Jugendlichen hat sich 2005 die Ansicht weiter verstärkt, dass kein weiterer Zuzug von Ausländern erfolgen sollte. Nunmehr teilen 45% aller Befragten diese Meinung. Nur eine Minderheit der Jugendlichen meint, dass das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern weitgehend ohne Probleme ist. Zugleich erwartet nur etwa jede_r fünfte Jugendliche mehr Anstrengungen von Staat und Gesellschaft für eine bessere Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Die relative Mehrheit von 45% aller Befragten lehnt dies ab. Dies ist gegenüber 2003 eine Zunahme um 9%. Bei einer Zunahme von 5% seit 2003 meinen 2005 28% aller Befragten, der Ausländeranteil in Sachsen sei zu hoch.“¹⁴⁹

Die Ergebnisse der gleichen Studie von 2007 zeigten kaum Verbesserungen. Zwar wurde von einer „Abnahme der ausländerablehnenden Meinungen“ geschrieben, da nun statt 45% „nur“ noch 39% der Jugendlichen mehr Anstrengungen von Staat und Gesellschaft für eine bessere Integration von Migrant_innen ablehnen. Trotzdem teilten 2007 etwa 60% der sächsischen Jugendlichen vollkommen oder teilweise Meinungen, wonach in der BRD zu viele Migrant_innen wohnen, ein weiterer Zuzug also nicht verkraftbar sei. Über 50% teilten die Meinung, dass der „Ausländeranteil in Sachsen zu hoch sei.“¹⁵⁰

Der **Kinder- und Jugendring Sachsen e.V.** kommt zu ähnlichen Ergebnissen: „Im Vergleich zu 2005 ist eine leichte Abnahme der ausländerablehnenden Meinungen von durchschnittlich gut 70% auf (Ø) 62% festzustellen. 58% der Jugend-

¹⁴⁹ Siehe: SMS 2006, S. 132.

¹⁵⁰ Siehe: SMS 2008, S. 158.

Tabelle 66

Von 100 Befragten meinten 2007 über das Zusammenleben von Deutschen und Bürgern anderer Kulturkreise ... (Angaben 2005 in Klammern)				
	1 = stimme voll und ganz zu	2 = stimme teilweise zu	3 = ist überhaupt nicht meine Meinung	4 = k. A.
Das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern funktioniert ohne größere Probleme.	7 (4)	60 (59)	29 (33)	5 (3)
Deutschland sollte für weitere Zuwanderungen offen sein.	9 (7)	42 (30)	43 (55)	6 (7)
Deutschland sollte vor allem gut ausgebildete Fachkräfte aufnehmen.	22 (21)	42 (43)	29 (30)	7 (6)
Der Staat muss mehr für die Integration von Ausländern tun.	22 (19)	32 (29)	39 (45)	7 (6)
Die Gesellschaft sollte Ausländern gegenüber aufgeschlossener sein.	26 (22)	45 (46)	22 (27)	7 (5)
Ein weiterer Zuzug von Ausländern ist für Deutschland nicht mehr verkraftbar.	35 (45)	34 (30)	22 (17)	8 (8)
Der Ausländeranteil in Deutschland ist zu hoch.	37 (44)	32 (31)	22 (16)	9 (9)
Der Ausländeranteil in Sachsen ist zu hoch.	23 (28)	35 (33)	29 (24)	13 (15)

Abbildung 2.3: Zustimmungswerte zu Aussagen zum Zusammenleben von Deutschen und Migranten; (Siehe: SMS, 2008, S. 159)

lichen halten den Ausländeranteil in Sachsen für zu hoch (...). Besonders häufig vertreten dabei Berufsschüler, werktätige Jugendliche und jugendliche mit rechtspolitischer Ausrichtung ausländerablehnende Standpunkte. Der Anteil derer steigt, die der Meinung sind, die deutsche Gesellschaft solle gegenüber Ausländern aufgeschlossener sein (26%, 22% 2005) und der Staat solle mehr für die Integration von Ausländern tun (22%, 19% 2005). Dennoch, auch wenn sich die Zahlen hier leicht verbessert haben, sind sie erschreckend genug.¹⁵¹

Von Rand zur Mitte in Sachsen

Die Ergebnisse der Studie „Vom Rand zur Mitte“ wurden auch unter dem Gesichtspunkt der Verteilung in und Vergleichbarkeit der Bundesländer ausgewertet. Dabei fällt für Sachsen auf, dass es im Vergleich aller ostdeutschen Bundesländer mittelmäßige Zustimmungswerte aufweist.

4 Randphänomen „Rechtsextremismus“?

All diese Studien zeigen, dass menschenverachtende und demokratiefeindliche Einstellungen, kurz Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen in der gesamten Gesellschaft vorhanden sind. Weder sie noch der damit in enger Verbindung

¹⁵¹ Siehe: Kinder- und Jugendring Sachsen o.J., S. 5.

Tabelle 2.2.2c: Ergebnisse nach Bundesländern (Ost)

	Ost					
	Brandenburg N = 145	Mecklenburg- Vorpommern N = 112	Sachsen N = 296	Sachsen-Anhalt N = 194	Thüringen N = 147	Berlin (Ost) N = 93
Befürwortung Diktatur	2,8	20,5	5,4	4,1	5,4	5,4
Chauvinismus	20,7	30,1	12,5	15,5	12,9	9,7
Ausländerfeindlichkeit	49,7	34,5	24,7	39,7	21,8	9,7
Antisemitismus	1,4	5,3	2,7	2,6	10,9	4,3
Sozialdarwinismus	2,1	13,3	1,7	6,2	14,3	5,4
Verharmlosung National- sozialismus	-	4,4	0,3	0,5	4,8	6,5

Bevölkerung ab 14 Jahre (N = 4832)

Abbildung 2.4: Zustimmungswerte in %; (Siehe: FES, 2006, S. 46)

stehende Neonazismus können also als „extreme Randphänomene“ verstanden werden. Durch Befunde wie der Leipziger Studie vom „Rand zur Mitte“ wird der Begriff „Rechtsextremismus“¹⁵² selbst zum Problem. Die Autoren Decker/Brähler beschreiben das Problem folgendermaßen: „Rechtsextreme Einstellungen sind durch alle gesellschaftlichen Gruppen und in allen Bundesländern gleichermaßen hoch vertreten. Wir haben festgestellt, dass der Begriff ‚Rechtsextremismus‘ irreführend ist, weil er das Problem als ein Randphänomen beschreibt. Rechtsextremismus ist aber ein politisches Problem in der Mitte der Gesellschaft. Das kann nicht ausdrücklich genug betont werden. Der Begriff des Rechtsextremismus ist für die politische Analyse offensichtlich zu ungenau. Dies zeigt sich sehr deutlich in den Zustimmungswerten zu einzelnen Aussagen, bei denen teilweise über 40% der Befragten zustimmen konnten. Aber auch auf den Skalen und bei einer Beschränkung auf geschlossene Weltbilder werden sehr hohe Werte erreicht.“¹⁵³

Diese Einsicht muss sich auch im Handeln gegen Neonazismus und dementsprechende Einzeleinstellungen niederschlagen, Phänomene wie Alltagsrassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus u.a., die in der gesamten Gesellschaft zu finden sind, gehören offen thematisiert und bekämpft. Nur so entzieht man auch dem organisierten Neonazismus die Basis.

¹⁵² Siehe: Teil I - Neonazismus und Ungleichwertigkeit.

¹⁵³ Siehe: Decker/Brähler 2006, S. 157f.

Und Leipzig?

Zwar existiert derzeit keine repräsentative Studie über die Einstellungen der Leipziger Bevölkerung. Trotzdem ist anzunehmen, dass die Stadt weder im bundesdeutschen noch im sächsischen Vergleich eine Sonderrolle spielt. Es ist eher zu vermuten, dass oben beschriebene Ideologien der Ungleichwertigkeit auch in Leipzig weit verbreitet sind. Dass Begriffe und Kampagnen wie „weltoffene Stadt“, „ToLEranz“, „Leipziger Freiheit“ oder „Leipzig – Ort der Vielfalt“ derzeit keine Zustandbeschreibung sein können, sondern nur eine Zielstellung, zeigt die Realität. Wilhelm Heitmeyer betonte 2006: „Die humane Qualität einer Gesellschaft erkennt man nicht an Ethikdebatten in Feuilletons meinungsbildender Printmedien oder in Talkshows, sondern am Umgang mit schwachen Gruppen.“¹⁵⁴

Die Zahlen und Erfahrungen der Leipziger Opferberatungen RAA e.V. und ADB e.V. mit Alltagsrassismus und anderen Formen von Diskriminierung und Gewalt bestimmter Bevölkerungsgruppen durch Neonazis, „Normalbevölkerung“, staatliche und private Einrichtungen und Unternehmen sprechen hier eine eigene Sprache.¹⁵⁵

¹⁵⁴ Siehe: Heitmeyer 2006, S. 2.

¹⁵⁵ Siehe hierzu: Teil I – Übergriffe und andere Vorfälle vor dem Hintergrund Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die Übergriffszahlen, Fälle von Diskriminierung und Bedrohung bewegen sich auch in Leipzig auf konstant hohem Niveau.

Antidiskriminierungsbüro e.V.:

Rassistische Alltagsdiskriminierung und andere Formen von Diskriminierung in Leipzig

Situationsanalyse und Handlungsempfehlungen

Erstellt vom Antidiskriminierungsbüro e.V.
im Auftrag für das Handlungskonzept „Vielfalt im Blick“
April 2009

Die vorliegende Untersuchung befasst sich im Auftrag der RAA Leipzig e.V. im Rahmen des Projekts „Vielfalt im Blick - ViB“ – ein Handlungskonzept zur Stärkung der demokratischen Kultur in Leipzig mit der Frage, welche Rolle Alltagsrassismus und Alltagsdiskriminierung in Leipzig spielen und in welcher Weise Diskriminierung durch kommunales Handeln verhindert und beseitigt werden kann.

1 Diskriminierungsbegriff

1.1 Diskriminierung als Alltagserfahrung

Rassismus wird in unserer Gesellschaft meist im Zusammenhang mit gewalttätigen Übergriffen oder völkisch rassistischer Hetze gegen so genannte „Ausländer“ thematisiert. Die Schuldigen sind dann schnell ausgemacht: so genannte „Rechtsextreme“: unorganisierte oder in Kameradschaften oder NPD organisierte Nazis. Weit weniger Thema ist, wie weit verbreitet jene Haltungen sind, die in ihrer Gesamtheit ein nazistisches Weltbild formen. Dazu gehören neben rassistischen und antisemitischen Orientierungen auch heterosexistische, sozialdarwinistische und autoritäre Einstellungen. Dabei bilden diese Anschauungen den Nährboden für Übergriffe und Gewalt, aber auch für alltägliche Diskriminierungen von jenen Menschen, die der vermeintlichen Norm eines anständigen deutschen Bürgers nicht entsprechen. Dazu gehören z.B. MigrantInnen, Schwarze Deutsche, Menschen jüdischen oder muslimischen Glaubens, Schwule, behinderte oder obdachlose Menschen. Für die Betroffenen bedeutet dies eine Einschränkung an Lebensqualität und Entwicklungsmöglichkeiten, die sie oft alltäglich wahrnehmen. Viele Diskriminierungserfahrungen werden weniger in Extremsituationen zum Beispiel in der Konfrontation mit organisierten Nazis – gemacht, sondern passieren dort, wo Menschen ihren Alltag leben: bei der Arbeit oder der Suche danach, beim Einkaufen, bei der Wohnungssuche, auf Behörden und Ämtern, beim Discobesuch oder in der Schule.

1.2 Diskriminierungsformen und Diskriminierungsmerkmale

Diskriminierend sind alle Äußerungen, Handlungen oder Unterlassungen, die Menschen aufgrund bestimmter Merkmale benachteiligen, herabwürdigen, belästigen oder bedrohen.

Zunächst kann zwischen verschiedenen Diskriminierungsformen unterschieden werden, es geht dabei um das „Wie“ der Diskriminierung. Das kann eine benachteiligende Behandlung einer kopftuchtragenden Frau bei der Arbeitssuche sein oder die Praxis in einer Behörde, ausländischen Antragstellern Termine grundsätzlich erst nach längerer Wartezeit zu erteilen. Auch würdeverletzende rassistische Beschimpfungen oder Mobbing aufgrund der sexuellen Orientierung fallen unter den Diskriminierungsbegriff.

Entsprechend können Benachteiligungen oder Herabwürdigungen für die Betroffenen ganz unterschiedlich Gestalt annehmen. Diskriminierung kann zum Aus-

Wo wurden Sie diskriminiert?

- Arbeit (z.B. Arbeitsmarkt, Arbeitsplatz, Arbeitsvermittlung)
- Behörden und Ämter (z.B. Arbeitsagentur, ARGE, Ausländerbehörde, Sozialamt, Jugendamt)
- Polizei / Justiz (z.B. Polizei, Bundesgrenzschutz, Rechtssprechung)
- Bildungsbereich (z.B. Schule, Ausbildung, Universität)
- Gesundheitsversorgung
 - Krankenversicherung
 - Arztpraxen, Krankenhäuser, Apotheken, ...
- Soziale Dienste (z.B. Kinderbetreuung, Altenhilfe, SchuldnerInnenberatung, Familienberatung)
- Wohnungsmarkt (z.B. Wohnungssuche, Mietverhältnis)
- Güter und Dienstleistung
 - Einzelhandel (z.B. Supermarkt, Geschäft, Kaufhaus)
 - Finanzdienstleistungen (z.B. Banken, Versicherungen)
 - andere Dienstleistungen (z.B. Werkstätten, Mobilfunkanbieter, Post)
 - Gastronomie, Unterhaltungs- und Kultureinrichtungen, Sport, Tourismusgewerbe (z.B. Restaurant, Disko, Theater, Hotel)
 - Öffentliche Verkehrsmittel (z.B. Bahn, Bus, Taxi)
- sozialer Nahbereich/ persönliche Beziehungen (z.B. Lebenspartner, Familie, Nachbarschaft, auf der Straße, im Verein)
- Medien (z.B. Zeitung, Fernsehen, Radio, Internet)
- Sonstige

Abbildung 3.5: Quelle: Diskriminierung melden! Formular zur Meldung und Erfassung von Diskriminierungsfällen, ADB Sachsen

schluss von materiellen Ressourcen führen, wenn Menschen etwa auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt werden. Die fehlende Anerkennung von Hoch- und Berufsabschlüssen führt zum Beispiel dazu, dass MigrantInnen deutlich schlechter einen Arbeitsplatz finden, häufig im Niedriglohnsektor beschäftigt sind und in der Arbeitslosenstatistik als ungelernte Arbeitskräfte geführt werden, weil ihre einst erworbenen Berufs- und Hochschulabschlüsse nichts mehr wert sind.

Diskriminierung kann sich auch im Ausschluss von politischer oder gesellschaftlicher Teilhabe äußern, z.B. beim Wahlrecht. Oder wenn Menschen mit einer Behinderung nicht an bestimmten Veranstaltungen teilnehmen können, weil diese nicht barrierefrei sind.

Schließlich kann Diskriminierung auch die Verweigerung der Anerkennung als Mensch mit individuellen Besonderheiten und Lebensweisen bedeuten, z.B. durch Beleidigungen oder würdeverletzende Witze gegenüber Lesben und Schwulen. Auch körperliche Gewalt, die „Spitze des Eisbergs“, fällt unter den Diskriminierungsbegriff.

Typisch für Diskriminierung ist, dass die Betroffenen diese Handlungen als Herabwürdigung empfinden, weil sie an einem wesentlichen Merkmal ihrer Identität anknüpfen, z.B. am Geschlecht, der Hautfarbe, Sprache oder Herkunft, der sexuellen Orientierung oder einer Behinderung. Hier geht es um die Frage, wer aufgrund bestimmter Diskriminierungsmerkmale betroffen ist.

Um welche Diskriminierung handelt es sich?
(Mehrfachnennungen sind möglich)

- Belästigung, mangelnder Respekt, Überschreitung persönlicher Grenzen (z.B. Taschenkontrolle, Duzen, übergriffige Fragen, Kommentare, Scherze)
- Sexuelle Belästigung
- Beleidigung
- Verleumdung
- Mobbing
- Hürden beim Zugang/ der Teilhabe (z.B. fehlende Barrierefreiheit, Kinderbetreuung, Mehrsprachigkeit)
- Ungleichbehandlung beim Zugang/ der Teilhabe in einem der oben genannten Bereiche (z.B. geringeres Gehalt, schlechtere Konditionen, längere Wartezeit, mangelhafte Informationsgabe)
- Verweigerung des Zugangs/ der Teilhabe in einem der oben genannten Bereiche (z.B. kein Verkauf, abgelehnte Bewerbung/ Antrag)
- Ungleichbehandlung/ Verweigerung aufgrund einer diskriminierenden gesetzlichen Regelung
- Bedrohung/ Erpressung
- Gewalt gegen Sachen
- Gewalt gegen Menschen
- Sonstiges

Abbildung 3.6: Quelle: Diskriminierung melden! Formular zur Meldung und Erfassung von Diskriminierungsfällen, ADB Sachsen

Was denken Sie, warum Sie diskriminiert wurden? (Mehrfachnennungen sind möglich)

- Aufenthaltsstatus
- (ethnische) Herkunft
- Lebensalter
- Äußere Erscheinung (z.B. Hautfarbe, Aussehen, Kleidung)
- Sprache
- Religion/ Weltanschauung
- Geschlecht
- Kind(er)/ Kinderwunsch/ Schwangerschaft
- schwule, lesbische, bisexuelle oder transgender Identität
- Behinderung (einschließlich chronische Krankheiten)
- sozialer Status (z.B. Einkommen, ALG II)
- wegen eines anderen Merkmals
- persönlicher Kontakt zu einer Person, die eines der oben genannten Diskriminierungsmerkmale betrifft (z.B. Verwandtschaft oder Partnerschaft) Bitte kreuzen Sie dieses Merkmal zusätzlich an.

Quelle: Diskriminierung melden! Formular zur Meldung und Erfassung von Diskriminierungsfällen, ADB Sachsen

Abbildung 3.7: Quelle: Diskriminierung melden! Formular zur Meldung und Erfassung von Diskriminierungsfällen, ADB Sachsen

1.3 Diskriminierung muss nicht so gemeint sein

Die Motivationen für Diskriminierung sind nicht immer gleich. Es gibt Fälle absichtlicher und offensichtlicher Diskriminierung: wenn Menschen mit schwarzer Hautfarbe beleidigt werden, wenn es zu gewalttätigen Übergriffen gegen Obdachlose kommt, wenn die Wohnungsgenossenschaft lieber nicht an AusländerInnen vermietet, um Ärger mit den Nachbarn zu vermeiden. Viel öfter jedoch finden Benachteiligungen unbewusst statt: Witze über Behinderte oder Frauen werden „ohne böse Absicht“ erzählt, abwertende Bezeichnungen wie „voll schwul“ sind „doch nicht böse gemeint“ und die Frage an die neue Mitschülerin „Und wann fährst du nach Afrika zurück?“ wird „nur aus Neugier“ gestellt.

„Diskriminierung? Das gibt es bei uns nicht!“

Doch es löst oft Unbehagen aus, wenn Verhaltensweisen oder Äußerungen als „Diskriminierung“ bezeichnet werden. Im Kontext der nationalsozialistischen Vergangenheit werden Begriffe wie Rassismus und Diskriminierung als beleidigender Vorwurf aufgefasst und deshalb meist reflexhaft abgewehrt. „Wollen Sie uns etwa Rassismus unterstellen?“ lautet eine der Standardantworten auf Beschwerdebriefe. Auch wird Diskriminierung oft auf „absichtliche“ Diskriminierung und damit auf individuelle Schuldfragen beschränkt. „Benachteiligung“, „Ausgrenzung“ oder „Ungleichbehandlung“ sind weniger aggressiv klingende Begriffe, mit denen Missstände und diskriminierende Erfahrungen benannt werden können. Wichtig ist zunächst, sich klar zu machen: Diskriminierung kommt vor, hier und heute und sie betrifft uns alle.

Sowohl die Nichthematisierung von Diskriminierung, als auch die Beschränkung auf absichtliches Verhalten verhindern eine rationale, nüchterne und professionelle Auseinandersetzung mit benachteiligenden Realitäten. Rassismus und Diskriminierung beim Namen zu nennen, ist der erste Schritt zu deren Beseitigung.

Zum Beispiel der Leipziger Postkartenskandal¹⁵⁶

Der Leipziger Verein Projekt Verein e.V., Trägerverein des Conne Island, wurde im Rahmen des Leipziger Lokalen Aktionsplans (LAP) mit dem Projekt »Leipzig-Aufsehen!« gefördert. Die Öffentlichkeitskampagne bestand unter anderem aus einer Postkartenserie und einer Internetseite mit fünf Motiven mit Beispielen für die Alltäglichkeit von Rassismus, Antisemitismus und anderen rechten Einstellungen. Eine Postkarte thematisierte die dominante Markt- und meinungsprägende Stellung der Leipziger Volkszeitung insbesondere vor dem Hintergrund deren oft kritisierten

¹⁵⁶ Quelle: Interview mit S. Kirschner, Geschäftsführer Conne Island; Homepage der AG Soziokultur Leipzig, www.soziokultur-leipzig.de/start/alle-nachrichten/vom/datum/2009/02/08/zensur-fuer-postkartenaktion-des-conne-island

Berichterstattung über MigrantInnen. Daraufhin wurde der Verein von der für den LAP zuständigen Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention der Stadt Leipzig aufgefordert, »jegliche Verteilung weiterer Postkarten zu unterbinden und darüber hinaus zu veranlassen, dass die bereits verteilten Postkarten zurückgerufen werden.« sowie »unverzüglich« die Projektseiten aus dem Netz zu nehmen. Auf Nachfrage bei der Fachstelle wurde mitgeteilt, dass sich der Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung beim fördernden Bundesministerium und bei der Stadt Leipzig über ein Postkartenmotiv beschwert hatte. Ähnlich äußerte sich der Chef des Jugendamts in einem Gespräch mit dem ProjektVerein: Weil die LVZ wichtigster Medienpartner des LAP sei und dieses gute Verhältnis nicht gestört werden soll, solle der Verein den Teil eines Projekts, der die LVZ betrifft, zurückziehen.

1.4 Rassismus und Diskriminierung sind kein individuelles Problem: Diskriminierungsebenen

Diskriminierung äußert sich nicht nur mittels verschiedener Formen, sie findet auch auf verschiedenen miteinander verknüpften Diskriminierungsebenen statt. Jede diskriminierende Handlung ist eingebettet in gesellschaftliche Rahmenbedingungen, Rollenvorstellungen und Normalitätsdiskurse. Bei der Kategorisierung und Identifizierung derjenigen, die als normabweichend / als „Andere“ / als „Fremde“ ausgemacht und behandelt werden, spielen soziale Alltagspraxen und auch institutionelle Ausschlüsse, z.B. durch Gesetze und Behördenhandeln eine entscheidende Rolle.

So ist der beleidigende Ruf „Igitt, zwei Schwule!“ Ausdruck der immer noch weit verbreiteten Ansicht, Schwulsein sei nicht normal, Schwule seien sexuell überaktiv und Schwulsein und HIV gehörten zusammen. Auf der Ebene individueller Diskriminierung drückt sich das in Blicken, Sprüchen oder Übergriffen aus. Auf der strukturellen Ebene äußert sich das zum Beispiel in der immer noch gängigen Praxis, beim Blutspenden schwule Männer auszuschließen, statt alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung nach der Häufigkeit des PartnerInnenwechsels zu beurteilen. Dass gleichgeschlechtliche LebenspartnerInnen mittlerweile zwar die gleichen Pflichten, aber immer noch nicht die gleichen Rechte wie heterosexuelle Paare haben, besiegelt deren „Abweichung“ von der Norm schließlich auch auf gesetzlicher Ebene.

Die Komplexität von Diskriminierungsstrukturen erklärt sich gerade dadurch, dass Diskriminierung auf verschiedenen, miteinander verknüpften Ebenen stattfindet. Die Untersuchungen des Antidiskriminierungsbüro Leipzig haben gezeigt, dass z.B. rassistische Diskriminierung in verschiedenen Dimensionen auftritt. So werden MigrantInnen in abgelegenen Heimen untergebracht oder kommen in sozial schwachen Vierteln unter, in anderen Wohnvierteln dagegen wird ihnen ein Mietvertrag oft verweigert. In der öffentlichen Wahrnehmung wiederum gilt das als selbstgewählte

bzw. selbstverschuldete Ghettoisierung.

1. Als individuell diskriminierendes Verhalten:

Diskriminierung auf der individuellen Ebene bezeichnet persönliche Einstellungen und Vorurteile die zu diskriminierenden Äußerungen bzw. Handlungen von Einzelpersonen führen. Individuelle Formen von Ausgrenzung sind allerdings nicht isoliert zu betrachten von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen sie passieren. Diskriminierung braucht Gelegenheiten, also ein Umfeld, das Diskriminierung ermöglicht, duldet oder ungenügend sanktioniert.

Zum Beispiel beim Einkaufen: „Du bist doch einer von denen...“

Herr A., der wohnt seit 1998 in Leipzig, suchte eine Filiale eines bekannten Schuhgeschäfts in der Leipziger Innenstadt auf, um Schuhe zu kaufen. Die Nachfrage des im Verkaufsraum anwesenden Filialleiters, ob er Hilfe bräuchte, lehnte er dankend ab. Der Filialleiter wies ihm daraufhin nicht mehr von der Seite. Herr A. machte nochmals höflich deutlich, dass er sich bei Fragen an den Filialleiter wenden werde. Dieser entgegnete daraufhin, dass er sehr wohl da bliebe. Herr A. sieht sich verschiedene Schuhe an. Dabei bemerkt er, dass der Filialleiter ihn beobachtet. Der Filialleiter fordert ihn schließlich unvermittelt auf, das Geschäft zu verlassen. Auf Nachfrage von Herrn A. was er denn falsch gemacht habe, schimpft er laut: „Du bist doch einer von denen und wenn Sie etwas kaufen, dann nicht auf diese Art.“ Herr A. hat algerischen Migrationshintergrund und dunkle Haut- und Haarfarbe. Auf Nachfrage, wie er das denn meine, droht der Filialleiter nur noch mit der Polizei. Herr A. verließ das Geschäft und kehrte mit dem Bedürfnis nach Klärung, später zurück. Der Filialleiter wiederholte, er solle den Laden verlassen, sonst rufe er die Polizei. Über dies erteilte er Herrn A. vorsorglich Hausverbot. Er fragte Herrn A. auch, wie er heiße, obwohl er ihm die Nennung des eigenen Namens lächelnd verweigerte. Bei den herabwürdigenden Äußerungen waren jeweils andere KundInnen im Geschäft anwesend. Herr A. fühlte sich zutiefst deprimiert und erniedrigt.

2. Als institutionelle Diskriminierung:

Benachteiligungen können auch die Folge von gesetzlichen oder administrativen Regelungen oder von Praktiken und Routinen in Behörden und Institutionen sein, durch die bestimmte Gruppen bei Zugang und Inanspruchnahme von gesellschaftlichen Ressourcen benachteiligt und andere bevorzugt werden. In diesem Fall sprechen wir von institutionellen Diskriminierungen. Die Benachteiligung ist eingelassen in die gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen und in deren organisatorische Abläufe, z.B. in die Regelungen des Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisrechts oder in das selektive, statt inklusive Schulsystem. Hier sind diskriminierende Praxen in den normalen Strukturen angelegt: in formalen Rechten, in eingeschliffenen Gewohnheiten oder etablierten Wertvorstellungen. Oft wird diese Ebene deshalb auch

als strukturelle Ebene bezeichnet. Anders als bei der individuellen Diskriminierung muss die Benachteiligung nicht auf der diskriminierenden Absicht oder Unsensibilität einer Einzelperson beruhen. Der/die SachbearbeiterIn, der/die eine Vorschrift des Aufenthaltsgesetzes oder des Asylverfahrensgesetzes anwendet, wird oft nicht persönlich für deren Anwendung verantwortlich zu machen sein, es sei denn, er oder sie hat einen Handlungsspielraum diskriminierend ausgelegt.

Zum Beispiel Residenzpflicht statt Bewegungsfreiheit

Als Residenzpflicht bezeichnet man die Verpflichtung von Asylsuchenden und Geduldeten, ihren Wohnsitz in der Stadt bzw. dem Landkreis oder dem Bundesland, zu nehmen, in dem die für sie zuständige Ausländerbehörde ist. Flüchtlinge, im laufenden Asylverfahren, dürfen nach § 56 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) den Landkreis, in dem sie leben müssen, nicht verlassen. Flüchtlinge mit Duldung sind § 61 Aufenthaltsgesetz in ihrer Bewegungsfreiheit auf das Bundesland beschränkt, in dem sie leben müssen. Die zuständige Ausländerbehörde kann nach §§ 57 und 58 AsylVfG Sondererlaubnisse erteilen. Flüchtlinge erhalten auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung für Termine bei RechtsanwältInnen, Gerichten, ÄrztInnen und Beratungsstellen. Zudem können auf Antrag Ausnahmegenehmigungen für Besuche bei Familienmitgliedern, FreundInnen, Kirchengemeinden, kulturellen Veranstaltungen u.ä. erteilt werden. Ob, wie oft und für welchen Anlass sie gewährt wird, entscheiden die MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde in freiem Ermessen. In manchen Fällen wird für die Erteilung eine Gebühr verlangt, die von den geringen Sozialleistungen bezahlt werden müssen (AsylbewerberInnen erhalten 40 Euro Taschengeld monatlich und unterliegen faktisch einem Arbeitsverbot). Möglichkeiten, soziale Kontakte zu pflegen, der Einkauf im nächstgelegenen Supermarkt, ein Besuch bei Verwandten oder FreundInnen, ein Ausflug mit dem „Schönen Wochenendticket“ der Bundesbahn oder ein Fußballspiel in der Bezirksliga - alltägliche Tätigkeiten werden so behindert. Was beim ersten Verstoß eine Ordnungswidrigkeit ist, wird beim zweiten Verstoß schon als Straftat gewertet und kann mit Geld- oder Gefängnisstrafe geahndet werden. Bei mehrmaligem Verstoß droht sogar die Abschiebung. Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen vergleichen die Residenzpflicht mit den Passgesetzen des südafrikanischen Apartheidsystems und fordern deren Abschaffung.

3. Als kulturell-diskursive Diskriminierung:

Die kulturell-diskursive Ebene verweist auf die Diskurse, mittels derer tradierte Normvorstellungen in Medien, Politik und Gesellschaft transportiert und reproduziert werden. Im KollegInnenkreis, im Stadtparlament, im Bürgerverein oder in der lokalen Tageszeitung wird der gesellschaftliche Zusammenhalt diskursiv gesichert, es kommt zum Ausdruck, wer „normal“ ist, wer „dazu gehört“ und welche gesellschaftlichen Gruppen über anderen stehen. Gemeint ist das Reden über „Uns“ und die „Anderen“. Schon das Reden von den „Ausländern“ gehört dazu. BewohnerInnen werden nicht als zugewandert oder zugereist wahrgenommen, sondern als nicht dazugehörig, zugespitzt über den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Akzeptiert man die Zugewanderten jedoch nicht als neue BürgerInnen, sondern

als „Ausländer“, stellt sich kein selbstverständlicher Umgang mit ihnen ein. Menschen sind dann keine Individuen mit spezifischen Biografien und Eigenschaften, sondern werden pauschal über ihre Staatsbürgerschaft, bzw. ihr Geburtsland definiert. Migrant/innen werden entsprechend als Problemfälle behandelt, denen mit Vorurteilen und Stereotypisierungen begegnet wird.

So ist das medial (und im Alltag) vermittelte Bild von MigrantInnen eng verbunden mit Kriminalität oder im „gutgemeinten Fall“ mit Exotik. Die Berichterstattung über MigrantInnen und Schwarze Deutsche wird bundesweit kritisiert¹⁵⁷: selektives Zeigen, Zuschreibungen, Ausblenden oder die Homogenisierung unterschiedlicher Lebensrealitäten von MigrantInnen führen zu einer hochgradig verzerrten Wahrnehmung bei den RezipientInnen. Schwarze Menschen finden sich in der Lokalpresse eher als buntes „Afrika-Spektakel“ (LVZ vom 20.01.2009) auf der Titelseite wieder, denn als Interviewpartner/in im Lokal- oder gar im Wirtschaftsteil. Ein anderes Beispiel ist die stereotypisierende Berichterstattung über kriminelle „Ausländer“ in der lokalen Presse. Regelmäßig wird bei der Berichterstattung über Kriminalitätsfälle nur dann die ethnische Herkunft von Tatverdächtigen erwähnt, wenn es sich nicht um (weiße) Deutsche handelt, deren Vorfahren schon seit mehreren Generationen als StaatsbürgerInnen anerkannt sind.

Diskriminierung auf dieser Ebene bedeutet auch die mangelnde Repräsentation von gesellschaftlicher Vielfalt in der Öffentlichkeit. Die Darstellung migrantischen Lebens als normaler Teil städtischen Lebens ist nicht nur in lokalen Medien, Unterrichtsmaterialien und Kinderbüchern Mangelware. Auch in politischen Ämtern, in der Verwaltung und in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Leipzig sind Menschen mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert.

Beispiel: „Disko-Krieg. Debatte um kriminelle Ausländer“ (LVZ, 20.10.07)¹⁵⁸

Ende November 2007 wandte sich das Antidiskriminierungsbüro zusammen mit der Opferberatung Leipzig der RAA und AMAL Wurzen mit einer Stellungnahme an die Leipziger Volkszeitung. Kritisiert wurde darin die rassistische Berichterstattung in einer Reihe von Artikeln, die Auseinandersetzungen im Umfeld Leipziger Diskotheken thematisierten. Zugleich legte das ADB Beschwerde beim Deutschen Presserat wegen einer Verletzung der Vorgaben des Pressekodex, speziell der Antidiskriminierungsrichtlinie, ein. Hauptkritikpunkte des ADB waren:

1) Die genannten Artikel legen ein starkes Gewicht auf die Herkunft der Akteure und verallgemeinern die Konfliktparteien als „Deutsche“ und „Ausländer“. Diese Form der Darstellung trägt nicht zu einem Verständnis der Ereignisse bei, sondern bedient (und schürt) lediglich rassistische Ressentiments.

2) In einigen Formulierungen werden Zuwanderer explizit aus der Leipziger Bevölkerung ausgeschlossen. So war beispielsweise im Artikel „Erneut Schlägerei in Disco-Szene“ vom 18.10.07

¹⁵⁷ vgl. Der Braune Mob – mediawatch; Institut für Medienverantwortung; DISS

¹⁵⁸ Vgl. Newsletter ADB 2/2008 „Beschwerde beim Presserat“; download: http://www.adb-sachsen.de/adb_newsletter.html

lesen, dass es sei zu einer „Schlägerei zwischen Deutschen und Ausländern [gekommen]“. Dabei seien drei Leipziger verletzt worden.“ Wer keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, kann demnach scheinbar auch kein Leipziger sein. So werden Anschauungen verfestigt, die die Realität von Einwanderung und dauerhaftem Leben von Zuwanderern in der Bundesrepublik nicht zur Kenntnis nehmen wollen und der Meinung sind, dass diese hier nichts zu suchen haben.

3) Durch die Verknüpfung von Gewalt und Kriminalität mit einer anderen Herkunft und dramatisierende Bezeichnungen wie „Disco-Krieg“ wird suggeriert, dass von MigrantInnen eine besondere Gefährdung ausgehe. Diese Form der Berichterstattung ist diskriminierend und bestärkt Vorstellungen, dass Ausländer Kriminalität und Gewalt in „unsere“ deutschen Städte bringen. Bestätigt wird dies unter anderem durch ZeitungsleserInnen, die sich am Lesertelefon oder im Internetforum zu Wort meldeten und forderten: um Kriminalität, Gewalt und Drogen loszuwerden, müssten „die“ Ausländer ausgewiesen werden. Die Folgen dieser Reproduktion rassistischer Klischees in der Bevölkerung tragen MigrantInnen, deren Situation sich verschärft, etwa wenn sie an der Diskotür als potentielle „Problemmacher“ abgewiesen werden.

In Reaktion auf die Beschwerde forderte der Deutsche Presserat die Leipziger Volkszeitung zu einer Stellungnahme auf und wies die Beschwerde mit Brief vom 1. April 2008 schließlich als unbegründet ab: „Über gewalttätige Auseinandersetzungen, die sich zurzeit in aller Öffentlichkeit abspielen und auch für nicht beteiligte eine Gefahr darstellen, muss eine Zeitung auch unter Nennung der Konfliktparteien berichten können.“ Zumal die „Nationalitäten eine Besonderheit des Konfliktes ausmachen“ würden. Das Antidiskriminierungsbüro bedauert diese Reaktion und kann sie inhaltlich nicht nachvollziehen. Die ethnisierenden Darstellungen, die auch die aktuelle Berichterstattung um Auseinandersetzungen zwischen Discobesuchern prägen („Der junge Ausländer habe stark geblutet und sei dann plötzlich zu Boden gesackt“, LVZ vom 11.11.08; „Noch in der Diskothek wurde der Türke von Einsatzkräften der Polizei festgenommen“, LVZ vom 03.03.2009) bleiben für uns unbegründet und gefährlich.

Die Verknüpfung von Kriminalität mit nicht-deutscher Herkunft ist durch ein allgemeines Informationsbedürfnis allein nicht gerechtfertigt, weil es existierende rassistische Vorstellungen und Ausgrenzungen bestätigt und fördert. Dies bestätigen die geschilderten Reaktionen innerhalb der Leipziger Mehrheitsbevölkerung wie auch die Ergebnisse wissenschaftlicher Medienanalysen. Eine kritische Auseinandersetzung von JournalistInnen mit stereotypen Bildern von MigrantInnen und ihrer diskursiven Verantwortung ist unerlässlich und wird von uns auch in Zukunft eingefordert werden.

2 Die Arbeitsfelder des Antidiskriminierungsbüro

Das Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V. (ADB) arbeitet seit 2005 als zentrale Anlaufstelle im Freistaat Sachsen für alle Fragen zu Diskriminierung aufgrund von ethnischer Herkunft/rassistischer Zuschreibungen, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter, Geschlecht und sexueller Orientierung. Wir verfolgen damit den horizontalen Ansatz, der auch den Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union und dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) zugrunde liegt. Das Antidiskriminierungsbüro ist in den Neuen Bundesländern die einzige Anlaufstelle für alle genannten Diskriminierungstatbestände. Wir wollen damit ein Signal setzen, dass Diskriminierung als solche wahr- und ernst genommen wird und nicht nur ein Problem gesellschaftlicher Minderheiten ist.

Unsere Arbeit umfasst drei wesentliche Tätigkeitsfelder: Einzelfallberatung, Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit und politische Lobby- und Netzwerkarbeit.

Die Beratung ist kostenfrei, sofern sich keine rechtlichen Schritte daraus ableiten. Von Diskriminierung Betroffene erhalten bei uns eine professionelle Beratung in vertraulicher und unterstützender Atmosphäre. Sie werden einerseits über ihre Rechte informiert und erhalten gleichzeitig emotionale Unterstützung. Im Gespräch werden Anliegen und Ziele herausgearbeitet und gemeinsame, tragfähige Interventionsstrategien entwickelt. Wichtig sind hierbei eine wertschätzende und für Diskriminierungserfahrungen sensible Grundhaltung sowie das beraterische Anliegen die KlientInnen zu stärken. Die konkrete Einzelfallarbeit wird dokumentiert und zusammen mit (Online-)Meldungen von Diskriminierung gesammelt. Durch diese Daten können besondere Problembereiche identifiziert und in unserer politischen und Öffentlichkeitsarbeit thematisiert werden.

Das ADB veranstaltet Weiterbildungen in Form von Seminaren, Vorträgen und Workshops zu diskriminierungsrelevanten Themen und zum AGG durch. Potenziell Diskriminierende und MultiplikatorInnen der Antidiskriminierungsarbeit sollen in Hinblick auf Diskriminierung sensibilisiert und informiert werden, um präventiv gegen Diskriminierung vorzugehen. Hier hat es sich als erfolgreich erwiesen, rechtliche Fragen zu Diskriminierung mit politischer Bildung, also zu Antidiskriminierungskultur in Alltagsstrukturen und zu demokratischen Werten, zu verknüpfen.

Das Antidiskriminierungsbüro will Antidiskriminierungsarbeit auf eine breite Basis stellen: Antidiskriminierung muss zur gesellschaftlichen Querschnittsaufgabe werden! Wir versuchen deshalb bei unserer Informationsarbeit immer eine breite Öffentlichkeit anzusprechen. Vor diesem Hintergrund organisieren wir Tagungen, Filmreihen und Diskussionsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Antidiskriminierungsinitiativen, nehmen an Podiumsdiskussionen und politischen Anhörungen teil und erarbeiten Gutachten und Stellungnahmen zu rechtlichen und politischen Themen. Wir veröffentlichen Beiträge in lokalen und überregionalen Medien, geben Pressemitteilungen heraus und verfassen Beiträge in Fachzeitschriften.

Wir kooperieren dazu mit lokalen, regionalen und überregionalen Initiativen / Organisationen und Betroffenenverbänden, mit Politik, Verwaltung und Bildungseinrichtungen und wissenschaftlichen Institutionen

Das ADB ist im Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) organisiert und aktiv. Aufgaben des Verbandes sind unter anderem die Entwicklung und von Qualitätsstandards in der Antidiskriminierungsberatung und von gemeinsamen Handlungs- und Interventionstrategien sowie die bundesweite Erfassung und Do-

kumentation von Diskriminierungsfällen. Der advd ist im Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes vertreten.

3 Dokumentation von Diskriminierungsfällen

3.1 Zahlen und Statistik 2006–2008

Die Dokumentation und Analyse von Diskriminierungsfällen ist eine wesentliche Voraussetzung, um Aussagen über die Verbreitung und die Strukturen von Alltagsdiskriminierungen in Leipzig treffen zu können.

2006 hat das ADB deshalb zusammen mit der Opferberatung Leipzig (RAA Leipzig) erstmals ein Bestandsaufnahme rassistischer Diskriminierungen in Leipzig vorgenommen. Zusätzlich zu den Fällen aus der Arbeit der beiden Organisationen wurden mehr als ein dutzend Vereine und Organisationen aus Leipzig und Umgebung um ihre Unterstützung gebeten.

Im Rahmen des Projektes wurden für das Jahr 2006 insgesamt 95 Fälle rassistischer Diskriminierung in Leipzig erfasst. Betroffen waren Männer und Frauen aller Altersstufen, mit und ohne deutschen Pass. Deutlich wurde, dass Diskriminierungen in ganz verschiedenen Formen (Belästigungen, Beleidigungen, unangemessene Behandlungen, verweigerte Dienstleistungen, abgelehnte Verwaltungsakte etc.) in allen Lebensbereichen vorkommen und Teil der alltäglichen Erfahrungswelt der Betroffenen sind. Eine detaillierte Darstellung der Ergebnisse findet sich in der Publikation „Was tun gegen Rassismus ?!“ (ADB 2006)¹⁵⁹.

Für die Folgejahre stehen keine Erhebungen zur Verfügung, die bezüglich ihres Umfangs und der Breite der beteiligten Organisationen mit diesem Projekt vergleichbar sind. Die statistischen Angaben für 2007 und 2008 beschränken sich auf die Beratungsarbeit des ADBs. In dieser Zeit wurden insgesamt 122 Diskriminierungsfälle bearbeitet. Diese Zahl beinhaltet sämtliche Fälle, in denen das ADB um Unterstützung gebeten wurde und aktiv geworden ist.

In Tabelle 3.13 sind die Beratungsfälle nach den wesentlichen Diskriminierungsmerkmalen aufgeschlüsselt. In etwa der Hälfte der erfassten Fälle (63) spielten rassistische Zuschreibungen (z.B. Hautfarbe) bzw. die Herkunft eine Rolle, gefolgt von Ungleichbehandlungen aufgrund einer Behinderung (35). Aber auch das Geschlecht, die sexuelle Orientierung, Religion, Lebensalter und sozialer Status sind Anlass für Ungleichbehandlungen.

Tabelle 3.14 schlüsselt die Beratungsfälle nach den Lebensbereichen auf, in

¹⁵⁹ <http://www.adb-sachsen.de/media/documents/1182946347.pdf>

Tabelle 3.13: Diskriminierungsmerkmale

Diskriminierungsmerkmal (Mehrfachnennungen möglich)	Anzahl der Fälle (2007)	Anzahl der Fälle (2008)
rassistische Zuschreibung / Herkunft	25	38
Behinderung	17	18
Geschlecht	8	7
sexuelle Identität	6	4
Religion / Weltanschauung	5	6
Lebensalter	3	4
sozialer Status	1	3
sonstiges	1	-
Gesamtzahl der genannten Diskriminierungsmerkmale (einschliesslich Mehrfachnennung)	66	73
Gesamtzahl der Fälle (ohne Mehrfachnennung)	58	64

denen die Diskriminierungen auftraten. Neben dem Feld der Arbeit, das eine zentrale Rolle für die Entfaltung der Persönlichkeit und die Verwirklichung von Lebenschancen hat, sind es vor allem staatliche Einrichtungen sowie Polizei und Justiz, für die Diskriminierungen gemeldet wurden. Dies zeigt einerseits einen hohen Handlungsbedarf auf, deutet gleichzeitig aber auch darauf hin, dass staatliche Akteure eine große Gestaltungsmacht besitzen und ihnen aus Sicht der Betroffenen auch eine besondere Verantwortung zukommt. Dagegen ist für den Bereich Güter und Dienstleistungen, also in der Privatwirtschaft, die Ansicht nach wie vor weit verbreitet, dass GeschäftsinhaberInnen einen sehr weitgehenden Gestaltungsspielraum besitzen, der diskriminierende Praxen erlauben würde. Diskriminierungsverbote, die im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz geregelt sind, sind wenig bekannt. Darüber hinaus ist der Leidensdruck für Betroffene in diesem Bereich weniger stark, da es meist konkurrierende Angebote gibt, die ohne Einschränkung zugänglich sind. So liegt es nahe, einen anderen Anbieter zu wählen, statt sich zu beschweren.

Wie in Teil 1 bereits ausführlich dargestellt wurde, umfasst der Begriff der Diskriminierung verschiedene Formen der Ungleichbehandlung. In der Arbeit des ADBs spielten 2007/08 vor allem Probleme beim Zugang zu und durch den Ausschluss von gesellschaftlichen Ressourcen eine wichtige Rolle. Diese Formen werden in der öffentlichen Diskussion, die sich vorwiegend auf physische Gewalt konzentriert, in der Regel übersehen. Im Alltag von Betroffenen sind es aber gerade diese Alltäglichkeiten, die Weichen stellen und zusammen mit Belästigungen eine

Tabelle 3.14: Lebensbereich, in dem Diskriminierung auftraten

Lebensbereiche(Mehrfachnennungen möglich)	Anzahl der Fälle (2007)	Anzahl der Fälle (2008)
Arbeit (Arbeitsmarkt, Arbeitsplatz, Arbeitsvermittlung etc.)	14	17
staatliche Einrichtungen (Behörden, Verwaltungen)	15	21
Polizei / Justiz	2	10
Güter und Dienstleistungen	9	16
persönliches Nahfeld	3	3
Gesundheit	4	5
Bildung	6	5

Tabelle 3.15: Form der Diskriminierung

Form der Diskriminierung (Mehrfachnennungen möglich)	Anzahl der Fälle (2007)	Anzahl der Fälle (2008)
Ungleichbehandlung bei Zugang/ Teilhabe	18	24
Verweigerung des Zugangs/ der Teilhabe	25	18
Belästigung	4	16
Mobbing	3	5
Beleidigung/ Verleumdung	8	7
sonstiges	4	10

Erfahrungswelt des Anders-Seins bilden. In den Worten einer Klientin: „Es sind die täglichen, kleinen Schläge, die direkt unter die Haut gehen.“

3.2 Zur Repräsentativität der Erfassung

Unsere Zahlen und die im folgenden ausschnitthaft dokumentierten Fälle geben einen Einblick in die Leipziger Wirklichkeit, der begrenzt ist. Dies gilt einerseits für die Häufigkeit von Diskriminierungen generell, andererseits aber auch für die Ausprägungen in spezifischen Lebensbereichen und für konkrete Diskriminierungsmerkmale. Erfasst werden lediglich die Fälle, mit denen Menschen sich an uns wenden. Hierfür ist es notwendig, dass sie von der Existenz des Beratungsangebotes erfahren haben und es für notwendig und hilfreich halten. Im folgenden sind einige Aspekte zusammengetragen, die für den Umgang mit Diskriminierungserfahrungen typisch sind und die Inanspruchnahme einer Beratung beeinflussen:

- Sichtbarkeit und Eindeutigkeit von diskriminierenden SituationenEin wesent-

licher Teil der Diskriminierungen wird von den Betroffenen nicht klar erkannt oder ist nicht eindeutig. Dies ist der Fall, wenn eine Schlechterbehandlung ohne Nennung von Gründen geschieht oder scheinbar plausible Begründungen existieren (z.B. die Rücksendung von Bewerbungsunterlagen mit einer Standardabsage). Das gleiche gilt für Ausschlüsse, die wesentlich durch Strukturen oder institutionelle Regelungen bedingt sind und erst in einem Gesamtblick sichtbar werden. Die Unterrepräsentation von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund in den höheren Gehaltsklassen und Hierarchiestufen in Unternehmen können hier als Beispiele gelten.

- Eigenes kompetentes Eintreten für Gleichbehandlung Viele diskriminierende oder verletzte Situationen werden von den Betroffenen sehr gut allein gemeistert. Sie verfügen über unterstützende soziale Netze und haben effektive Lösungsideen (z.B. Aussprachen, (Dienstaufsichts-)Beschwerden etc.) so dass sie eine Beratung durch das ADB nicht suchen.
- Alltäglichkeit von Diskriminierungen und typische Reaktionen auf ihre Thematisierung Bestimmte Formen der Diskriminierung werden als Teil einer zu akzeptierenden Normalität wahrgenommen. Betroffene sehen keinen Sinn darin, ihre Rechte einzufordern und suchen sich vielmehr indirekte Wege, um den Benachteiligungen zu entgehen. Dies hängt oftmals auch mit typischen Reaktionen auf die Thematisierung einer Diskriminierung zusammen. Die Wahrnehmung der Betroffenen wird in Frage gestellt, es kommt zu Rechtfertigungsversuchen und das Gegenüber fühlt sich persönlich angegriffen. Am Ende sind die Fronten verhärtet und scheinbar ändert sich nichts. Ein Beispiel hierfür sind rassistische Einlasskontrollen in Diskotheken. Obwohl sie relativ weit verbreitet sind und das ADB sie in Form von Testings in der Vergangenheit wiederholt belegt hat, gab es bislang noch keinen Fall, in dem sich ein Betroffener mit der Bitte um Unterstützung an uns gewandt hat. In Nebensätzen wurden derartige Erfahrungen mehrfach benannt, gefolgt von einem resignativen Abwinken und der Rückkehr zum „eigentlichen“ Thema.
- Konsequenzen einer Beschwerde In manchen Fällen stellt sich die Frage nach den Konsequenzen des Widersprechens sehr nachdrücklich. Vor allem im Bereich der Arbeit kann das Einfordern grundsätzlicher Rechte als Angriff oder Nestbeschmutzen (fehl)verstanden werden und, trotz allem rechtlichen Schutz, beispielsweise in Form eines schlechten Rufes nachhaltige Folgen für die weitere berufliche Laufbahn haben.
- Eigene Betroffenheit In den meisten Fällen sind Diskriminierungserfahrungen

mit einer Verletzung der persönlichen Würde und einer Erschütterung der eigenen Weltsicht („Das so etwas heutzutage noch passieren kann!“) verbunden und die Auseinandersetzung benötigt Kraft und Ausdauer. Das Bedürfnis zu vergessen und sich auf Positives zu konzentrieren ist oftmals stark.

4 Exemplarische Fälle aus der Beratung des ADB

Diskriminierungen treten in allen Lebensbereichen auf. Anhand konkreter Beispiele aus der Beratungspraxis soll dies illustriert werden und so verdeutlichen, welche Konsequenzen es haben kann, Schwarz zu sein, eine Behinderung zu haben oder biologisch ein Mann zu sein, aber sich als Frau zu identifizieren.

4.1 Waren- und Dienstleistungsverkehr

Zum Beispiel rassistische Einlasskontrollen in Diskotheken

In einer Reihe Leipziger Diskotheken sind rassistisch motivierte Einlasskontrollen und der Ausschluss von MigrantInnen Teil der Normalität. Viele Betroffene können von verschiedenen derartigen Erfahrungen berichten und eine Liste von Diskotheken geben, in die sie nicht mehr gehen. Das Phänomen selbst ist nicht neu. In den letzten 10 Jahren wurden derartige Kontrollen immer wieder benannt und bekämpft.

2006 und 2008 führte das ADB Testings durch, um Berichte von KlientInnen zu überprüfen und aktiv zu werden. Eine Gruppe bestehend aus migrantischen Testern und MitarbeiterInnen des Antidiskriminierungsbüros besuchte verschiedene Diskotheken in der Innenstadt und prüfte die Reaktionen der Security. In beiden Testings gab es mehrere Diskotheken (2006: 4, 2008: 3), die den Testern den Zutritt verweigerten. Teilweise wurde dies offen mit ethnischen und rassistischen Zuschreibungen begründet („Ihr kommt hier nicht rein. Wir hatten in der Vergangenheit immer wieder Probleme mit solchen wie euch.“), teilweise agierten die Sicherheitsleute subtiler, indem sie Studentenausweise verlangten, eine offene Party zu einer geschlossenen Veranstaltung erklärten oder eine Ablehnung ohne jede Begründung gaben. Um die Glaubwürdigkeit dieser ablehnenden Begründungen bewerten zu können, war entscheidend, ob die mehrheitsdeutschen, weißen BegleiterInnen Zutritt erhielten.

Eine Rechtfertigung für rassistisch ausschließende Praxen gibt es nicht. Sie sind gesetzlich verboten. BetreiberInnen streiten sie entweder ab, begründen sie mit ihren „Erfahrungswerten aus der Vergangenheit“ oder fürchten um das Image ihrer Diskothek „wenn die Mischung zwischen Ausländern und Deutschen“ nicht

stimmt und die „Deutschen“ sich unwohl fühlten. Für die Betroffenen sind diese Kontrollen und Ausgrenzungen im konkreten Fall frustrierend und demütigend. Längerfristig führen sie oftmals dazu, dass bestimmte Diskotheken gemieden werden oder aber Tanzen vollkommen aus dem Abendplan gestrichen wird. Was bleibt ist der Eindruck, nicht dazu zu gehören.

Zum Beispiel Vermietung von Wohnraum

Der Zugang zu gutem und preiswertem Wohnraum ist ein wesentlicher Aspekt von Lebensqualität und Teilhabe. Auch in diesem Bereich kommt es zu Ausgrenzungen und Ungleichbehandlungen. Aus anderen Städten ist bekannt, dass allein die Nennung eines türkischen Namens oder eine telefonische Anfrage in Deutsch mit Akzent zu Absagen führen können. Im Januar 2009 wurde die bundesweit erste Wohnungsmarktklage nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz verhandelt. Ein Vermieter verweigerte einer Schwarzen Familie die Besichtigung einer Wohnung mit der Begründung, dass er „nicht an Afrikaner“ vermiete.

Auch in Leipzig gibt es solche Fälle. Einem türkischen Studenten wurde der Abschluss eines Mietvertrages verweigert. Schon im Vorfeld wurde er um eine Reihe zusätzlicher Dokumente gebeten, die der Vermieter sonst nicht routinemäßig verlangte. Kurz bevor der Vertrag dann unterschrieben werden sollte, erhielt der Student eine Absage ohne Begründung. Gegenüber einer anderen Mietpartei erklärte der Vermieter, dass er nicht an Türken vermiete.

Neben individuellen Ausgrenzungen gibt es auf dem Leipziger Wohnungsmarkt auch Formen institutioneller Diskriminierung. So ist es beispielsweise bei der LVB Praxis, von ausländischen Wohnungssuchenden einen Aufenthaltsnachweis zu verlangen. Hierbei handelt es sich nicht um eine gesetzliche Vorschrift und auch die Begründung einer höheren Vertragssicherheit rechtfertigt diese zusätzliche Auflage nicht.

Zum Beispiel Fitnessstudio

Eine Studentin aus Vorderasien wurde in einem Fitnessstudio rassistisch beleidigt. Beide Beteiligte waren Mitglieder des Clubs. Die Betroffene wandte sich umgehend an die Studioleitung und bat um Unterstützung. Die Leitung verweigerte dies und es kam zu einer halbjährigen, kräftezehrenden und für die Betroffene demütigenden Auseinandersetzung zu dem Thema. Abwechselnd betrachtete sich die Studioleitung als nicht zuständig, wollte nicht Partei ergreifen, behauptete keine Handlungsmöglichkeiten zu haben oder verteidigte die andere Frau als prinzipiell „nicht

ausländerfeindlich“. Später blieben Antworten der Leitung auf Bitten und Anfragen vollkommen aus. Dass die Studioleitung sich im Falle von Beleidigungen auch anders verhalten kann, zeigt ein anderes Beispiel. Ein Mitglied beleidigte ein anderes als „fett“ und wurde umgehend gekündigt. Im vorliegende Fall endete die Auseinandersetzung vorläufig damit, dass die betroffenen Studentin keine andere Lösung sah, als selbst zu kündigen.

4.2 Arbeit

Zum Beispiel eine Schwarze Deutsche sucht Arbeit

Nachdem sie ihre Ausbildung zur Einzelhandelskauffrau mit Auszeichnung abgeschlossen hatte und nebenbei noch eine Zusatzqualifikation zur Ausbildung und Anleitung anderer MitarbeiterInnen erworben hatte, suchte eine Schwarze Deutsche eine Arbeitsstelle in Leipzig. Sämtliche Bewerbungen hatten ein negatives Ergebnis. In einem Fall wurde sie von ihrer Ärztin an eine Bekannte empfohlen. Diese war aufgrund der Qualifikationen zunächst sehr interessiert und gab schon eine, nicht verbindliche, Zusage. Es folgte der erste direkte Kontakt und die potentielle Arbeitgeberin sah, dass die Bewerberin Schwarz war. Jemand anderes bekam die Stelle.

Im Gespräch erzählte die junge Frau, dass ihr beim Shoppen in der Innenstadt sehr bewusst sei, dass sämtliche VerkäuferInnen in den Geschäften weiß sind. Nur einmal habe sie eine Schwarze gesehen, die Regale einräumte.

Zum Beispiel Mutter sein

An einer Leipziger Hochschule wurde eine wissenschaftliche Mitarbeiterin, die zwei kleine Kinder hatte, entlassen. Ihre Stelle wurde mit einer kinderlosen Frau neu besetzt. Die Entlassung wurde offiziell fachlich begründet. Hinter vorgehaltener Hand wurde allerdings erzählt, dass der Leiterin die Fehlzeiten missfielen, die durch gelegentliche Erkrankungen der Kinder auftraten. Die Betroffene unternahm keine Schritte. Sie fürchtete die beruflichen Konsequenzen, die eine gerichtliche Auseinandersetzung nach sich ziehen könnte.

4.3 Behörden und staatliche Institutionen

Regelmäßig wird uns von Konflikten zwischen SachbearbeiterInnen in Ämtern und Behörden und MigrantInnen berichtet. Dabei begegnen sich zwei Individuen, die

füreinander bestimmten Gruppe repräsentieren, mit denen sie teils negative Erfahrungen und Erwartungen verbinden. Charakteristisch für die Situation ist der klare Machtunterschied, der daraus resultiert, dass die BehördenmitarbeiterInnen als VertreterInnen staatlicher Stellen eine Entscheidungsmacht über zentrale Lebensbereiche der AntragstellerInnen besitzen. Im konkreten Einzelfall spielen gesetzliche Regelungen und Verordnungen, die teilweise diskriminierend sind, Interpretationen des eigenen Handlungsspielraums und der eigenen Handlungsbereitschaft sowie ein mehr oder weniger gelungener Kommunikationsprozesses komplex zusammen. Am Ende steht für den/ die BetroffeneN eine negative Entscheidung, die als diskriminierend erlebt wird.

Zum Beispiel die ARGE

Eine Frau mit türkischem Migrationshintergrund wollte von Leipzig nach Berlin umziehen. Sie stellte einen entsprechenden Antrag bei der ARGE, der allerdings abgelehnt wurde. Die Frau war mit dieser Entscheidung nicht einverstanden und vermutete Willkür auf Seiten der Sachbearbeiterin. Die Vorgeschichte war, dass es wenige Wochen zuvor einen Konflikt zwischen der Sachbearbeiterin und dem erwachsenen Sohn der Frau gegeben hatte. Der Sohn hatte sich lautstark beschwert, dass ihm Leistungen für ein halbes Jahr entgangen seien, da die Bearbeiterin ihm zwar die Auskunft gegeben habe, dass ihm keine Leistungen von der ARGE zustünden, ihn jedoch nicht darüber informierte, dass er Unterstützung vom Sozialamt bekommen würde. Durch seinen Unmut fühlte sich die Sachbearbeiterin bedroht und rief das Sicherheitspersonal. Die Mutter reichte Widerspruch gegen die Ablehnung und Dienstaufsichtsbeschwerde ein. Daraufhin wurde ihrem Antrag stattgegeben.

Zum Beispiel die ARGE II

Ein gehörloser Mann aus der Ukraine suchte für sich und seine Familie eine neue Wohnung. Da er ALGII-Empfänger war, musste die neue Wohnung bestimmten Bedingungen genügen. Durch seine Behinderung und die Behinderungen seiner Frau kamen weitere Anforderungen hinzu. Vor diesem Hintergrund und aufgrund seiner Gehörlosigkeit und seiner begrenzten sprachlichen Fähigkeiten benötigte der Mann Unterstützung bei der Wohnungssuche. Diese wurde ihm von Amts wegen nicht gestattet.

Zum Beispiel die Ausländerbehörde

Eine häufig geäußerte Beschwerde von MigrantInnen gegenüber der Leipziger Ausländerbehörde ist, dass der Ton der MitarbeiterInnen sehr deutlich davon abhängt, ob die AntragstellerInnen allein oder in Begleitung eines/ einer Deutschen kommen. Sind sie allein, erleben sie die MitarbeiterInnen häufiger unfreundlich und wenig entgegenkommend.

Zum Beispiel das Sozialamt

MitarbeiterInnen des Sozialamtes sind für die Auszahlung der Sozialhilfe an AsylbewerberInnen zuständig. Im Asylbewerberheim Liliensteinstraße ließen sie dabei, wie die Mitarbeiterin einer Unterstützungsorganisation beobachtete, ihre Macht spielen. Sie verhielten sie sich wie Lehnsherren, die scheinbar nach Gunst das Geld austeilen anstatt sachlich ihrer Pflicht nachzukommen. Dies wurde begleitet von abfälligen Bemerkungen über die BewohnerInnen, die auch allesamt geduldet wurden.

4.4 Bildung

Zum Beispiel die Reaktion eines Lehrers auf ein unerwünschtes Verhalten

Eine Situation aus dem Skilager: Die SchülerInnen waren laut, übermütig und forderten sich untereinander heraus. Der Lehrer reduzierte einen Jugendlichen auf seinen Migrationshintergrund und belegte diesen negativ: „Das kannst du vielleicht dort machen wo du herkommst. Aber hier in Deutschland geht das nicht.“

Zum Beispiel Transfrau sein in der Ausbildung

Eine Auszubildende entschied sich, in ihrer Schule offen mit ihrer Geschlechtsidentität umzugehen. Sie identifizierte sich als Frau und bat darum, von den anderen als Frau behandelt zu werden. Die Schule weigerte sich. Sie wurde als Mann angesprochen und ihr wurde die Benutzung der Damentoilette verboten.

Zum Beispiel inklusive Schulbildung nur bis Klasse 4

Eine Schule für alle, für Kindern mit und ohne Behinderungen ist gelebte Teilhabe von der alle Beteiligten profitieren können. Die UN-Behindertenrechtskonvention hat dies erkannt und macht sich stark für eine inklusive Schulbildung. In Sachsen

gibt es hier klare Grenzen und eine Reihe administrativer Hürden. Laut sächsischem Schulgesetz ist eine lernzieldifferente Beschulung, Voraussetzung für den gemeinsamen Schulbesuch, prinzipiell nur bis Klassenstufe 4 möglich. Um diese durchzusetzen brauchen die Eltern von Kindern mit einer Behinderung einen langen Atem, die Unterstützung von Interessenvertretungen und Glück. Als Eltern müssen sie selbst eine Schule finden, die die Kapazitäten und Voraussetzungen für eine inklusive Beschulung ihres Kindes hat und bereit ist, es aufzunehmen. Anschließend muss ein Antrag bei der Bildungsagentur gestellt werden und diese entscheidet im Rahmen eines Feststellungsverfahrens. Hierfür wiederum ist das Gutachten eines Amtsarztes/ einer Amtsärztin sowie die Diagnostik durch SonderpädagogInnen nötig. Wird eine Assistenz benötigt, bedarf es weiterhin der Zustimmung von Sozial- oder Jugendamt. Erst wenn all diese EntscheidungsträgerInnen dem Besuch der Regelschule zustimmen, kann das Kind eine Regelschule besuchen. Die Eltern haben keine Entscheidungsmacht. Im Einzelfall können sie zwar gegen bestimmte Entscheidungen ankämpfen, hat das Schuljahr dann allerdings schon begonnen, wurden bereits Tatsachen geschaffen, die schwer rückgängig zu machen sind.

4.5 Justiz und Polizei

Zum Beispiel verdachtsunabhängige aber nicht farbenblinde Polizeikontrollen in der Innenstadt

Im Zuge der Auseinandersetzungen im Diskomilieu vor eineinhalb Jahren wurde die Polizeipräsenz in der Leipziger Innenstadt an den Abenden des Wochenendes deutlich verstärkt. Dies drückt sich unter anderem in der Häufigkeit von Personalkontrollen aus. Betroffen sind in erster Linie Männer, die nicht „typisch deutsch“ aussehen. Menschen, die in dieses Raster fallen, können dann an einem Abend bis zu zehn, fünfzehn Mal kontrolliert werden. Ein Fall, der das Ausmaß dieser Kontrollen verdeutlicht stammt von vier Männern. Sie wollten gerade in ihr Auto steigen als eine Streife hielt. Also zeigten sie ihre Ausweise vor und wurden überprüft. Als der Streifenwagen gerade um die Ecke gebogen war und die vier losfahren wollten, hielt der nächste Streifenwagen und wollte eine Kontrolle durchführen.

Zum Beispiel Schwarz und behindert = schuldig?

Ein schwarzer Akademiker wurde im Rahmen der WM-Screenings 2006 von dem Mitarbeiter einer Sicherheitsfirma einer Gewalttat verdächtigt. Der Mitarbeiter wollte ihn aufgrund seiner Hautfarbe und einer Gehbeeinträchtigung wiedererkannt ha-

ben. Der Betroffene beteuerte seine Unschuld, legte Beweise vor und stellte Widersprüchlichkeiten der Zeugenaussagen klar heraus. Nacheinander und in ihrer Entscheidungskompetenz unabhängig voneinander veranlassten drei Instanzen (Polizei, Staatsanwaltschaft und abschliessend die richterliche Instanz) die Anklage. In der Verhandlung bat die neu hinzugezogene Staatsanwältin nach kurzer Zeit um eine Unterbrechung und beantragt kurz darauf die sofortige Einstellung des Verfahrens. Der Grund: Auch für sie war die Beweislage lückenhaft und unplausibel, die Zeugenaussagen bestenfalls widersprüchlich und klar entlastend. Der Ansicht, dass es sich hier um keinen ernsthaften Tatverdacht handele, schloss sich die Richterin schliesslich an. Der volle Freispruch und die anschliessende Entschuldigung sind ein schwacher Trost für den Angeklagten, dessen berufliche und persönliche Zukunft fast zwei Jahre in der Schwebe hing und der nicht grundlos juristische Willkür befürchtete.

5 Handlungsempfehlungen gegen Rassismus und Diskriminierung auf kommunaler Ebene

Aufbauend auf dieser Situationsbeschreibung und -analyse sollen abschließend Handlungsempfehlungen für die Stadt Leipzig formuliert werden. Ziel der Empfehlungen ist die Förderung eines selbstverständlichen und wertschätzenden Umgang mit Vielfalt. Dafür bedarf es der Etablierung einer Antidiskriminierungskultur, d.h. einer Haltung, die Diskriminierungen auf der individuellen und strukturellen Ebene als Teil der gesellschaftlichen Realität wahrnimmt und (an)erkennt und auf eine demokratische, unaufgeregten und konstruktive Art Maßnahmen zu ihrer Beseitigung ergreift.

Der Handlungsspielraum auf kommunaler Ebene ergibt sich aus den Funktionen der Stadt als Arbeitgeberin für ihre Angestellten und externe Unternehmen), Dienstleisterin für alle EinwohnerInnen und gesellschaftliche Akteurin.

Die folgenden Empfehlungen lassen sich in drei wesentliche Handlungsbereiche untergliedern:

1. Sensibilisierung von Gesellschaft und Verwaltung
2. Abbau struktureller Diskriminierungen
3. Unterstützung von Betroffenen und Auf- bzw. Ausbau netzwerkorientierter Beratungsstrukturen

5.1 Sensibilisierung von Gesellschaft und Verwaltung

1. Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen als Bekenntnis zu einer diskriminierungsfreien Alltagskultur in Leipzig
 - a) inhaltliche Öffentlichkeits- und Imagekampagne
 - b) Entwicklung und Verabschiedung eines städtischen Leitbildes
 - c) Entwicklung und Verabschiedung einer städtischen Antidiskriminierungsrichtlinie zur Regelung des stadtinternen Bereichs sowie der Verhältnisse Stadt - BürgerInnen und Stadt - externen Unternehmen
2. Berichte und Dokumentationen
3. Sensibilisierung der Verwaltung
 - a) Fortbildungen zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
 - b) Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung des AGG
 - c) Diversitytrainings und Sensibilisierungsangebote zu Rassismus, sexueller Orientierung, Menschen mit Behinderung etc.
 - d) Integration von Diversitymodulen als Regelbestandteil städtischer Ausbildungsgänge

5.2 Abbau struktureller Diskriminierung

1. Identifikation von ausschließenden Strukturen und Zugangsbarrieren
 - a) Analyse institutioneller Gegebenheiten (sprachlich, baulich, Verfahrensabläufe etc.) auf diskriminierende Wirkungen für spezifische Zielgruppen
 - b) Einbeziehung von Interessenvertretungen
 - c) BürgerInnenbefragungen
 - d) zielgruppensensible Nutzungsstatistiken.
2. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der kommunalen Angebotsstruktur
 - a) Entwicklung von Maßnahmen zur Förderung einer ebenen- und bereichsübergreifenden interkulturellen Kompetenz innerhalb der Stadtverwaltung
 - b) Förderung der Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund und generell von Diskriminierung betroffener Gruppen in der Stadtverwaltung

3. Verbesserung des Angebotes an Konfliktmanagement- und Mediationsprogrammen für öffentliche Institutionen
4. Aktive Förderung von Chancengleichheit
 - a) Implementierung von Antidiskriminierungsbestimmungen in sämtlichen Verträgen, die die Vergabe öffentlicher Aufträge, die Vergabe von Lizenzen (z.B. Gastronomie) u.ä. betreffen
 - b) Öffentliche Auszeichnung für örtliche Unternehmen, die Rassismus und Diskriminierung aktiv bekämpfen
 - c) Wirtschaftliche Förderung von Personen und Gruppen, die von Diskriminierung am Arbeitsmarkt betroffen sind
 - d) Förderung von Fortbildungsangeboten für ArbeitnehmerInnen und UnternehmerInnen in Kooperation mit Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden etc.
 - e) Stärkung der politischen Partizipation, u.a. durch Einsatz für ein kommunales Wahlrecht für Nicht-Eu-AusländerInnen

5.3 Unterstützung von Betroffenen sowie Auf- und Ausbau netzwerkorientierter Beratungsstrukturen

1. Information in Hinblick auf Schutzmaßnahmen gegenüber Rassismus und Diskriminierung sowie rechtliche Sanktionen rassistischen Verhaltens
2. Antidiskriminierungsrichtlinie der Stadt, die Diskriminierung sanktioniert und Vergabe von Aufträgen an Diskriminierungsfreiheit knüpft
3. Intervention und aktive Stellungnahme bei Bekanntwerden von Diskriminierungsfällen: ordnungsrechtliche Möglichkeiten, Aufforderung zu Stellungnahme
4. Förderung nichtstaatlicher Einrichtungen, die Opfern rechtlichen und psychologischen Beistand leisten und auf kommunaler Ebene tätig sind

Die Umsetzung dieser Handlungsempfehlungen sollte durch einen Aktionsplan geregelt werden, der konkrete Ziele und Indikatoren formuliert und kontinuierlich evaluiert wird. Zusätzlich ist die Kooperation mit den Beauftragten der Stadt, Beiräten, Interessenvertretungen und -verbänden, Trägern und Projekten der Antidiskriminierungsarbeit sowie VertreterInnen aus Wissenschaft und Politik nötig.

Handlungsempfehlungen gegen Rassismus und Diskriminierung auf kommunaler Ebene

Die Beispiele anderer Kommunen, etwa der Landeshauptstadt München, Frankfurt am Main oder Berlin zeigen, dass die Stadt eine wichtige Akteurin im Kampf gegen Diskriminierung und für gleichberechtigte Teilhabe ist.

Institutioneller und struktureller Rassismus in Leipzig

Wie sozialwissenschaftliche Studien verdeutlichen, sind es nicht nur einzelne Individuen oder kleine Gruppen, die andere Menschen aufgrund bestimmter Charakteristika und Zuschreibungen stigmatisieren und ausgrenzen. Es handelt sich dabei vielmehr um Deutungs- und Handlungsmuster, die in der Gesellschaft weit verbreitet, in ihre Strukturen oftmals fest eingebettet sind und so Ein- und Ausschluss spezifischer gesellschaftlicher Gruppen zwangsläufig produzieren. Die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung greift daher zu kurz, bezieht sie sich lediglich auf einzelne individuell handelnde Akteure oder vordefinierte Gruppen (wie beispielsweise auf einzelne Neonazis/neonazistische Gruppen). Diskriminierung geht nicht nur von einzelnen Akteuren aus, sondern wird durch die (Nicht-) Bereitstellung formaler Rechte, durch etablierte gesellschaftliche Strukturen sowie verfestigte Wertvorstellungen und Handlungsmaximen forciert.¹⁶⁰

Verschiedene sozialwissenschaftliche Theorien heben dahingehend als zentrale Merkmale von „Rassen“-Konstruktionsprozessen nicht nur die Kategorisierung und Hierarchisierung von „in-“ und „outgroup“, sondern gleichsam auch die damit wechselseitig verwobenen **asymmetrischen Machtverhältnisse** zwischen den so konstruierten Gruppen hervor.¹⁶¹ Neben der Betrachtung individueller Ressentiments gegenüber „den Fremden“, „den Anderen“ in der Gegenwart, müssen zudem historische und institutionalisierte Dimensionen von Einstellungen der Ungleichwertigkeit und sozialer Ungleichheit in den Blick genommen werden, um den Dynamiken und Wechselwirkungsprozessen rassistischer Einstellungen und Handlungen auf den verschiedenen Ebenen einer Gesellschaft gerecht werden zu können. So verdeutlichen auch Antidiskriminierungsbüro e.V. (ADB) und RAA Sachsen e.V., dass die Antidiskriminierungsarbeit auf den verschiedenen Bereichen, in denen sich Rassismus manifestiert (Individuen, Gesellschaftsstruktur, öffentlicher Raum), wirksam werden muss, um rassistische Diskriminierung nachhaltig

¹⁶⁰ Siehe: Gomolla/Radtke 2002, S. 18.

¹⁶¹ Siehe: Weiss 2001, S. 21-29.

bekämpfen zu können.¹⁶² Um diesen verschiedenen Wirkungsebenen von Rassismus gerecht werden zu können, ist es zum einen notwendig, die Einbettung dieser in einem System institutionalisierter Regeln, Gesetze und Deutungsmuster zu verstehen, und zum anderen Maßnahmen der Antidiskriminierungsarbeit an diesen Erkenntnissen auszurichten.

Dazu muss eine Perspektive eingenommen werden, welche auf der einen Seite die Deutungs- und Handlungsmuster individueller Akteure im Kontext gesellschaftlicher Rahmungen erfasst und auf der anderen Seite gleichzeitig diese gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Hinblick auf die ihnen inhärenten und durch sie produzierten rassistischen Effekte (soziale Exklusion) in den Blick nimmt.

1 Was ist institutionelle Diskriminierung?

Die (soziale) Exklusion von Menschen mit Migrationshintergrund wird nicht nur durch einzelne Akteure beschlossen, sondern muss zudem im Kontext gesellschaftlicher Strukturen, sowie gesetzlicher und administrativer Regelungen, die bestimmte Personengruppen beim Zugang zu (gesellschaftlichen) Ressourcen ausschließen und sie in Relation zu anderen gesellschaftlichen Gruppen benachteiligen, reflektiert werden. Diese **institutionelle bzw. strukturelle Diskriminierung**, also die **direkt oder indirekt institutionalisierte Benachteiligung bestimmter Gruppen einer Gesellschaft**, ist sowohl in die gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen als auch in deren organisatorischen Abläufe eingebunden.¹⁶³

Die Untersuchung der institutionellen Diskriminierung beschränkt sich daher bei der Erklärung sozialer Phänomene nicht nur auf mikrosoziologische Ansätze, bei denen die Intentionalität von Stereotypisierungen einzelner Akteure als Ausgangspunkt diskriminierender Praktiken gesehen wird, sondern es werden hierbei gleichsam (individuelle) Praktiken in den Blick genommen, welche in ein System institutionalisierter Regeln, Gesetze und Deutungsmuster eingebettet sind (Makroebene). Organisationen, Institutionen, kulturelle Formationen oder auch ganze Gesellschaften stellen dahingehend „potentielle Quellen der verbreiteten individuellen diskriminierenden Praktiken“¹⁶⁴ dar. Institutionelle Diskriminierung kann beispielsweise in Form von Gesetzen direkt oder durch spezifische Praktiken von Institutionen indirekt institutionalisiert sein. Letzteres bezieht sich auf die „unintendierten

¹⁶² Siehe: ADB/RAA 2007.

¹⁶³ Siehe: Flam 2007 und Feagin/Booher Feagin 1978.

¹⁶⁴ Siehe: Flam 2007, S. 16.

Effekte der institutionellen Arbeits- und Auswertungsregeln, die zu Praktiken führen, welche die Benachteiligung oder den Ausschluss bestimmter Gruppen (beim Zugang zu Ressourcen, Positionen, Lebenschancen) bewirken.“¹⁶⁵ Obwohl ein bestimmtes Repertoire an Gesetzen existiert, sind es dahingehend letztlich die so genannten „gate-keeper“, welche als Entscheidungsträger einen direkten Einfluss auf den Zugang „der Anderen“ zu Rechten, Ressourcen oder Chancen haben. Sie sind es, welche in ihrer Funktion die Macht dazu besitzen, institutionalisierte Regeln umzusetzen oder sich diesen zu verweigern. Sie bestimmen in ihrer Funktion als Entscheidungsinstanzen im Wesentlichen über den Zugang oder Ausschluss von Migrant_innen zu spezifischen Ressourcen. Sie sind in ihrer Rolle allerdings nicht lediglich Funktionsträger, sondern gleichsam als Träger bestimmter Einstellungen und (gesellschaftlich etablierter) Deutungs- und Orientierungsmustern anzusehen.¹⁶⁶

2 Beratungsstatistik von ADB e.V. und RAA e.V.

Von Beratungsstellen wie dem ADB Sachsen wird häufig von Fällen institutioneller Diskriminierung berichtet, sei es in der Form fehlender Chancengleichheit oder exkludierender administrativer Richtlinien, seien es abwertende/abfällige Bemerkungen oder auch die willkürliche und rassistisch motivierte Ablehnung von Anträgen:¹⁶⁷ Das ADB hat 2007 und 2008 bzw. für das Jahr 2006 zusammen mit der Opferberatung der RAA Leipzig eine Beratungsstatistik für die Fälle (rassistischer) Diskriminierung erstellt, aus denen sich eine **relativ hohe Anzahl von institutioneller bzw. struktureller Diskriminierung ablesen lässt**.¹⁶⁸

So ließen sich im Jahr **2006** von den insgesamt 107 Fällen rassistischer Diskriminierung in Leipzig und Umgebung **95 Fälle in Leipzig** verzeichnen. Im Bereich des **institutionellen bzw. strukturellen Rassismus** lassen sich insgesamt **48 Fälle** ausmachen: 11 im Arbeitsbereich, 8 in öffentlichen Einrichtungen, jeweils 7 im Gesundheitswesen und bei staatlichen Einrichtungen, 6 im Wohnungswesen, 5 im

¹⁶⁵ Siehe: Flam 2007, S. 14.

¹⁶⁶ Siehe: Flam 2007.

¹⁶⁷ Siehe: ADB/RAA 2007 und Teil I – ADB: Rassistische Alltagsdiskriminierung und andere Formen von Diskriminierung in Leipzig (= ADB 2009). Beispielhaft nennt das ADB Sachsen einen Fall, in dem einer Frau mit türkischem Migrationshintergrund von einer Sachbearbeiterin der ARGE willkürlich und aus nicht zu rechtfertigenden Gründen der Antrag des Wohnortswechsels von Leipzig nach Berlin versagt wurde.

¹⁶⁸ Während in der Untersuchung von 2006 lediglich Diskriminierung aufgrund rassistischer/fremdenfeindlicher Kriterien dargestellt wurden, bezieht sich die Folgeuntersuchung auch auf weitere Charakteristika wie geschlechtsspezifische Diskriminierung oder Diskriminierung aufgrund einer Behinderung.

Tabelle 3.16: Dokumentierte Diskriminierungsfälle (Siehe: ADB 2009)

Lebensbereich	Anzahl der Fälle 2007	Anzahl der Fälle 2008
Arbeit	14	17
staatl. Einrichtungen	15	21
Polizei/Justiz	2	10
Güter/Dienstleistungen	9	16
persönliches Nahfeld	3	3
Gesundheit	4	5
Bildung	6	5

Bildungsbereich, sowie 4 Fälle im Bereich Polizei/Justiz.¹⁶⁹ Dabei handelte es sich um abwertende und/oder inhaltlich diskriminierende Verwaltungsakte, Kriminalisierung, unangemessene oder ungleiche Behandlungen oder auch die Verweigerung einer Dienstleistung. Exemplarisch steht hierfür ein Fall eines jungen Mannes, dem die Ausstellung eines Beratungshilfeschein von einer Mitarbeiterin des Amtsgerichtes verweigert wurde: „[...] obwohl er von seiner Rechtsanwältin alle nötigen Angaben auch schriftlich dabei hatte, blieb sie bei der Aussage, dass es nur für Personen, die Deutsch können, diesen Schein gäbe.“¹⁷⁰ Auch in Bezug die Lage auf dem Wohnungsmarkt fanden sich verschiedene Beispiele für die Abweisungen von Bewerber_innen aufgrund ihrer Herkunft.

Der enorme Anteil von **63 Fällen** rassistischer Diskriminierung in denen Jahren **2007 und 2008**, welcher etwa die Hälfte der Beratungsgespräche des ADB ausmachte, ist bezeichnend für die allgemeine Tendenz der „Hoheit“ des Rassismus. Diskriminierende Praktiken wurden in dieser Statistik vor allem in den Lebensbereichen Arbeit (Arbeitsmarkt, Arbeitsplatz, Arbeitsvermittlung, etc.) mit 31 Fällen und staatlichen Einrichtungen (Behörden, Verwaltungen) mit 36 Fällen gemeldet (siehe Tabelle).

So wurde der Beratungsstelle beispielsweise von rassistischen Praktiken der ARGE und ARGE II, sowie der Ausländerbehörde und dem Sozialamt berichtet. Auch Flam verweist in ihrer qualitativen Untersuchung zu institutioneller Diskriminierung auf nazistische, chauvinistische und rassistische Einstellungsmuster von Personen verschiedener Behörden in Leipzig, die sich im Rahmen von Experteninterviews erkennen ließen (so v.a. in der ARGE und der Ausländerbehörde).¹⁷¹

Die Konflikte zwischen Migrant_innen und Sachbearbeiter_innen von Behör-

¹⁶⁹ Siehe: ADB/RAA 2007, S. 16.

¹⁷⁰ Siehe: ADB/RAA 2007, S. 17.

¹⁷¹ Siehe: Flam 2007.

den oder Ämtern können dahingehend nicht zu Ausnahmeerscheinungen ohne politischen Kontext deklariert werden. Vor allem die **asymmetrischen Machtverhältnisse zwischen den zuständigen Entscheidungsträgern der Institution und den Migrant_innen** befördern die Antragsteller_innen in eine prekäre Situation und tragen zu weiterführenden exkludierenden Effekten (z.B. Wohnraum und -ort, Arbeitsmarkt) bei, welche der Integration von Migrant_innen entgegen stehen.

3 Gate-keeper in der Schule¹⁷²

Da gerade Lehrer_innen diejenigen sind, welche mit diversen, oft auch persönlich festgesetzten Entscheidungsregeln und -verfahren über den Zugang der Schüler_innen zu weiterführenden Schulen bestimmen, besitzen sie als „gate-keeper“ die Macht, Ausgrenzung beim Zugang zu Ressourcen zu befördern. Sie sind sowohl Funktions- als auch Meinungsträger. Beispielhaft ist hierfür die Gymnasialempfehlung, die nach dem Abschluss des vierten bzw. sechsten Schuljahres ausgestellt wird. Die Kriterien, die sie dafür anwenden, müssen im Kontext gesellschaftlicher, politisch-administrativer Rahmenbedingungen betrachtet werden.

Die Deutungs- und Orientierungsmuster von Lehrer_innen, welche als Grundlage einer Entscheidung über Zugang oder Ausschluss dienen, orientieren sich allerdings nicht nur an rechtlichen Vorschriften, sondern speisen sich gleichsam aus politisch-medialen, (sozial-) wissenschaftlichen und pädagogischen, sowie Alltagsdiskursen. Damit kann institutionelle Diskriminierung nicht lediglich als Ergebnis interner Organisationslogiken begriffen werden. **Demnach werden Lehrer_innen auch nicht nur als „verlängerter Arm des Gesetzes“ betrachtet, sondern be-**

¹⁷² Die in den Abschnitten „Gate-keeper in der Schule“ und „Gate-keeper am Arbeitsmarkt“ dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf die Forschungsergebnisse von Flam et al. 2007. Um Determinanten, Strukturen und Wirkungsprozesse institutioneller Diskriminierung von Migrant_innen in Deutschland zu untersuchen, wurden dabei im Rahmen des EU-Projektes „The European-Dilemma – Institutional Patterns of ‘Racial’ Discrimination (XENOPHOB)“ in Leipzig, Augsburg und Berlin qualitative Experteninterviews durchgeführt. Da gerade die Arbeitsmarktsituation in den wissenschaftlichen und politischen Diskursen häufig als Indikator einer „gelingenden Integration“ von Migrant_innen gefasst wird, die Herausbildung persönlicher Fähig- und Fertigkeiten in der schulischen Ausbildung dahingehend als grundsätzliche Voraussetzung für einen späteren Zugang zum Arbeitsmarkt begriffen wird, wurden diese beiden Bereiche in der vorliegenden Studie herausgegriffen und einer grundlegenden Analyse unterzogen. Neben der kritischen Reflexion der gängigen soziologischen Erklärungsansätze bezüglich der Integration von Migrant_innen (v.a. Humankapitalansatz), wurden die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik, sowie der verschiedenen Bundesländer (Sachsen, Bayern, Berlin) analysiert und schließlich mit den Ergebnissen der qualitativen Interviews verknüpft. Die Interviews wurden dem Projektvorhaben entsprechend auf verschiedenen Ebenen durchgeführt: öffentliche und private Unternehmen, von einfachen Arbeiter_innen bis zum Management, wurden ebenso untersucht wie Lehrkräfte und Schulbehörden, sowie auch die Vertreter_innen relevanter NGOs (Übersicht zu den Interviews am Ende dieses Kapitels).

sitzen als „gate-keeper“ auch selbst Verantwortung gegenüber ihren Entscheidungen.¹⁷³

Ähnlich zu den Ergebnissen der Studie von Flam et al. (2007) insgesamt, so gestalteten sich auch in Leipzig die Deutungsmuster der interviewten Lehrer_innen als durchaus ambivalent. Auf der einen Seite wurde ein positives Bild der Migrant_innen präsentiert: „In Leipzig wurden die Migrantenkinder trotz Mainstream-, pädagogischen sowie alltagsrassistischen Diskursen positiv, obschon immer noch als Zugehörige von Ausländergruppen gesehen“.¹⁷⁴ In Auseinandersetzung mit fremdenfeindlichen Äußerungen von Eltern und Schüler_innen zeigten sie zudem Sensibilität für verschiedene Diskriminierungsformen. Auf der anderen Seite offenbarte sich trotz dieses nach außen präsentierten Feingefühls dennoch eine unreflektierte Verwendung rassistischer und abwertender Ausdrücke. So betitelten die Lehrer_innen die Migrant_innen ganz unbefangen als „Schlitzaugen“, „Multi-Kulti“ oder auch „Exoten“.¹⁷⁵ Des Weiteren wurden die Deutschkenntnisse stets als relevantes Entscheidungskriterium bei der Gymnasialempfehlung präsentiert und teilweise sogar in einen kausalen Zusammenhang zu der Leistungsfähigkeit der Schüler_innen gestellt („Schlüssel guter schulischer Leistung“). Gerade mit dieser Kausalitätsunterstellung eines sehr unscharfen, je nach subjektivem Gutdünken flexibel deutbaren Entscheidungskriteriums wird nach der Einschätzung von Flam et al. (2007) allerdings zum einen die Lehrkraft ihrer Verantwortung enthoben und zum anderen ein Automatismus in Gang gesetzt, der die Verweigerung der Ausstellung einer Gymnasialempfehlung legitimiert. Dadurch entstehe der Anschein, Migrant_innen hätten ihr „schulisches Versagen“ selbst verschuldet.¹⁷⁶

4 Gate-keeper im Arbeitsmarkt

Im Gegensatz zu der schulischen Situation, bei der diskriminierende Praktiken vor allem durch die gate-keeper transportiert werden, wird am Arbeitsmarkt zunächst eine intendierte amtliche Diskriminierung offenkundig. Die hauptsächlichen Hindernisse für Migrant_innen beim Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt bestehen in dem seit 1973 geregelten Anwerbestopp, dem Inländerprimat bei der Arbeitsplatzvergabe, den Zugangsbeschränkungen beim Beamtenstatus, sowie den Regelungen für Aufenthaltsrecht und Arbeitserlaubnis.¹⁷⁷

¹⁷³ Siehe: Flam 2007.

¹⁷⁴ Siehe: Flam 2007, S. 99.

¹⁷⁵ Siehe: Flam 2007, S. 98f.

¹⁷⁶ Siehe: Flam 2007, S. 104-107.

¹⁷⁷ Siehe: Velling 1995.

Titelanerkennung

Beispielhaft für letzteres sind die gesetzlichen Regelungen zur Anerkennung von Titeln, die nicht in Deutschland erworben wurden.¹⁷⁸ Migrant_innen haben dabei häufig durch eine fehlende Anerkennung von vornherein schlechte Chancen. Dass die fehlende Anerkennung der Titel von Flüchtlingen zwangsläufig zu schlechteren Zugangschancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt führt, wird in den Experteninterviews in Leipzig häufig unter Bezugnahme von Beispielen wie der russischen Ärztin, die als Toilettenfrau arbeitet, oder der jüdisch-ukrainischen Mathematiklehrerin, sie sich als Friseurin durchschlägt, thematisiert.¹⁷⁹

Im Gegensatz zu Migrant_innen, deren Berufsqualifikationen generell nur in bestimmten Ausnahmefällen anerkannt werden, genießen Spätaussiedler_innen durch den Rechtsanspruch der Titelanerkennung eine positive Diskriminierung. Ihre Titel werden auf Antrag auch dann von der IHK anerkannt, wenn es keine Entsprechung des Berufstitels in Deutschland gibt. So berichtet ein Vertreter der Industrie- und Handelskammer Leipzig, dass in diesen Fällen „großzügig“ entschieden werde.¹⁸⁰ Die IHK ist allerdings auch nicht zuletzt durch das Drängen der Agentur für Arbeit und – in selteneren Fällen – der Arbeitgeber dazu gezwungen, äquivalente „deutsche“ Titel für ausländische Berufsqualifikationen zu finden. Trotz dieser positiven amtlichen Entscheidungen zugunsten der Antragsteller_innen, verdeutlichen die Experteninterviews dennoch nationale Überlegenheitsattitüden der „gate-keeper“. So zeigten sich nach Flam in einem Interview mit der IHK Leipzig chauvinistische Deutungsmuster, die sich in der Aufwertung des deutschen Bildungs- und Berufssystem mit gleichzeitig einhergehender Abwertung ausländischer Abschlüsse äußerten.

Trotz gleicher Gesetzeslage ließen sich nach Flam im Vergleich mit den Augsburger Interviews zudem Unterschiede in den Entscheidungskriterien der zuständigen Ämter feststellen. Die Relevanz der (persönlichen) Deutungsschemata und Entscheidungskriterien der „gate-keeper“ wird so offensichtlich.

¹⁷⁸ Siehe: Flam 2007, S. 145ff.

¹⁷⁹ Zur häufig fehlenden rechtlichen Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsabschlüsse von Migrant_innen siehe: Englmann/Müller 2007. Im Zuge des „Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich der europäischen Region“ der EU, welche am 1.10.2007 in Deutschland in Kraft getreten ist, wurde Anfang Januar 2010 eine Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) in Deutschland eingerichtet, die sich gegen eine Bearbeitungsgebühr von 100,- Euro der Anerkennung ausländischer Hochschulabschlüsse annimmt. Siehe dazu auch: „Verbesserungen im Anerkennungsverfahren“, in: MIGAZIN, 19.01.2010, online verfügbar unter <http://www.migazin.de/2010/01/19/verbesserungen-im-anerkennungsverfahren/> (zuletzt geprüft am 24.01.2010).

¹⁸⁰ Siehe: Flam 2007, S. 147.

Agentur für Arbeit

Der Agentur für Arbeit kommt nicht nur eine bedeutende Rolle bei der Vermittlung von Arbeitsplätzen zu, sondern – speziell im Leipziger Fall – auch im Hinblick auf eine (intendierte) Diskriminierung von Migrant_innen und eine nationalistische Haltung.¹⁸¹ Mit der „deutsche[n] Mentalität, bestehende Gesetze mit Glauben zu verteidigen“¹⁸² wird so in der Leipziger Agentur strikt darauf geachtet, die Bevorzugung deutscher bzw. gleichgestellter Arbeitnehmer_innen zu prüfen (Inländerprimat).

Da in Ostdeutschland allerdings aufgrund der Arbeitsmarktlage genügend Bevorrechtigte vorhanden wären, gäbe es auch keine Ermessensspielräume, so ein Sachbearbeiter im Interview. Als Grund für die Notwendigkeit dieser Regelung führt der Sachbearbeiter nicht nur die Verhinderung kaufkraftsenkender Niedriglöhne, sondern insbesondere den Schutz der deutschen Arbeitnehmer_innen an. Dass die Bevorzugungsregel allerdings gleichzeitig für deutsche, wie für gleichgestellte Arbeitnehmer_innen gilt (z.B. EU-Bürger_innen), beachtet er in seiner Argumentation im Laufe des Interviews nicht mehr. Rassistische Einstellungsmuster werden in dem Interview ebenso geäußert wie chauvinistische. Auch eine Vertreterin der Ausländerbehörde folgt in einem Interview der gleichen Argumentationslinie, in der kategorisch den Deutschen gleichgestellte Jobsuchende ausgeschlossen werden.

Dass diese Verfahrensweise der Bevorzugung der Leipziger Agentur vor allem in der nationalistischen Haltung der „gate-keeper“ begründet liegt und nicht zwangsläufig aus dem Gesetzesblatt resultiert, verdeutlicht der Vergleich zwischen der Leipziger mit der Augsburger Agentur für Arbeit. Trotz gleicher Gesetzeslage handeln die Behörden (v.a. Agentur für Arbeit) in ihrer Auslegung des Vorrangprinzips unterschiedlich. Auch ein Vertreter des DGB Sachsen, sowie zahlreiche NGOs bestätigten in Interviews die diskriminierenden Praktiken der Agentur für Arbeit. Mittelbare diskriminierende Effekte entstehen dann dadurch, dass die Entscheidungen der Arbeitsagentur sich sowohl auf die Handlungsweisen der Ausländerbehörde als auch auf den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt auswirken.

5 Institutioneller Rassismus im städtischen Kontext

In den im Rahmen der Problemanalyse des Handlungskonzeptes durchgeführten Experteninterviews wurde institutioneller Rassismus in verschiedenen Bereichen aufgegriffen. Ein Hauptschwerpunkt lag neben alltagsrassistischen Praxen der „gate-keeper“ in den Behörden und den Problemen am Arbeitsmarkt durch

¹⁸¹ Siehe: Flam 2007, S. 151ff.

¹⁸² Kritische Stimme aus der IHK, zitiert nach: Flam 2007, S. 152.

fehlende Titelanerkennung vor allem in den **Schwierigkeiten der Sprache**. Die Thematisierung der Probleme reichte dabei von schwer verständlichem „Beamten-deutsch“ bis hin zu fehlenden oder unzureichenden Dolmetscher_innen. Oftmals hätten die Beamt_innen nur wenig Verständnis für die sprachlichen Probleme und auch die notwendigen Ressourcen für Übersetzungen fehlten zumeist in diversen Behörden (z.B. Arbeitsamt, Jugendamt).

Daneben wurde in den Expert_inneninterviews außerdem das städtische Handeln im Hinblick auf die **Standortverlegung der Unterkünfte für Asylbewerber_innen** als Form des institutionellen Rassismus problematisiert.¹⁸³

Trotz der Kritik aus den Reihen verschiedener Initiativen, Betroffener und Unterstützer_innen wurde in der Stadtratssitzung vom 17./18. Juni 2009 die Zusammenlegung der Asylbewerber_innenunterkünfte Liliensteinstraße 15a und Torgauer Straße 290 und die Neuerrichtung einer Containerunterkunft in der Wodanstraße 17a beschlossen.¹⁸⁴ Die Kritik des „Initiativkreises für die Integration von Asylbewerber_innen in Leipzig“ manifestierte sich zum einen an den Kriterien, die für die Wahl des Standortes bestimmt wurden.¹⁸⁵

So wurde die Standortverlegung mit „vielfältigen sozialen Problemen“ der Bewohner_innen begründet und die neue Sammelunterkunft sollte möglichst dezentral und mit genügender Entfernung zu Wohngebieten, Schulen und Kindereinrichtungen untergebracht werden. Dadurch werde allerdings zum einen ein mögliches Gefährdungspotential von Asylbewerber_innen suggeriert und ihnen zum anderen eine „Abnormalität“ unterstellt, die es nicht ermögliche, der Gleichbehandlung zu genügen. Als Grund für die Umstrukturierung fungierten außerdem ökonomistische Überlegungen, wodurch Asylbewerber_innen lediglich als Kostenfaktor des (städtischen) Budgets erscheinen und humanitäre Überlegungen in den Hintergrund treten. Damit wird allerdings ein Bild von Migrant_innen offeriert, welche sie bereits durch ihren rechtlichen Status als „soziales Problem“ stigmatisiert.

¹⁸³ „Der institutionalisierte Rassismus ist schon ein Problem. Da wird zum Beispiel ein Asylbewerberheim weit nach draußen an den Stadtrand verlegt. Und dann ist da überhaupt kein Verständnis dafür, dass das ein Problem ist Leute an den Stadtrand zu verdrängen. [...] Da gibt es diese interkulturellen Wochen, die uns zeigen sollen wie schön das alles ist. Aber den Schritt diese Auffassungen auch in das eigene Handeln zu reflektieren, der erfolgt dann oft nicht. Da muss ein Erkenntnis- und Reflektionsprozess bei entscheidenden Stellen her. Im konkreten Fall wird einfach ein rassistisches Kriterium in eine Stadtvorlage geschrieben, da wird dann nichts begründet, sondern es wird einfach behauptet, dass es ein Gefahrenpotenzial sein könnte.“ (aus einem Expert_inneninterview im Rahmen des Handlungskonzeptes).

¹⁸⁴ Siehe: Ratsbeschluss der Stadt Leipzig Nr. BS/ RBIV-1665/09/ vom 17.06.2009 und Ratsbeschlussvorlage Nr. DSIV/ 4229/.

¹⁸⁵ Zur Kritik an der Standortverlegung siehe: Mohs 2009 sowie Pressemitteilungen und Erklärungen des „Initiativkreises für die Integration von AsylbewerberInnen in Leipzig“ vom 15.06.2009, 17.06.2009, 05.07.2009 und 07.07.2009, online verfügbar unter linke-bueros.de/text.php?textID=5517&navID=451&openCont= (zuletzt geprüft am 08.01.2010).

Tabelle 3.17: Übersicht Interviews aus der Studie „Migranten in Deutschland“ (Flam 2007, S. 289-292)

Bereich	Anzahl der Interviews in Leipzig
Arbeitsmarkt	6 Interviews (3 privater und 3 öffentlicher Sektor)
Private Betriebe	10 Interviews (mittelständische, sowie international operierende)
Öffentliche Betriebe	9 Interviews
Schulen	9 Interviews (3 NGOs, 4 an Grundschulen, 2 an Gymnasien)
Weitere Expert_innen	15 Interviews

Zu betrachten sind weiterhin die exkludierenden Effekte der Standortverlegung. So geht mit der Zusammenlegung der Sammelunterkünfte eine Verschlechterung der Lebensbedingungen einher:

- eingeschränkte Mobilität durch mangelhafte Verkehrsanbindungen
- erschwelter Zugang zu Schulen und Kindereinrichtungen durch räumliche Distanz
- soziale Isolation
- Containerbauweise statt festem Gebäude
- fehlende Privatsphäre durch Gemeinschaftsunterkünfte usw.

Im einem Expert_inneninterview wurde zudem kritisiert, dass in der Stadtvorlage keine hinreichende Begründung für die Standortwahl ausgewiesen wurde, sondern rassistischen Kriterien wie dem unterstellten Gefährdungspotential genügte, indem es sie als gegeben vorausgesetzte und entsprechende Maßnahmen festschrieb. Dem öffentlichen Leitbild der Stadt von Weltoffenheit und Toleranz entsprechend wäre in Zukunft dahingehend eine genaue Überprüfung und Reflexion der Prämissen, die einer Entscheidung für einen Beschluss zugrunde liegen, im Hinblick auf rassistische und diskriminierende Zuschreibungen zwingend erforderlich.¹⁸⁶

¹⁸⁶ Die neuesten Entwicklungen bezüglich der Unterbringung von Asylbewerber_innen deuten darauf, dass die ökonomischen Überlegungen zur Wirtschaftlichkeit als Begründung des Standortswechsels der Asylbewerber_innenunterkunft der Umsetzung in der Realität nicht stand halten können. Die durch eine Ausschreibung in Folge des Ratsbeschlusses angefragten Betreiber setzten eine zu hohe Finanzierung durch die Stadt voraus, so dass die zur Schließung bestimmte Unterkunft in der Grünauer Lilienstraße nun doch weiter erhalten bleibt und weiterführende Alternativen gesucht werden (Siehe: Rometsch 2009). Im Dezember 2009 wurden in den Leipziger Stadtrat Anträge zur Erarbeitung eines Unterbringungskonzeptes für Flüchtlinge und Asylbewerber_innen eingereicht.

Literaturverweise

- ADB Sachsen (2009): Rassistische Alltagsdiskriminierung und andere Formen von Diskriminierung in Leipzig. Situationsanalyse und Handlungsempfehlungen. Gutachten des Antidiskriminierungsbüro e.V. Leipzig. April 2009.
- ADB Sachsen/RAA Sachsen (2007): Was tun gegen Rassismus?! Situation und Perspektive in Leipzig. Eine Broschüre des Antidiskriminierungsbüro e.V. und der Opferberatung Leipzig (RAA Sachsen). Leipzig. März 2007.
- Berlit, Uwe (2009): „Rechtsextreme Demonstrationen: Juristische Aspekte des adäquaten Umgangs mit rechtsextremen Versammlungen und Aufmärschen“, in: Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz (Hg.) Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 109-143
- Blick nach Rechts (BNR), Institut für Information und Dokumentation e.V. (Hrsg.), Informationsportal einzusehen unter www.bnr.de.
- Brandtstetter, Marc: Die vier Säulen der NPD. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (2006) Nr. 9'06, S. 1029-1031
- Clark, W. / Drever A. I. (2001): Wohnsituation von Ausländern: Trotz Verbesserung immer noch großer Abstand zu deutschen Haushalten. In: Wochenbericht des DIW (Deutsches Institut der Wirtschaft, Berlin) Nr. 30/2001, S. 469-471.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Unter Mitarbeit von Norman Geißler, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.) (2008): Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008, Berlin
- Decker, Oliver/Rothe, Katharina/Weissmann, Marliese/Geißler, Norman/Brähler, Elmar (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung

- Döring, Uta (2008): Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive, Wiesbaden: VS Verlag.
- Englmann, Bettina/Müller, Martina (2007): Brain Waste. Die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen in Deutschland. Augsburg. Online verfügbar unter www.berufliche-erkennung.de/brain%20waste.pdf, zuletzt geprüft am 04.01.2010.
- Fabich, Ulrike; Bednarsky, Adam (2008): Fussball und Diskriminierung. Eine qualitative Studie am Beispiel Leipziger Fußballfans. VDM Verlag.
- Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention (2006): Thesen zum Umgang mit rechtsextremistischen Jugendlichen in der Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII (KJHG/Kinder -und Jugendhilfegesetz); in: „Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention: Chronologie – Konzepte – Netzwerke“; Leipzig: Stadt Leipzig Jugendamt.
- Feagin, Joe R./Booher Feagin, Clairece (1978): Discrimination American Style. Institutional Racism and Sexism. Englewood Cliffs/N.J: Prentice-Hall.
- Flam, Helena (Hg.) (2007): Migranten in Deutschland. Statistiken – Fakten – Diskurse. Konstanz: UVK.
- Fromm, Rainer (2008): „We play NS-Hardcore! Die Mythisierung rechten Gedankenguts in der Musik“, BPJM-Aktuell 1/2008, S. 15 f.
- GAMMA - Leipziger Infos zur regionalen Nazi-Szene, unbekannt (Hrsg.), Informationsportal einzusehen unter <http://gamma.antifa.net>.
- Gomolla, Mechthild/Radtke, Frank-Olaf (2002): Institutionelle Diskriminierung in der Schule. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule. Opladen: Leske+Budrich.
- Griffin, Roger (1991): The Nature of Fascism, London.
- Griffin, Roger (2004): „Fascism's new faces (an new facelessness) in the 'post-fascist' period“, in: Erwägen – Wissen – Ethik, 15. Jg., H. 3, S. 287-300.
- Griffin, Roger (2005): „Völkischer Nationalismus als Wegbereiter und Fortsetzer des Faschismus. Ein angelsächsischer Blick auf ein nicht nur deutsches Phänomen“, in: Kaufmann, Heiko u.a. (Hg.): Völkische Bande. Dekadenz und Wiedergeburt – Analysen rechter Ideologie, Duisburg, S. 20-48.

-
- Grumke, Thomas / Klärner, Andreas (2006): Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung/Forum Berlin (<http://www.fes.de/aktuell/documents/StudieEndversion.pdf>).
 - Hafeneger, Benno; Schönfelder, Sven (2007): Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie; eine qualitative Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
 - Hamburger, Franz (2007): Kritik des Interkulturalismus. Universität Mainz. In: www.zbh.uni-mainz.de/mainz-messina/int_kritik_hamburger.pdf, 20.01.2010.
 - Heitmeyer, Wilhelm (2006): Einleitung, in: Stichs, Anja (2006), S. 2
 - Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2002-2009): Deutsche Zustände, Bd. 1-7, Frankfurt/Main.
 - Herrmann, Steffen Kitty (2003): „Performing the Gap - Queere Gestalten und geschlechtlicher Aneignung“, in: Arranca! Nr. 28, 11/2003, S. 22-26.
 - Kellershohn, Helmut (2004): „Völkischer Nationalismus und seine Kernideologeme. Eine knappe Begriffsklärung“, in: Jäger, Siegfried u.a. (Hg.): Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart, Duisburg, S. 22-27.
 - Kinder- und Jugendring Sachsen e.V. (o.J.): Studie „Jugend 2007 in Sachsen“. Eine Zusammenfassung, Dresden, http://www.kjrs-online.de/news_add/35_1_Studie_Jugend_in_Sachsen_2007.pdf, 15.4.09.
 - Köditz, Kerstin (2009): Und morgen? Extreme Rechte in Sachsen, Berlin: Verbrecher Verlag.
 - Kopke, Christoph / Rensmann, Lars (2000): „Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 45, H. 12, S. 1451-1462.
 - Korgel, Lorenz (2009): Zivilgesellschaftliche Gegenwehr stärken: Gemeinwesenentwicklung und (Re-)Demokratisierung des öffentlichen Raums, in: Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz (Hg.) Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 251-267

- Kriminalpräventiver Rat der Stadt Leipzig (KPR) (2009): Lagebild zum politischen Extremismus in Leipzig.
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2005): Verfassungsschutzbericht 2005.
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2008): Extremismus-Lagebild Stadt Leipzig, Stand: 25.11.2008.
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2008): Verfassungsschutzbericht 2008 Freistaat Sachsen (Pressefassung).
- Liebscher, Doris / Schmidt, Christian (2007): Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum, Studie im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion, Berlin.
- Mohs, Charlotte (2009): An den Stadtrand abgeschoben. Der Leipziger Stadtrat beschließt den Bau eines neuen AsylbewerberInnenheims in der Wodanstraße. In: CEEIEH (Conne Island Newsflyer), Nr. 168 (September 2009). Online verfügbar unter www.conne-island.de/nf/168/4.html, 20.10.2009.
- Molthagen, Dietmar (Hg.) (2008): Lern- und Arbeitsbuch „gegen Rechtsextremismus“. Handeln für Demokratie. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Molthagen, Dietmar; Korgel, Lorenz (Hg.) (2009): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Neugebauer, Gero (2000): „Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen“, in: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn, S. 13-37.
- Palloks, Kerstin (2009): Wissen und Handlungskompetenzen erhöhen. Zur Verzählung von Regeldiensten und Spezialthemen. In: Molthagen, Dietmar; Korgel, Lorenz (Hg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 269–287.
- Polizeidirektion Leipzig (2007): Hinter den Kulissen. Argumente gegen rechts-extreme Parolen, Leipzig

-
- Rometsch, Jens (2009): Pläne für Asylbewerberheim in Wodanstraße gekippt. In: LVZ-online, 30.11.2009.
 - Ruf, Christoph / Sundermeyer, Olaf (2009): In der NPD. Reisen in die National Befreie Zone, München: C. H. Beck.
 - Sächsisches Staatsministerium für Soziales (Hg.) (2008): Integration von Zuwanderern im Freistaat Sachsen. Situationsbeschreibung und Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Integrationsmaßnahmen. Abschlussbericht.
 - Sächsisches Staatsministerium für Soziales (Hg.) (2006): Jugend 2005 in Sachsen, Dresden.
 - Sächsisches Staatsministerium für Soziales (Hg.) (2008). Jugend 2007 in Sachsen, Dresden
 - Schickert, Petra (2009): „Rechtsextreme Fraktionen in Kommunalparlamenten“, in: Molthagen, Dieter / Korgel, Lorenz (Hg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Berlin, S. 225-235
 - Schröder, Burkhard (1997): Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
 - Schröter, Albrecht (2009): „Kommunale Handlungsmöglichkeiten zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ (Interview), in: Molthagen, Dieter / Korgel, Lorenz (Hg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Berlin, S. 39- 45.
 - Sen, Amartya (2007): Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt. Lizenzausg. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
 - Siebert, Ingo (2008): „Demokratische Kultur in der Kommune stärken – wie geht das?“, in: Molthagen, Dieter u.a. (Hg.): Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus“. Handeln für Demokratie, Bonn, S. 245-255.
 - Städte-Koalition gegen Rassismus (Hg.) (2008): Zehn-Punkte-Aktionsplan. http://www.menschenrechte.nuernberg.de/admin/uploads/files/10_PPA_dt.pdf, 27.10.2009.
 - Staud, Toralf (2005): Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln: KiWi.

- Staud, Toralf (2008): „Die NPD in den Kommunalparlamenten: Was tut sie? Und wie kann man ihr begegnen?“, in: Molthagen, Dieter u.a. (Hg.): Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus“. Handeln für Demokratie, Bonn, S. 235-244.
- Sternhell, Zeev (2002): Faschistische Ideologie, Berlin.
- Sticks, Anja (2006): Expertise Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen (2002-2005), im Rahmen der Evaluation des Programms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“, Bielefeld.
- Stobl, Rainer / Würtz, Stefanie / Klemm, Jana (2003): Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Weinheim und München: Juventa.
- Stöss, Richard (2005): Rechtsextremismus im Wandel, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Sturzenhecker, Benedikt (2008): Demokratie praktizieren in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: Molthagen, Dietmar (Hg.): Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus“. Handeln für Demokratie ; [ein Handbuch für die praktische Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus in Schulen und Kommunen, in der Jugendarbeit und in der politischen Bildung ; mit allen Arbeitsmaterialien auf CD-ROM]. 2. Aufl. Bonn: Dietz, S. 280–292.
- VDK (2007): Kampf um die Rathäuser. Berliner Kommunalpolitik zwischen rechtsextremer Normalisierungsstrategie und demokratischem Handeln, hrsg. vom Verein für Demokratische Kultur in Berlin – Initiative für urbane Demokratieentwicklung e.V., Berlin. Online: http://mbr-berlin.de/start/get_file?file=2007_MBR_HR_Kampf-um-die-Rath%C3%A4user_Web.pdf, 15.1.2010.
- VDK (2008): Berliner Erfahrungen – Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien, hrsg. vom Verein für Demokratische Kultur in Berlin Initiative für urbane Demokratieentwicklung e.V., Berlin. Online: http://mbr-berlin.de/start/get_file?file=2008_BVV_Broschuere_web.pdf, 15.1.2010.
- VDK (2009): „Eckpunkte für den Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien“, Berlin, online unter: http://www.mbr-berlin.de/start/get_file?file=09-09-03_Eckpunkte_UmgangRex.pdf, 15.1.2010.

-
- VDK (2009): „In der BVV kann der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht gewonnen werden, muss dort aber dennoch geführt werden.“, hrsg. vom Verein für Demokratische Kultur in Berlin Initiative für urbane Demokratieentwicklung e.V., Berlin. Online: http://mbr-berlin.de/start/get_file?file=2009_bvv_brosch_web.pdf, 15.1.2010.
 - Velling, Johannes (1995): Immigration und Arbeitsmarkt. Eine empirische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden: Nomos.
 - Weiss, Anja (2001): Rassismus wider Willen. Ein anderer Blick auf die Struktur sozialer Ungleichheit, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
 - Wenzel, Sascha (2008): Wozu ein „Anerkennungsaudit“? Das Anerkennungsaudit: Präventionsinstrument gegen Menschenfeindlichkeit. Herausgegeben von Antonio Amadeu Stiftung.
 - Wippermann, Wolfgang (2000): „'Doch ein Begriff muß bei dem Worte sein'. Über Extremismus, Faschismus, Totalitarismus und Neofaschismus“, in: Jäger, Siegfried / Schobert, Alfred (Hg.): Weiter auf unsicherem Grund. Faschismus – Rechtsextremismus – Rassismus. Kontinuitäten und Brüche, Duisburg, S. 21-48.